

PROTOKOLL

Begrüßung

Körber

Heiliger Vater,

im Namen des Bergedorfer Gesprächskreises danke ich Ihnen für die Audienz, mit der Sie uns auszeichnen, und wir freuen uns, daß wir unsere Tagung im traditionsreichen Campo Santo Teutónico veranstalten dürfen.

Wir sind nach Rom gekommen, um neue tragfähige Ideen für die Entwicklung Europas zu suchen, und zwar für ein Europa vom Atlantik bis zum Ural. Wir alle empfinden es daher als eine Herausforderung, daß unser Gespräch auf dem Schauplatz einer geistigen Macht stattfindet, die wie keine andere Europa repräsentiert. Die Katholische Kirche ist nicht nur die Erbin des Römischen Imperiums, sie verkörpert ebenso wie keine andere Kraft den Geist des Europas, dessen Einigung wir von neuem suchen.

Aber wir vergessen über dem europäischen auch nicht das apostolische Rom, das dem Erdkreis, der Menschheit verpflichtet ist - wie ja auch die europäischen Nationen längst nicht mehr nur für sich da sind. Ohne das Bewußtsein seiner zwingenden Aufgaben in der Welt müßte Europa neben seiner geschichtlichen Würde auch seine Zukunft verlieren. Dies alles bewegt uns zutiefst, und wir denken dabei an die Völker Ost- und Mitteleuropas. Es erfüllt uns mit Stolz und Zuversicht, Heiliger Vater, daß der Puls Europas nirgendwo kräftiger und drängender schlägt als in Ihrer Heimat, in Ihrem Volk, das für uns alle mitleidet.

S. H. Papst Johannes Paul II.

Eminenzen, Exzellenzen, sehr geehrte Herren!

1. Sie haben Rom, die "Ewige Stadt", zum Tagungsort Ihres 76. Bergedorfer Gesprächskreises gewählt, den Sie dem Thema Europa gewidmet haben. Zugleich war es Ihr Wunsch, während Ihrer Tagung auch dem Bischof von Rom einen Besuch abzustatten. Ich sehe darin mehr als nur einen Akt der Höflichkeit. Wie diese einzigartige Stadt seit der Anwesenheit und dem Märtyrertod der beiden Apostelfürsten Petrus und Paulus an den Ufern des Tibers unlöslich mit der Kirche Christi verbunden ist, so können auch die Geschichte und die Geschicke Europas, seine Vergangenheit wie auch seine Aufgaben in Gegenwart und Zukunft nicht ohne das Christentum und seinen wesentlichen Beitrag zur abendländischen Kultur verstanden werden.

Darum heiße ich Sie aufrichtig und herzlich zu dieser kurzen Begegnung im Vatikan willkommen. Ich grüße in Ihnen hohe Vertreter vor allem aus der Politik und Wissenschaft verschiedener europäischer Länder, die ihre reiche persönliche Erfahrung und Kenntnis zum Thema Europa in diesen Gesprächskreis einbringen. Zu meiner Freude sehe ich unter Ihnen auch einige hohe und kompetente Repräsentanten der Kirche, die Ihnen das große Interesse bezeugen, mit dem die Kirche und besonders der Heilige Stuhl die Bemühungen um eine Neubesinnung und Neugestaltung Europas aus seinem wertvollen geschichtlichen Erbe angesichts der schicksalhaften Herausforderung unserer Zeit verfolgt.

2. Das Europa unseres Jahrhunderts ist zutiefst gekennzeichnet vom tragischen Geschehen der beiden brudermörderischen Weltkriege und ihren verheerenden Folgen, von ideologischen, politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gegensätzen. Die seine Einheit beeinträchtigenden Risse und Spannungen gehen zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd quer durch den Kontinent. Totalitäre Regime mißachteten die Freiheit und die Grundrechte des Menschen. Der technische Fortschritt, der als seine kühnste Errungenschaft die Lösung aller Probleme zu verheißen schien, richtet sich immer bedrohlicher gegen den Menschen selbst und gefährdet sein Überleben. Säkularismus und die Auflösung sittlicher Bindungen stürzen die Menschen zunehmend in Orientierungslosigkeit, Existenzangst und in die Flucht vor einer verantwortlichen Lebens- und Weltgestaltung.

Je offenkundiger und umfassender die Krise des alten Kontinents und seiner Zivilisation zutage tritt, desto mehr Menschen empfinden die darin enthaltene geschichtliche Herausforderung und erkennen ihre Verantwortung für Europa und seine Zukunft. Wir alle wissen um die wachsenden Bemühungen in der Politik und auch zwischen den christlichen Kirchen, die im Laufe der Geschichte entstandenen unheilvollen Risse und Brüche wieder zusammenzufügen. Die Schwere der sich heute stellenden Probleme der Sicherheit, der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens, des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches verlangt notwendig nach Einheit und gemeinsamen Initiativen. Die Erfahrung belehrt uns aber auch über die großen Schwierigkeiten, denen der im Gang befindliche Einigungsprozeß auf den verschiedenen Ebenen begegnet, und das schon innerhalb und zwischen den Ländern Westeuropas; ganz zu schweigen, wenn wir an das ganze Europa vom Atlantik bis zum Ural denken. Dies darf jedoch niemanden überraschen und noch weniger entmutigen. Soll die neu zu suchende und zu verwirklichende Einheit im europäischen Kontinent und darüber hinaus wirklich lebensfähig und von Dauer sein, muß sie notwendig die legitimen Rechte aller Beteiligten berücksichtigen und sie organisch in sich integrieren. Dieser Reifungsprozeß kann natürlicherweise nur langsam erfolgen. Entscheidend ist, daß man auf dem einmal eingeschlagenen Weg, zu dem es letztlich keine sinnvolle Alternative gibt, nicht stehenbleibt, sondern beharrlich und mit Geduld wenn auch nur in kleinen Schritten - voranschreitet.

Es ist und bleibt ein erstrebenswertes Ziel, daß Europa auch im politischen Bereich mehr und mehr eine gemeinsame Sprache spricht und zu einer einheitlichen Willensbildung in den wichtigen Lebensfragen findet. Mehr denn je ist die Stimme Europas als Ganzes zur Lösung aktueller Weltkrisen gefragt; um so größer ist dann die Enttäuschung, wenn periphere wirtschaftliche Probleme, Mangel an Zusammenarbeit oder nationale Vorbehalte scheinbar unüberwindliche Hindernisse aufürmen. Es ist an der Zeit, daß nationale Egoismen abgebaut werden, die zwar lokale Bedeutung haben mögen, aber zusammenschrumpfen, wenn man sie ehrlich mit den wahren Problemen der Menschheit vergleicht. Auf diese muß Europa baldmöglichst eine gemeinsame, solidarische Antwort geben.

3. Es mag der Gegenstand Ihrer Beratungen sein und ist in der Tat die Zuständigkeit der Politiker und Gesellschaftswissenschaftler, dazu die konkreten Wege aufzuzeigen und sie schrittweise zu ebnen. Die Kirche erachtet es als ihre Aufgabe, die Verantwortlichen nachdrücklich darin zu ermutigen, sie

zugleich aber darauf hinzuweisen, daß der Einigungsprozeß Europas über die wünschenswerten technischen, militärischen und politischen Vereinbarungen hinaus sein tragendes Fundament und seinen Nährboden in einer ebenso dringlich zu suchenden geistigen und moralischen Erneuerung der abendländischen Kultur haben muß. Hier fühlt sich die Kirche selber in einer besonderen Weise unmittelbar eingefordert. Wie das Christentum im ersten Jahrtausend Europas das griechisch-römische Erbe und die Kultur der Germanen, Kelten und Slaven integriert und einem gemeinsamen europäischen Geist Leben verliehen hat, so kann es auch heute wirksam dazu beitragen, daß die verschiedenen Völker dieses Kontinents aus ihrer großen kulturellen und nationalen Vielfalt eine neue gemeinsame europäische Zivilisation schaffen. Die Förderung einer solchen Erneuerung und Gemeinschaftsbildung hängt zu einem wesentlichen Teil von der Stärkung und Vertiefung der grundlegenden moralischen und geistigen Werte ab, jener Werte, die das Christentum selbst die Völker Europas in der Vergangenheit schätzen und leben gelehrt hat: die Würde der menschlichen Person und ihrer unveräußerlichen Grundrechte, die Unantastbarkeit des Lebens, Freiheit und Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit und Solidarität, besonders mit den Armen und Entrechteten, sittliche Verantwortung für die eigene Lebensgestaltung und das Gemeinwohl, Einsatz für die unterentwickelten Völker, christliche Weltgestaltung und Pflege des kulturellen und religiösen Erbes.

Europa kann sich nur erneuern und wieder zu sich selbst finden durch die Erneuerung jener gemeinsamen Werte, denen es seine eigene Geschichte, sein wertvolles Kulturgut und seine Sendung in der Welt verdankt. Dazu kann und will die Kirche ihren nicht zu ersetzenden Beitrag leisten. Sie vermag Europa zu helfen, seine Seele und Identität wiederzufinden sowie seine Berufung in der internationalen Völkergemeinschaft richtig zu deuten und wahrzunehmen.

Ich danke Ihnen für Ihren Besuch und wünsche Ihren Beratungen zum Thema Europa guten Erfolg. Mögen diese Ihre eigene Mitarbeit in dem schwierigen, aber lebensnotwendigen Prozeß der Neubesinnung und Neugestaltung Europas befruchten und auch anderen hilfreiche Anregungen vermitteln. Der Herr bestärke Sie in Ihrer Arbeit und begleite Sie stets mit seinem besonderen Schutz und Segen.

Körper

Eine traditionsreichere Umgebung als den Campo Santo Teutónico kann es für unser Gespräch nach der Audienz beim Papst nicht geben. Vergangenheit und Gegenwart mahnen uns hier, wo die Ewige Stadt und der Weltkreis - urbs et orbis - sich begegnen, an die Mission Europas in der Welt. Wenn wir heute, wie ich erwarte, über Kultur sprechen, dann hoffentlich nicht in den üblichen eingeengten Begriffen wie Kultur und Zivilisation oder Kultur und Wirtschaft, sondern über unseren Kulturkreis als ein großes Weltbild, das weit mehr als die geographische Dimension Europas umfaßt.

Vom Europa der Gegensätze, der Spannungen wird heute die Rede sein. Was damit gemeint ist, weiß, so scheint es, jeder. Weiß es wirklich jeder? Wird nicht von denen, die von der Wiederherstellung Europas reden, bisweilen der Eindruck erweckt, als habe es irgendwann einmal nach dem Untergang des Römischen Reiches eine Einheit Europas gegeben?

Tatsächlich ist die europäische Geschichte von Anfang an eine Geschichte großer Gegensätze und entsprechend geistiger und kriegerischer Auseinandersetzungen. Weder das frühe Europa des zerfallenden Römischen Reiches und der wandernden germanischen Völker, noch das Heilige Römische Reich der Deutschen, noch das Europa der Nationalstaaten haben je eine friedliche politische Einheit gebildet. Und die slawischen Völker sind ja meist erst viel später handlungsfähig geworden. Vergessen wir auch nicht, daß seit dem Ende des 16. Jahrhunderts auch Rußland zu Europa zählt.

Diese alten Gegensätze werden unser Gespräch wohl kaum noch bewegen. Sie liegen zum guten Teil unter den Trümmern zweier Weltkriege, abgestumpft und zerbrochen. Wenn wir Europäer am Ende dieses Jahrhunderts von Vereinigung sprechen, dann meinen wir damit die endgültige Verabschiedung dieser Gegensätze und damit wohl auch, um ein bekanntes deutsches Buch zu zitieren, "den Abschied von der bisherigen Geschichte".

Freilich treffen solche Feststellungen nur den kleineren Teil der politischen Wirklichkeit. Denn die Lage Europas wird heute von dem neuen Gegensatz der beiden Weltmächte bestimmt. Wir im Westen brauchen den Schutz der Vereinigten Staaten. Ost-Mitteleuropa ist zum Herrschaftsgebiet der Sowjetmacht geworden.

Ich persönlich glaube, daß diese Grenze zwischen den beiden Weltmächten, die quer durch Europa verläuft, nicht so sehr auf der Gegensätzlichkeit der Ideologien beruht. Ich denke vielmehr, daß es sich dabei um eine machtpolitische Grenze handelt.

Davon braucht heute hier nicht die Rede zu sein. Aber wie, so fragen wir uns, kann Europa im Zwang solcher Gegensätze, über die es aus eigener Kraft nicht mehr verfügen kann, den Weg zu sich selbst finden?

Ich schätze mich glücklich, daß wir darauf die Antworten zweier Persönlichkeiten, und zwar in den Referaten von Kardinal König und Helmut Schmidt, erwarten dürfen, deren Lebenserfahrung, Denkstil und Verantwortungsbereich sich fast bipolar ergänzen könnten, im Sinne einer *complexio oppositorum*, um ein Wort aus dem politischen Sprachschatz der Römischen Kirche zu zitieren.

Ich danke zuallererst Ihnen herzlich, Eminenz, daß Sie sich die Mühe gemacht haben, uns bei der Vorbereitung dieses Gesprächs zu beraten, und daß Sie heute zu uns sprechen.

Von Ihrem Bischofssitz in Wien aus haben Sie einen weiten europäischen Horizont im Auge. Den Deutschen aus dem Reich hat dieser Horizont gefehlt. Nicht umsonst hat die habsburgische Monarchie von Byzanz den doppelköpfigen Adler als Wappen übernommen, der nach Osten und nach Westen blickt. Als Kardinal der Römischen Kirche sind Sie einer der Architekten einer neuen gesamteuropäischen Diplomatie der Päpste.

Nicht minder dankbar bin ich für die Bereitschaft unseres ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, unser Gespräch durch seinen Vortrag zu bereichern. Wir wissen, lieber Helmut Schmidt, daß Sie nach wie vor zu den Autoritäten der internationalen Politik zählen.

Die Verantwortung dafür, daß unser Gespräch zu einem farbigen Gesamtbild wird, hat der Botschafter der italienischen Republik in Bonn, Graf Ferraris, übernommen. Seien Sie herzlich für diese Mühewaltung bedankt.

König

In diesen Tagen unserer römischen Gespräche möchte ich zunächst mit einer Frage beginnen: Ist es möglich, daß der europäische Kontinent mit seinen heutigen Gegensätzen und Widersprüchen die Kraft hat, sich aufzumachen, um ein neues Selbstbewußtsein zu erlangen und damit sich selbst wiederzufinden? Ich frage weiter: Ist das geschichtlich gewordene und geographisch gegebene Europa überhaupt noch eine Realität, eine kulturell, wirtschaftlich, religiös und geistig noch erkennbare Einheit - über alle bestehenden Gegensätze hinweg? Geht es um jenes Europa, das vier Jahrhunderte lang im Namen der Welt gesprochen hat, jetzt aber schweigt und an sich selbst zweifelt? Lassen Sie mich weiter fragen: Gibt es noch ein Europa vom Atlantik bis zum Ural, oder kann man angesichts der Gegensätze nur mehr von einer Vielfalt und nicht mehr von einer Einheit sprechen?

Auf der Konferenz von Teheran im November 1943 erklärten Roosevelt, Churchill und Stalin, daß man alle Länder, ob groß oder klein, in die "große Weltfamilie der demokratischen Staaten" aufnehmen wolle, also eine Weltfamilie, in der die europäischen Staaten praktisch nur zur Kenntnis genommen werden. In der Konferenz von Jalta (Februar 1945) wurde die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen beschlossen und damit die Schwächung Europas noch deutlicher sichtbar gemacht.

Die von Europa seinerzeit gegründeten Kolonien in anderen Kontinenten haben sich langsam selbständig gemacht und vom Mutterland Europa gelöst. Durch diesen Prozeß ist Europa auf sich selbst zurückgeworfen worden. Das legt wohl eine Reorganisation des Europa der Gegensätze von heute nahe.

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg versuchte die Paneuropa-Bewegung eines Grafen Coudenhove-Kalergi ein im Schwinden begriffenes Europabewußtsein neu zu beleben. Im Jahre 1946 versuchte der britische Staatsmann Churchill mit zwei großen Reden die westliche Welt aufzurütteln, um die Völker und Regierungen des europäischen Kontinentes von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß ein Aufbau der vereinigten Staaten von Europa ein Gebot der Stunde sei. Das Motiv war vermutlich die Gefahr aus dem Osten. Er war sich bewußt, daß das Europa von damals nur noch ein geographischer Begriff ohne politische Realität war.

Es ist das bleibende Verdienst eines Robert Schuman, der nach dem Krieg den Glauben an Europa auf weiter Basis zu wecken verstand. Er versuchte, dem alten Europa eine neue Seele zu geben und seine neue Schicksalsbestimmung deutlich zu machen. Als französischer Außenminister (1948-53) beschloß er mit seiner Regierung (1950), den Staaten Europas eine neue politische Konzeption vorzulegen.

Robert Schuman meinte dazu selbst: Die deutsch-französische Versöhnung war die Voraussetzung, die Vorbedingung für eine neue Zukunft Europas und für den Entschluß seiner eigenen Regierung. Der deutsche Bundeskanzler Adenauer wurde für diesen Plan gewonnen. Im Vorwort zu einem Schuman-Buch schrieb er wörtlich: "Der Schuman-Plan war ein unerhörter neuer und kühner Schritt."

Er, das heißt Adenauer, habe Schuman kennengelernt als einen großen Staatsmann, als großen Franzosen und großen Europäer. "Ich bin glücklich, ihn Freund nennen zu können." Der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi (gestorben 1952) schloß sich diesen beiden Männern an. De Gasperi war es, der auf die geistigen Grundlagen eines größeren Europas mit aller Deutlichkeit hinwies.

Wenn ich mich damit dem geschichtlichen Aspekt von Europa zuwende, so kann man feststellen: Das Christentum hat Europa wesentlich mitgeprägt und eine geistige Einheit des Kontinents grundgelegt. Das christliche Menschenbild ist weitgehend die Grundlage geworden für die später ausgestalteten Menschenrechte. Dieses Menschenbild, die dadurch bedingte Rechtsordnung, die vom Christentum inspirierten kulturellen Kräfte haben den europäischen Raum durchdrungen und einheitsstiftend gewirkt.

Andererseits ist das Christentum durch Europa geprägt worden. Neben dem Judentum haben griechische, römische, germanische und slawische Kultur das Christentum in den Jahrhunderten seiner Geschichte ebenfalls mitgeprägt. Während vieler Jahrhunderte bestand eine Einheit zwischen diesen Kulturen und dem Christentum einerseits, zwischen Europa und dem Christentum andererseits. In den letzten Jahrhunderten sind die Kulturen dann aus dem Christentum herausgewachsen, säkularisierte Welt- und Menschenbilder sind entstanden. Gleichzeitig ist aber auch das Christentum selbst - ich spreche hier nicht nur von der katholischen, sondern auch von der evangelischen Kirche - aus dem europäischen Kulturraum herausgewachsen und weltweit geworden. Damit wurde im Bereich der katholischen Kirche besonders deutlich, wie wichtig es sei, das europäische Kleid abzulegen und der kulturellen Prägung des Christentums in anderen Kontinenten freien Spielraum zu gewähren. Die Kirchen in den anderen Kontinenten müssen so ihr eigenes Gesicht finden, und die Kirchen Europas müssen sich ihrer eigenen Aufgabe bewußt werden.

Damit wird den Kirchen in Europa die europäische gemeinsame Grundlage wieder bewußt und der ökumenische Aspekt unterstrichen.

Im Oktober 1982 versammelten sich die Vertreter der Bischofskonferenzen von Europa zu einem Symposium in Rom, das sich damit zum ersten Mal mit der Evangelisierung Europas beschäftigen sollte. Die Anregung zu diesem Thema war von Papst Johannes Paul II. selbst gekommen. Die Selbstevangelisierung Europas, die Wiederevangelisierung Europas, seine Möglichkeit, seine Notwendigkeit war eine Aufgabe, die sich die katholische Kirche in dieser Region und in dieser Form noch nie gestellt hatte.

Man war damit gleich eingangs mit der Frage konfrontiert worden, die von den politischen Baumeistern des heutigen Westeuropa eigentlich nie ganz klar beantwortet worden war: Von welchem Europa sprechen wir, und um welches Europa handelt es sich? Man war sich klar, daß Europa als geographische, als kulturelle und als politische Realität gesehen werden konnte. Wenn aber Christen, wenn die katholische Kirche von Europa spricht, dann meint man nicht ein Teileuropa. Dann meint man weder das Europa der Wirtschaftsgemeinschaft, der Freihandelszone, noch das Europa des Europaparlaments und schon gar nicht das Europa der Militärböcke. Wenn Christen von Europa sprechen und europäische Bischöfe sich mit Europa beschäftigen, dann kann es nur das ganze Europa sein, jenes Europa, das durch das Christentum eine geistige Einheit wurde, das heißt von Portugal bis zum Ural, von Island bis Malta. In diesem Sinne hat seinerzeit auch de Gaulle von Europa gesprochen. So gesehen ist Europa weder mit dem schillernden Begriff des Abendlandes noch mit dem christlichen Abendland identisch.

Für Christen ist also das Europa des Westens und das Europa des Ostens ein religiöskultureller Begriff. Es war aber durch lange Zeit hindurch immer auch ein Europa der Gegensätze.

Abgesehen von dem westlichen Christentum und dem orthodoxen Christentum des östlichen Bereiches sind es soziale und kulturelle Unterschiede zwischen Nord und Süd des Kontinents. Kulturell war es immer eine Summe verschiedener nationaler und regionaler Kulturen. Politisch gesehen gab es auf dem Kontinent ständig wechselnde Staatsgebiete und sich immer wieder verschiebende Grenzen. Gegensätze taten sich in einem religiös zerrissenen Europa auf: Katholiken und Orthodoxe, Katholiken und Protestanten gerieten in schwere Gegensätze zueinander. Und trotz all dieser Schwierigkeiten, trotz aller Spannungen und Gegensätze blieb der Kontinent doch eine geistige Einheit, der seine Wurzeln hat in einer gemeinsamen Geschichte und in gemeinsamen christlichen Werten, das heißt im Evangelium Christi.

Dabei ist zu bedenken, daß dieses Europa geprägt ist von seinen Heiligen wie von seinen Ketzern; von denen, die christliches Gewissen und christliches Leben in der kirchlichen Gemeinschaft, am Rande der Kirche und gegen die jeweilige historische Form der Kirche verwirklichen wollten. Das

Christentum ist im Laufe der Jahrhunderte geformt worden durch den heiligen Franziskus ebenso wie von Savonarola, von Albertus Magnus wie von Galilei, von Cyrillus und Methodius wie von Hus, von Augustinus sowie von Luther.

Bei einer Betrachtung der religiösen Kräfte des Christentums, die vor Generationen aus der völkischen und sprachlichen Vielfalt eine größere Einheit geformt haben, ergeben sich wieder andere Fragen. Wieweit ist die prägende Kraft des Christentums im heutigen Europa noch lebendig? Wieweit prägt es das Antlitz unseres Kontinentes auch heute noch?

Das Wiedererwachen einer größeren europäischen Zusammengehörigkeit in Westeuropa und soweit als möglich auch mit dem Osten begann während des 2. Vatikanischen Konzils. Auf dieser Kirchenversammlung waren es zunächst die nichteuropäischen Bischöfe, die sich zu kontinentalen Einheiten zusammenfanden, das heißt die Bischöfe von Asien, Lateinamerika, das frankophone und anglophone Afrika. Die Bischöfe Europas hingegen kamen nach Sprachgruppen zusammen, ohne sich anfangs als eine europäische Gemeinschaft zu empfinden. Zu einem europäischen Ereignis wurde es bei den Bischöfen, als die polnischen und die deutschen Bischöfe einen demonstrativen Akt der Aussöhnung und der Überbrückung alter nationaler Gegensätze setzten.

Als Zeichen der Zeit empfinden wir es heute, wenn eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in den Bischofskonferenzen durch zwei Aufrufe unterstrichen wurden: Es war zuerst "Ein Wort zu Europa" (1977). Der Text dieses Aufrufes war noch westeuropäisch bestimmt. Die Bischöfe aus Osteuropa wollten und konnten einen solchen Appell nicht mitunterzeichnen. In diesem ersten Wort zu Europa stand bereits der wichtige Satz: "Heute ist Europa politisch geteilt, religiös und weltanschaulich zerrissen. Es steht im Schatten mächtiger politischer Kräfte, aber die Menschen in Europa haben erkannt, daß sie nicht nur Verwalter der Vergangenheit, sondern auch Gestalter ihrer gemeinsamen Zukunft sind" (Art. 1 der Europaerklärung). Dieser Satz deutete bereits über Westeuropa hinaus in die Richtung des größeren Europas.

Drei Jahre später - im September 1980 - folgte eine neue Europaerklärung der Bischöfe mit folgender Feststellung: "Mit vielen unserer Zeitgenossen stellen wir in Europa reiche Gabe und für die Zukunft Versprechendes, aber auch Schwierigkeiten und Probleme fest" (Art. 5). In dieser zweiten Erklärung wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das christliche Menschenbild die europäische Kultur in entscheidender Weise geprägt habe. Diese Erklärung wurde zum ersten Mal von den Bischöfen des Westens und des Ostens, soweit sie damals vertreten waren, unterzeichnet.

Das sind die aus dem religiösen und christlichen Bereich kommenden Anregungen, die in die Richtung eines größeren Europas weisen. Im folgenden will ich versuchen, einige konkrete Anhaltspunkte zu skizzieren, die das Auf-dem-Weg-Sein Europas als Möglichkeit und Notwendigkeit unterstreichen.

1. Europa kann nur auf dem Wege zu sich selbst sein, wenn es dabei keiner Utopie nachhängt, sondern die Wirklichkeit, auch Gegensätze zur Kenntnis nimmt, so wie sie sind. Europa wird auch in Zukunft ein Kontinent politischer, wirtschaftlicher Gegensätze sein, ein Kontinent verschiedener Realitäten und mancher oft kaum lösbarer Probleme. Wenn es unser aller Europa sein soll, darf niemand ausgeschlossen sein. In diesem Europa werden auch die kleinen Gemeinschaften leben können. Es soll ein Europa ohne staatliche Grenzen, ohne politische und wirtschaftliche Zäune sein, innerhalb derer auch die kleinen Gemeinschaften leben können. Die Regionen, die Volksgruppen, sie müssen sich in diesem Europa heimisch fühlen. Sie müssen, so klein sie auch sein mögen, beide Hände frei haben, nicht zur Abwehr, sondern um anderen die Hände zu reichen.

Nationaler und staatlicher Egoismus, Zentralismus haben in der Vergangenheit eine Einheit Europas verhindert, haben den Boden dieses Kontinents hart und steinig gemacht. Die Betreuung der Regionen, der Gruppen, der kleinen Gemeinschaften, landschaftlicher und sprachlicher Art, werden den harten Boden Europas wieder auflockern. Sie können es auch verhindern, daß die Sprachen, die zur Verständigung geschaffen wurden, wieder zu trennenden Mauern werden; sie können dazu beitragen, daß Völker, die sich des gleichen Wortschatzes und der gleichen Grammatik bedienen, einander wieder verstehen.

2. Heute gibt es nur zwei Großmächte in der Welt. Das anzuerkennen, tun sich manche europäische Staaten schwer. Auch Österreich war einmal eine Großmacht. Das ist schon lange her. So tun wir Österreicher uns heute leicht zu sagen: Überall, wo wir Österreicher in Europa hinkommen, sind wir schon einmal gewesen. Wir haben keine Träume, keine Ansprüche, keine Illusionen. Niemand verdächtigt uns, wir könnten irgendwelche Ansprüche daraus ableiten, weil wir schon irgendwo einmal in den letzten 1.000 Jahren in Europa gewesen sind. Andere mögen es schwerer haben; die Geschichte hat den Europäern manche schwere Last aufgebürdet. Die Geschichte hat sie aber auch wieder von mancher Last befreit: von der Last, Weltmachtträumen nachzuhängen, mit Fiktionen zu

leben. Wer daher von Gerechtigkeit spricht, um die Wiederherstellung eigener Rechte zu fordern - mögen sie noch so begründet sein;- , ist kein guter Pate für dieses Europa.

Unser Kontinent war Wiege der Weltkultur; er wurde aber in den Jahrtausenden seiner historischen Existenz oft durchschnitten und zerrissen, so daß man heute nicht mehr von einer Wiederherstellung alter Rechte und Ansprüche reden kann. Nicht mit Ansprüchen und nicht mit Rechten kann man an Europa herangehen, sondern nur mit Bescheidenheit und Rücksichtnahme. Wer in Europa heute von der Wiederherstellung alter Rechte spricht, spricht von der Vergangenheit und nicht von der Zukunft. Wer kann übrigens in diesem Europa von gerechten Ansprüchen reden? Seit mehr als 1.000 Jahren wurden hier Kriege zur Wiederherstellung angeblicher Gerechtigkeit geführt, und jeder Krieg endete mit neuem Unrecht. Wer den Frieden will, muß die innere Kraft der Überwindung haben, muß die Kraft haben, auch Unrecht und Ungerechtigkeit in Kauf zu nehmen, vielleicht auch Unrecht zu ertragen, um höherer Ziele willen. Mit der Durchsetzung des eigenen Rechtes - mag es noch so wohlbegründet sein - ist nichts getan, wird höchstens wieder neues Unrecht geschaffen. Auch in dieser Hinsicht tun sich die kleineren Staaten in Europa leichter als die großen.

3. Vielleicht wäre es daher besser gewesen, wenn die Geburtshelfer Europas zunächst des westlichen Europas - den gemeinsamen Nenner dieser Gemeinschaft nicht oder nicht nur bei Kohle und Stahl und später bei den landwirtschaftlichen Produkten und Erzeugnissen gesucht hätten, sondern in einer geistigen Grundlegung. Eine bescheidene - vielleicht ketzerische Anregung: Statt oder neben einer hohen Behörde wäre vielleicht eine europäische Universität mit Ost und West als Hintergrund nicht nur von symbolhafter Bedeutung gewesen. Denn nicht nur die Technokraten sind heranzuziehen, um dieses Europa einmal zu verwalten, sondern ebenso die Lehrer, die Denker, die Künstler, die in diesem Europa einen geistigen Aufbau zu leisten haben.

4. Die beiden französischen Autoren von "La peste blanche" (Paris 1976), das sind Pierre Chaunu und Georges Suffer, weisen aufgrund umfassender soziologischer Untersuchungen darauf hin, daß im westlichen Europa der Wille zum Leben entscheidend geschwächt sei. An Stelle eines natürlichen Lebenswillens trete die Angst vor dem Leben und damit die Angst vor der Zukunft. Unsicherheit und Orientierungslosigkeit seien die weiteren Folgen. Die Angst vor der Wissenschaft, ihrem technischen Fortschritt richtet sich gegen die Wissenschaft selbst, der Glaube an die Wissenschaft wird nicht korrigiert, wie es notwendig wäre, sondern zerstört, und in das damit geschaffene Vakuum dringen Ideologien, religiöse Ersatzformen ein.

Demgegenüber haben wir im östlichen Bereich ein nicht durch den traditionellen Atheismus, sondern durch den militanten Atheismus geläutertes Christentum, dem wohl eine missionarische Aufgabe hinsichtlich des westlichen Europas zukommen könnte.

5. Die außereuropäischen Teile der Welt, die durch Jahrhunderte mit Europa in engster Verbindung standen, die anderen Kontinente, haben sich geistig von ihrer europäischen Verbindung und Verflechtung losgelöst. Sie trachten nach immer mehr Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Europa. Ein afrikanischer Bischof sagte mir vor einigen Jahren bei einer Bischofssynode: "Wir sind eurem Kontinent dankbar für das Christentum, das wir erhalten haben. Das aber, was das müde und moderne Europa uns heute anzubieten hat, dafür haben wir kein Interesse." Auch das ist ein Hinweis, daß ein auf sich selbst verwiesenes Europa genötigt ist - vielleicht zum ersten Mal-, über sein eigenes Bild, seine eigene Aufgabe zu reflektieren. Es wird sich dabei seiner eigenen leidvollen Geschichte wieder bewußt. Es entdeckt wieder die geistigen Quellgründe der Einheit in der Vielfalt.

6. Es gibt neue einheitsstiftende Kräfte, die immer mehr an Bedeutung gewinnen. Es sind dies: die moderne Wissenschaft und Technik, die Medien, die Wirtschaft und die schon genannten religiösen Kräfte. Die internationale Gemeinschaft wissenschaftlichen Forschens und Lehrens überschreitet heute auch die Bruchlinie zwischen Ost und West. Die Techniker und beispielsweise die Biologen in Ost und West wissen ganz genau voneinander, wo und wie die Forschung steht. Etwas Gleiches gilt von der Zusammenarbeit der Medien und der Wirtschaft. Diese Kräfte bilden heute bereits internationale Gemeinschaftsformen aus, die in Europa ein besonderes Gepräge haben und die europäische Verbindung auf ihre Weise stark fördern können.

7. Von besonderer Bedeutung auf der politischen Ebene und im Zusammenhang mit Europa ist die Akte von Helsinki (1. 8. 1975). Dieses Übereinkommen ist offiziell betitelt mit "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa". Das kann wohl nur ein Hinweis auf ein größeres Europa vor der politischen Teilung sein; denn Ost und West haben diese Akte unterzeichnet. Die Konferenz ist sich bewußt, so heißt es weiter, der "vorhandenen gemeinsamen Elemente, ihrer Tradition und Werte", um drängende Probleme zu lösen. Die Akte von Helsinki und die Nachfolgekongresse sind der praktische Weg, auf dem Europa wieder zu sich selbst finden kann und zu sich selbst finden muß.

Auch die Frage des Friedens wird entscheidend davon beeinflusst werden, ob und wie Europa wieder zu sich selbst kommt.

Lassen Sie mich abschließend das Europabekenntnis des Bischofs von Rom, Johannes Paul II., (1982 in Santiago de Compostela in Spanien) zitieren: "Ich, Johannes Paul, Sohn der polnischen Nation, die sich immer auf Grund ihres Ursprungs, ihrer Tradition, ihrer Kultur und ihrer lebenswichtigen Beziehungen als europäisch betrachtet hat, als slawisch unter den Lateinern und als lateinisch unter den Slawen ... ich, Bischof von Rom, rufe dir altes Europa zu: Finde wieder zu dir selbst! Sei wieder du selbst! Besinne dich auf deinen Ursprung! Belebe deine Wurzeln wieder! Beginne wieder jene echten Werte zu leben, die deine Geschichte ruhmreich gemacht haben, und mach deine Gegenwart in den anderen Kontinenten segensreich! Bau deine geistige Einheit wieder auf in einer Atmosphäre voller Achtung gegenüber den anderen Religionen und den echten Freiheiten! Gib Cäsar, was des Cäsar ist, und Gott was Gottes ist ... Betrübe dich nicht über den quantitativen Verlust deiner Größe in der Welt oder wegen der dich jetzt durchziehenden sozialen und kulturellen Krisen. Noch immer kannst du Leuchtturm der Zivilisation und Anreiz zum Fortschritt für die Welt sein. Die anderen Kontinente blicken zu dir hin und erhoffen von dir die Antwort des Apostels Jakobus zu hören, die er Christus gab: Ich kann es."

Schmidt

In den letzten Jahrzehnten haben Kardinal König und ich bisweilen Gespräche miteinander geführt, und ich habe es immer als beglückend empfunden, daß wir meist weitgehende Übereinstimmung in unseren Ansichten erzielt haben. Das ist heute nicht anders, so daß ich direkt an das, was Kardinal König vorgetragen hat, anschließen kann, so als ob ich es selbst gesagt hätte. Ich möchte mich dabei allerdings mehr der global-strategischen Gegenwart zuwenden.

Ein Fragezeichen bei seinen Ausführungen würde ich lediglich an einer Stelle setzen, ohne das jetzt zu vertiefen: Der Wortgebrauch "Europa vom Atlantik bis zum Ural", der ja von de Gaulle stammt, wirft erhebliche Probleme auf, insbesondere aus sowjetischer Sicht. Man benötigt für die Wiederherstellung Europas als Ganzes eben auch ein erhebliches Maß an Duldung oder Kooperation von sowjetischer Seite. Die Aussage von Kardinal König am Schluß seines Referats war nicht so definitiv, wie er sie noch vor einiger Zeit in einem Aufsatz mit dem Titel: "Europa auf dem Wege zu sich selbst" vertreten hat. Darin war Europa als Ganzes angesprochen. Heute hat der Kardinal offen gelassen, ob diese Möglichkeit, die er für gegeben hielt - ich auch;- , verwirklicht werden kann oder nicht. Ich selbst halte es für durchaus fraglich - und bin darüber sehr in Sorge;- , ob Europa heute tatsächlich auf dem Wege zu sich selbst ist. Vielleicht müssen wir eines späten Tages einmal erkennen, daß Europa in den 80er und 90er Jahren seine politischen Chancen nicht genutzt hat und daß die machtpolitischen Grenzen, von denen Herr Körber eingangs sprach, so verfestigt worden sind, daß wir Europäer nicht einmal unsere kulturelle Kohärenz voll haben bewahren können.

Niemand weiß die Zukunft vorherzusagen. Es wird von uns Europäern in West und Ost, von dem, was wir in den nächsten Jahren tun und lassen, entscheidend abhängen, ob wir, und wenn ja, wie wir die europäische Kohärenz und Identität wahren und entwickeln können. Dabei können sowohl Hoffnung als auch Treue zur eigenen kulturellen Tradition durchaus eine wichtige Rolle spielen. Aber es gibt nur wenige Beispiele in der Geschichte der Kulturen - vielleicht ist das Judentum überhaupt das einzige Beispiel;- , daß Treue zur Selbstbewahrung und Hoffnung allein schon ausreichen. Ich denke vielmehr, es bedarf darüber hinaus auch des eigenen zielgerichteten Handelns, um sich in der zukünftigen Geschichte behaupten zu können.

Gegenwärtig erscheint mir die Selbstbehauptung Europas zumindest gefährdet. Wir können jedenfalls nicht ausschließen, daß die Spaltung Europas endgültig wird. Wir Europäer müssen also etwas tun, um dies zu verhindern. Dazu müssen wir die Bedingungen, die Grenzen und Chancen erkennen, das heißt unsere eigenen Handlungsspielräume richtig einschätzen. Diese Spielräume zu erkennen, hilft vielleicht ein kurzer geschichtlicher Rückblick auf die 40 Jahre seit Hitlers Krieg. Ich würde dabei vier verschiedene Phasen europäischer Handlungsfreiheit, beziehungsweise der Handlungsfreiheit europäischer Staaten unterscheiden.

Die erste sehr kurze Phase umfaßte die Jahre 1946/47, also die unmittelbare Nachkriegszeit. Sie war gekennzeichnet durch Baruch-Plan und Marshall-Plan sowie durch die vorangegangenen Beschlüsse von Jalta und Potsdam. Eine Teilung Europas in Interessensphären ist noch nicht greifbar. Baruch-Plan und Marshall-Plan waren Angebote der westlichen Führungsmacht an alle, die unter dem Krieg gelitten hatten, auch an die Sowjetunion und an die osteuropäischen Staaten, friedliche Bedingungen herzustellen (Baruch-Plan) und wirtschaftlichen Wiederaufbau zu ermöglichen (Marshall-Plan). Die europäischen Staaten - mit Ausnahme der Sowjetunion verharteten während dieser kurzen Spanne in

einer bloßen Objekt-Position; sie handelten nicht selbst. Diese Phase endete spätestens 1947, und zwar durch die sowjetische Ablehnung der beiden Pläne, durch die sowjetische Machtübernahme in Osteuropa und durch die Aufrechterhaltung einer sehr hohen sowjetischen Rüstung. Der Marshall-Plan wurde auf Westeuropa begrenzt.

Die zweite Phase ist charakterisiert durch das Berlin-Ultimatum, darauf Gründung des Nordatlantikpakts, Konzipierung der Strategie der massiven Vergeltung, Rüstungswettlauf, kalter Krieg. Diese zweite Phase ab 1947/48 hat über ein Jahrzehnt gedauert. Sie fand ihren Höhepunkt und zugleich ihren Abschluß in der Berlin-Krise von 1961 und vor allem in der Kuba-Krise von 1962. In dieser Phase des kalten Krieges gab es innerhalb Westeuropas Handlungsfreiheit, die aber nicht über die Grenze nach Osten hinausging. Es kam zur westeuropäischen Integration. Es entstand die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, vor allem kam es zum Abschluß der Römischen Verträge. Dies alles waren wichtige Voraussetzungen für eine westeuropäische, nicht für eine gesamteuropäische Selbstbehauptung.

Zugleich wurden in Osteuropa - siehe 17. Juni 1953 in der DDR und Ungarn 1956 die Staaten fest an die Kandare sowjetischer Machtpolitik gelegt, an sowjetische Ideologie und an die wirtschaftsstrukturelle Übermacht der Sowjetunion gebunden. Mit einem Wort: Die Phase des kalten Krieges hat die machtpolitische Spaltung Europas, die vielleicht in Potsdam und Jalta angelegt war, konsolidiert. Die Europäer haben sich dagegen nicht zur Wehr setzen können.

Ich erwähnte die Kuba-Krise des Jahres 1962 als Höhepunkt und Schlußpunkt der zweiten Phase, der Phase des kalten Krieges. Schon vorher hatte im Westen das Nachdenken über die Veränderung der strategischen Situation begonnen, nachdem die Sowjets inzwischen auch Atomwaffen, sogar Wasserstoffwaffen und Raketen besaßen, mit denen sie Amerika treffen konnten. Schon seit Mitte der 50er Jahre waren sie in der Lage gewesen, Paris und London mit Raketen zu bedrohen, was ja auch während der Suez-Krise 1956 zum Ausdruck gebracht wurde.

In Amerika begann man, über eine neue militärische Strategie nachzudenken; die bisherige Strategie der massiven nuklearen Vergeltung wurde mit Recht in Frage gestellt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den damaligen amerikanischen Generalstabschef, Maxwell Taylor, der dies als erster in der Öffentlichkeit deutlich machte. Die Erkenntnis des nuklear-strategischen Patts hat auf westlicher Seite - und damit bin ich jetzt schon in der dritten Phase - zu der neuen Militärstrategie, der "flexible response", geführt. Sie wurde zwar erst 1968 offiziell im Bündnis akzeptiert, aber de facto schon ab 1962 eingeführt. Zugleich wurde man sich aber angesichts der veränderten militärstrategischen Situation sowohl in Moskau wie auch in Washington der Notwendigkeit bewußt, zu einer Verständigung zu gelangen. So kam es schon in den frühen 60er Jahren zum ersten Atomstopp-Vertrag und später dann zum Non-Proliferationsvertrag für nukleare Waffen.

1967 entstand auch der Harmel-Report, bei dem zum ersten Mal der eigene Handlungsspielraum der Europäer, wenn auch wiederum nur der Westeuropäer, deutlich wurde. Der Harmel-Report stützt die westliche Globalstrategie auf zwei Grundpfeiler: zum einen auf Verteidigungsfähigkeit und dadurch Abschreckung; und auf dieser Basis dann zum anderen auf Kooperation mit der Sowjetunion und mit Osteuropa auf wirtschaftlichem Gebiet, vor allem aber mit einer Perspektive auf Kooperation zur Begrenzung der Rüstungspolitik und schließlich auch mit der Hoffnung auf kulturelle Zusammenarbeit. Im Harmel-Beschluß wird zum ersten Mal das Schlüsselwort "Détente" in einem offiziellen Bündnis-Dokument verwendet.

Die dritte Phase trägt seitdem den Namen Détente- oder Entspannungsphase. Es war bisher die fruchtbarste Phase im Ost-West-Verhältnis. Ich erinnere an die Rüstungskontrollverträge, die zwischen Nixon und Breschnew abgeschlossen wurden, nämlich SALT-I- und ABM-Vertrag. Das waren im Vergleich zur Situation zehn Jahre zuvor unglaubliche Durchbrüche. Es folgten die Ostverträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, mit Polen, mit der Tschechoslowakei und mit der DDR, das Viermächte-Abkommen über Berlin und schließlich der von Kardinal König mit Recht hervorgehobene Helsinki-Prozeß. In den Vorbereitungen auf das Helsinki-Treffen des Jahres 1975 wurden zum ersten Male auch gewisse Handlungsspielräume der osteuropäischen Staaten erkennbar und von ihnen positiv genutzt. Außerdem haben die neutralen Staaten beim Zustandekommen der Helsinki-Schlußakte eine wichtige Rolle gespielt.

Die Entspannungsphase hat also fast allen europäischen Staaten Handlungsspielräume eröffnet, wie sie bis dahin nicht gegeben waren, und sie haben sie auch genutzt. Die Harmel-Doktrin, die europäischen Ursprungs war, wurde zur Grundlage für das ganze westliche Bündnis. Sie ist übrigens formal bis heute nicht widerrufen worden; sie wird gegenwärtig von George Shultz gerade wiederentdeckt. Die Ostpolitik, die Helsinki-Akte, all dies waren europäische Erfindungen; sie gingen nicht von einer der beiden Großmächte aus. Die beiden Großmächte haben sich davon aber

beeinflussen lassen. Auch in den osteuropäischen Staaten gab es einige Persönlichkeiten, die bewußt, wenn auch sehr vorsichtig, in dieser Phase eine gesamteuropäische Politik verfolgt haben.

Es hat während der Entspannungsphase auch schwere Rückschläge gegeben, zum Beispiel Prag 1968, zum Beispiel die Breschnew-Doktrin. Diese haben aber die Entspannungsphase letztlich nicht beendet. Gleiches gilt auch für die mit sowjetischer Hilfe herbeigeführte schwere Niederlage der USA in Vietnam.

Während der Entspannungsphase gab es indes auch zwei folgenreiche Mißverständnisse, die wesentlich zum Ende der Entspannung beigetragen haben. Einmal das Mißverständnis auf amerikanischer Seite, insbesondere auf der rechten Seite des amerikanischen politischen Spektrums, Entspannung in Europa und zwischen Washington und Moskau impliziere zugleich eine Garantie für sowjetisches Wohlverhalten in den übrigen Teilen der Welt. Dies hatten die Sowjets nie versprochen. Wenn jemand auf westlicher Seite das unterstellt hat, so haben sich die Sowjets jedenfalls nicht danach gerichtet.

Auch auf russischer Seite gab es ein schwerwiegendes Mißverständnis. Nachdem man sich über vielerlei Fragen in Helsinki, bei SALT, ABM, NPT und so weiter geeinigt hatte, nahm man im Kreml an, nunmehr könne die Sowjetunion sich in allen Bereichen, die von solchen Verträgen nicht abgedeckt waren, politische und militärische (und damit potentiell zugleich auch politische) Vorteile verschaffen. Der schwerste Fehler war in diesem Zusammenhang der Aufbau der SS-20-Raketen-Flotte. Es sind aber auch andere, zum Beispiel geostrategische schwere Fehler gemacht worden: etwa die Erlaubnis an Vietnam, mit Hilfe der Sowjets Kambodscha zu erobern; später der Einmarsch in Afghanistan; die Ausdehnung sowjetischen militärischen und politischen Einflusses auf gewisse Staaten Afrikas und Zentralamerikas und so weiter.

Das sowjetische Mißverständnis, als ob man eine Carte blanche für all das hätte, was durch Verträge nicht ausgeschlossen war, hat wiederum in Amerika eine tiefe Enttäuschung über die ganze Entspannungsphase ausgelöst, die alsdann in den späten 70er Jahren stückweise zusammenbrach. Carter brachte zwar noch einen SALT-II-Vertrag zustande, der aber nicht mehr in Kraft trat.

Die vierte Phase seit Ende der 70er Jahre brachte den kalten Krieg zurück, zeitweise den kältesten Krieg. Es dominierte ein Rüstungswettlauf unter Einsatz größter ökonomischer Mittel. Diese vierte Phase des erneuten kalten Krieges und des fast ungebremsten Rüstungswettlaufs hat zu einer weitgehenden Erosion all derjenigen Politiken der europäischen Staaten geführt, die auf Bewahrung der europäischen Identität gerichtet waren.

An dieser Stelle möchte ich einen kurzen Exkurs zur deutschen Politik machen. In der vierten Phase des neuen kalten Krieges sind die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten natürlich in sehr viel höherem Maße von der Qualität der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten abhängig, als das in der Entspannungsphase der Fall gewesen war. Wie groß diese Abhängigkeit ist, sieht man etwa an der Absage der Bonner Besuche von Honecker und Schiwkoff oder an der Notwendigkeit, daß Herr Genscher seinen Besuch in Polen absagen mußte.

Diesen Beispielen ist eines gemeinsam: Auf westlicher wie auf östlicher Seite haben in letzter Zeit europäische Staaten ihre Handlungsspielräume zum Teil falsch eingeschätzt. Es war zum Beispiel eine Fehleinschätzung des Handlungsspielraums Ost-Berlins, wenn man der DDR zwei Milliardenkredite ins Haus trägt, ohne daß Moskau erkennen kann, für welche Gegenleistung diese eigentlich gegeben werden. Das mußte dort tiefsten Argwohn auslösen. Sowohl Kohl als auch Honecker wollten die eingefahrene deutsch-deutsche Politik fortsetzen. Es war gute Absicht auf beiden Seiten; aber es hat an dem realistischen Augenmaß für das Mögliche und auch für das Notwendige gefehlt. Die eigenen Handlungsfreiheiten wurden überschätzt.

Nun sollte aber niemand daran zweifeln - das sage ich besonders für die anwesenden italienischen Teilnehmer;- , daß die Deutschen auf beiden Seiten ihre deutsche Identität wahren wollen. Sie wissen aber, daß es wenig Sinn hat, heute von Wiedervereinigung im Sinne einer Wiederherstellung der nationalstaatlichen Einheit zu reden. Wir Deutschen müssen wissen, daß eigentlich alle übrigen Völker, vor allem deren Regierungen, Angst vor einer deutschen Wiedervereinigung haben. Eine endgültige Antwort auf die deutsche Frage kann zweifellos überhaupt nur gefunden werden im Zuge eines erfolgreichen Prozesses des Wiederauswachsendens von ganz Europa.

Ich möchte auch einen Exkurs über die Friedensbewegungen in Europa und Nordamerika einfügen. Die Friedensbewegungen, die manches idealistische Motiv antreibt und die auch manches Gute bewirkt haben, laufen Gefahr, einem sehr gefährlichen Mißverständnis zu unterliegen. Sie hegen nämlich zum Teil die Erwartung, eine einseitige Teilabrüstung - zum Beispiel nuklear - auf westlicher, sogar nur auf westdeutscher Seite, werde Moskau zu entsprechenden Gegenleistungen bewegen

oder gar zwingen. Einige hoffen sogar, Moskau werde dann den machtpolitischen und ideologischen Griff über Osteuropa lockern. Ich fürchte, das genaue Gegenteil ist wahrscheinlich. Einseitige Zugeständnisse werden dort nicht honoriert; es gibt kein Beispiel in den letzten 40 Jahren, daß sie honoriert worden wären.

Ich glaube übrigens, daß sich der russische Expansionismus geschichtlich über mehrere Jahrhunderte entwickelt hat und auch heute noch vital und ungebrochen ist. Ich sehe heute nur noch den sowjetischen Imperialismus, nachdem alle anderen Imperialismen zusammengebrochen sind: der spanische, der portugiesische, der englische, der französische, der halbherzige amerikanische Imperialismus, vor allem die verspäteten, besonders gewalttätigen Imperialismen der Japaner und der Deutschen in den 30er und 40er Jahren dieses Jahrhunderts. Nur der großrussische Imperialismus ist noch virulent, er ist bisher nicht an seine endgültigen Schranken gestoßen. Ich halte ihn nicht für vorwiegend kommunistisch, bolschewistisch-ideologisch, sondern vielmehr zu Dreiviertel für großrussisch. Die kommunistischen Parteien in der Welt sind für Andrej Gromyko Instrumente der sowjetischen Außenpolitik, nicht Ziel und nicht Selbstzweck.

Weil das so ist, deshalb bleibt richtig, was George Kennan vor fast 40 Jahren erkannt hat, nämlich die Notwendigkeit des "containments" der Sowjetunion. Das heißt: Wir brauchen ausreichende machtpolitische Gegengewichte gegen die sowjetische Macht. Genauer gesagt: Es ist ein Gleichgewicht der Macht nötig, wenn man verhindern will, daß die Sowjetunion auf Machtzuwachs ausgeht. Containment verlangt nach meinem Urteil keineswegs ein Übergewicht auf westlicher Seite, sondern lediglich ausreichende Gegengewichte.

Das Stichwort Übergewicht führt mich zur weltpolitischen Rolle der Europäer zurück. Die Europäer haben keinen bremsenden Einfluß auf die unerhörte SS-20-Überrüstung ausüben können, obschon man in den osteuropäischen Hauptstädten deren schlimme politische Konsequenz voller Sorgen vorhergesehen hat. Auf der anderen Seite haben auch die westeuropäischen Staaten die ab 1981 einsetzende Superioritätsrhetorik und Nuklearrüstung unseres wichtigsten Verbündeten nicht bremsen wollen, geschweige denn bremsen können.

Ich glaube, ein Hauptgrund für diese Entwicklung liegt in der tiefgreifenden Krise der westeuropäischen Integration. Europa ist seit dem zweiten Ölpreis-Schock von 1979/1980 von der Strukturkrise der Weltwirtschaft schwer getroffen. Die europäischen Regierungen denken immer noch, die Landwirtschaft sei das Wichtigste. Sie haben noch nicht begriffen, daß Europa nur 7,5 Prozent Landwirte, aber 11,5 Prozent Arbeitslose hat. Die Auswirkungen dieser Wirtschaftskrise bringen alle Regierungen, ob rechts, Mitte oder links, in Schwierigkeiten gegenüber ihrer eigenen, nationalen öffentlichen Meinung, gegenüber ihren Wählern und ihren Parlamenten. Sie sind voll beschäftigt mit nationalen Lösungen und Scheinlösungen für Probleme, die nach meinem Urteil tatsächlich national nicht gelöst werden können. Es ist bei ihnen keine Kraft mehr für ein konzeptionelles Denken frei, das über die eigenen Grenzen oder gar über die Grenzen Europas hinausweist.

Europa ist uneinig. Aufgrund seiner Uneinigkeit finanziert es zum Beispiel zu einem wichtigen Teil den amerikanischen Staatshaushalt mit europäischen Ersparnissen. Aufgrund dieser Uneinigkeit ist auch jene operative Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn de facto zum Erliegen gekommen, die einige Integrationsfortschritte während der 70er Jahre ermöglicht hatte. Selbst dort, wo vielleicht Handlungsmöglichkeiten bestehen, üben die europäischen Regierungen heute keinen wirklichen Einfluß auf die westliche Gesamtstrategie, geschweige denn auf Moskau aus.

Kardinal König hat in einem Aufsatz, in dem er von der Schwäche Europas in moralischer und religiöser Hinsicht und von einer entscheidenden Schwächung des Willens zum Leben geschrieben hat, richtig diagnostiziert, daß gegenwärtig die Vitalität in Europa nachläßt. Ich sehe das sehr ähnlich. Ob dieser Zustand anhält, weiß ich nicht. Aber mich erstaunt dieses zumindest vorübergehende Absinken der Vitalität nicht. Als in den frühen 20er Jahren Oswald Spenglers Buch mit dem Titel "Untergang des Abendlandes" erschien, haben viele Menschen geglaubt, dies sei der Schlüssel für das Verständnis der Zukunft Europas. Doch dann ist Europa immerhin zu einer unglaublichen Kraftanstrengung fähig gewesen, und sei es auch nur zum Zwecke, gegeneinander Krieg zu führen und sich zu töten. In diesem Zusammenhang dürfen wir auch die große Anstrengung des Wiederaufbaus in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg nicht vergessen. Vielleicht findet nach alledem gegenwärtig in Europa nur eine Art Erholungspause statt.

Zurück zu der Notwendigkeit des Gleichgewichts und der strategischen Entspannung: Machtpolitisches Gleichgewicht gegenüber der Sowjetunion auf der einen Seite und, auf dieser Basis, Entspannung und Kooperation mit der Sowjetunion auf einer Reihe von Gebieten auf der anderen Seite. Ich sagte bereits, daß George Shultz zur Zeit die Entspannung wiederentdeckt, und Ronald Reagan möchte als Friedensstifter in die Geschichte eingehen. Darin liegt eine Chance; sie zu nutzen,

ist aber nur mit einem Minimum an sowjetischer Kooperation möglich. Wie man dies erreicht - und natürlich bekommt man diese Kooperation nicht umsonst, sondern muß dafür bezahlen;- , diese Frage ist eines der vielen Themen, über die gegenwärtig in der westlichen Welt nachgedacht werden muß. Der neue Anfang, der sich zwischen Washington und Moskau seit dem Oktober 1984 anbahnt, enthält auch für die Europäer die Chance auf eigene Handlungsspielräume.

Aber der neue Anfang birgt zugleich auch große Gefahren. Es besteht die Gefahr, daß die gesamteuropäische Schiene, die von Helsinki über Madrid nach Stockholm geführt hat - an der alle europäischen Regierungen beteiligt sind und außerdem die Amerikaner, Kanadier und die Russen;- , jetzt zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus zurückgedrängt wird als eine Nebensächlichkei, auf die es nicht ankommt. Denn die Themen, die in Stockholm zur Debatte stehen, sind weder aus Moskauer noch aus Washingtoner Sicht von erster oder zweiter Rangordnung. Auf diese Weise könnte dieser gegenwärtig einzige gesamteuropäische Ansatz an den Rand gedrängt werden.

Es gibt eine zweite, vielleicht noch größere Gefahr, daß sich nämlich Washington und Moskau, zum Beispiel bei "Star-War", bei START oder SALTIII, ohne Rücksicht auf europäische Interessen einigen, das heißt also auf unsere Kosten. Allgemeiner und weniger holzschnittartiger ausgedrückt: Die Gefahr besteht, daß von den beiden Supermächten eine weitergehende stillschweigende Aufteilung der Welt in Interessensphären vorgenommen wird, wie das bisher schon für Europa der Fall war.

Graf Ferraris

Ich danke beiden Referenten für ihre Ausführungen. Ich habe den Eindruck, daß sich die unterschiedlichen Zugänge zu unserem Tagungsthema, die in den Referaten deutlich wurden, gut ergänzen und uns für die Diskussion weite Perspektiven eröffnen.

Lassen Sie mich ein Wort des Dankes an Seine Eminenz, Kardinalstaatssekretär Casaroli, richten, für die Gastfreundlichkeit, mit der Sie den Bergedorfer Gesprächskreis im Vatikan aufgenommen haben. Des weiteren begrüße ich den Präsidenten des italienischen Senats, Herrn Professor Cossiga, der uns heute im Namen der Republik Italien im Senat willkommen geheißen hat. Und ich darf unserer Freude darüber Ausdruck verleihen, daß Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker ebenfalls seine Teilnahme an dieser Gesprächsrunde ermöglichen konnte - als Privatmann, wie er mir sagte.

Altbundeskanzler Schmidt stellte am Anfang die grundlegende Frage: Was beinhaltet eigentlich der Begriff Europa? Inwieweit deckt er sich mit der bekannten Formulierung von de Gaulle eines "Europa vom Atlantik bis zum Ural", wenn der Ural nicht die Grenze der Sowjetunion ist, sondern es hier vielmehr um die Dimension einer Weltmacht geht?

Ich möchte aus den beiden Referaten drei Überlegungen herausheben. Die erste betrifft die Feststellung von Kardinal König, daß wir Europäer im westlichen Teil Europas eines gemeinsam haben, nämlich die christliche Lehre. Wir im Westen stellen wohl auch die europäischen Grundwerte, die in vielen Jahrhunderten gewachsen sind, am besten dar: Freiheit, Toleranz, Selbstbestimmung, Pluralismus und Menschenrechte. Das gehört auch in den Zusammenhang mit der Frage nach unserer Identität als Europäer.

Zweitens hat insbesondere Herr Schmidt deutlich gemacht, daß es entscheidend auf unseren Handlungsspielraum in Europa ankommt, und zwar nicht in erster Linie gegenüber anderen Mächten, sondern vor allem für uns selbst. Dies betrifft im wesentlichen die Frage der westeuropäischen Integration, wobei aber auch die Vereinigten Staaten mit angesprochen sind, die zwar nicht zu Europa gehören, aber für die europäische Handlungsfähigkeit einen entscheidenden Faktor darstellen.

Die dritte Überlegung bezieht sich auf die Feststellung, daß wir bei unserer Identitätssuche und beim Ausmessen unseres Handlungsspielraumes nicht die Spaltung Europas vergessen dürfen, also das Europa des Ostens mit einbeziehen müssen. Ich lasse den Begriff "Osten" jetzt einmal bewußt unbestimmt. Kardinal König sagte in diesem Zusammenhang, wir sollten keine utopische Hoffnung im Hinblick auf die Beziehungen zu Osteuropa hegen. Mitunter sei es besser, eine Ungerechtigkeit hinzunehmen, wenn man damit größere Ungerechtigkeiten für die Zukunft vermeiden könne.

Vielleicht sollten wir mit der Frage nach unserer Identität beginnen. Die Identität der Westeuropäer, besonders in geistiger und kultureller Hinsicht, also das, was uns am meisten geprägt hat, könnte möglicherweise auch ein Beispiel für andere sein.

König

Nur zur Klarstellung: Wenn ich von Europa spreche, dann tue ich dies in einem weitgespannten Sinne, so wie in den Dokumenten von Helsinki Ost und West den Ausdruck Europa gebrauchten. Dabei hat

Herr Schmidt zu Recht darauf hingewiesen, daß der Begriff eines Europas, das sich vom Ural bis zum Atlantik erstreckt, so wie es de Gaulle und heute morgen auch der Bischof von Rom formuliert haben, durchaus kritisch gesehen werden kann.

Stürmer

Wenn wir von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural sprechen, so ist das verzeihen Sie - "pie in the sky"; denn die Sowjetunion hat gewiß genügend andere Probleme, als sich nun auch noch uns zuliebe in eine asiatische und eine europäische Hälfte zu teilen. Kulturell mag das irgendwie gehen, politisch sehe ich das nicht.

Wir müssen uns also entscheiden, ob wir auf einer mehr historisch-kulturellen, literarisch-geistigen Ebene oder auf einer eher politischen Ebene der langfristigen Perspektiven sprechen wollen. Das Referat von Kardinal König ging mehr in die erste, das von Herrn Schmidt mehr in die zweite Richtung. Beides ergänzte sich, aber es waren doch zwei verschiedene Auffassungen desselben Themas. Ich persönlich neige mehr dazu, den realpolitischen Weg zu betrachten, ohne deshalb den anderen gering zu schätzen.

Um mit dem Europa-Begriff zu beginnen: Europa war immer eine Vielfalt von Staaten. Das Agonale, das die griechischen Städte und auch die italienischen Stadtstaaten ausgemacht hat, ist das Schicksal Europas geworden. Hier in Italien hat man uns vorgemacht, wie tüchtig miteinander kämpfende Städte sein und wie sie sich auch zu Tode bringen können. Die oberitalienischen Städte haben das Schicksal Europas in gewisser Weise vorweggenommen, bis sie dann von den Großmächten ihrer Zeit übermannt wurden und eintauchten in den Schatten der Geschichte. Die europäischen Nationalstaaten haben ebenfalls eine gloriose Geschichte gehabt, bis sie sich dann in diesem mörderischen 30jährigen Bürgerkrieg, der 1914 begann, zu Tode gekämpft haben. Die europäische Kultur ist geprägt vom Element des Agonalen, von diesen Kämpfen, von dieser Verschiedenheit in der Einheit.

Diese Einheit ist der Rahmen, in dem die großen Identitätsprozesse miteinander ebenso wie gegeneinander ablaufen, ja ablaufen müssen. Das läßt sich deutlich am deutsch-französischen Verhältnis ablesen. Die Identitätsfindung zumindest der Deutschen verläuft im entscheidenden Moment der Nationalstaatsbildung gegen Frankreich. Das ist die Tragödie der Deutschen und der Franzosen. Heute haben wir die Chance des Gemeinsamen, einmal aufgrund der gesamteuropäischen Niederlage, die wir uns in jenem 30jährigen Krieg beigebracht haben, zum anderen durch die technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die nach sehr viel größeren Räumen verlangen.

Europa kann sicher keine Supermacht werden, aber es könnte eine Großmacht sein. Europa muß begreifen, daß es entscheidende Dimensionen gibt, wo seine Verschiedenheit überhaupt keinen Platz mehr hat. Wir brauchen nicht in Europessimismus zu verfallen, wenn wir verstehen, warum wir in bestimmten, zum Beispiel technischen Bereichen nicht mehr sehr gut sind. Das hängt nicht daran, daß wir nicht die "brains" haben wie die Amerikaner; wir sind in vielen Bereichen besser als sie. Es liegt an der schlichten Tatsache, daß die europäischen Märkte zu eng sind und wir es nicht schaffen, nicht einmal in einem Bereich wie dem der europäischen Postverwaltungen, auch nur gemeinsame Normen einzuführen, die für die Industrie gemeinsame Märkte schaffen.

In vielen Gebieten ist es eklatant, daß wir gemeinsame politische Dimensionen brauchen. Ich nenne vier solcher Bereiche: erstens die sogenannte Hochtechnologie, zweitens die Sicherheit, drittens die Wirtschaft und viertens der ganze technischwissenschaftliche Bereich. Wir stehen uns bisher selbst im Wege. Wir haben auch den großen Schwung verloren, dies voranzutreiben. Wir haben in den Nationen Europas in vielerlei Hinsicht immer noch die falsche Tagesordnung. Wir unterhalten uns über alle möglichen Themen, die von tagespolitischer Bedeutung sein mögen, die aber nicht die entscheidenden Zukunftsthemen sind wie Bevölkerungsentwicklung, Umwelttechnologie, moderne Zukunftstechnologien. Wie erreichen wir in diesen Gebieten ein geeintes Europa? Darauf müssen wir uns konzentrieren.

Dies alles hat einen enormen politischen, ja weltpolitischen Aspekt. Denn alles Reisen nach Washington, alles Lamentieren, uns bei den Verhandlungen in Genf nicht zu vergessen, alles: "wir sind schließlich auch noch da", ist im Grunde zwecklos. Das sind nur Spesen. Das einzige, was wirklich Eindruck macht, sind Tatsachen.

Schmidt

Wenn wir handeln würden und die anderen zum Zuhören zwingen.

Stürmer

Richtig. Wenn dieses Europa aus eigenem Gewicht etwas ist, kann man es nicht übersehen und kein wie immer geartetes Kondominium bilden. Dann gewinnt dieses Europa auch mehr an Selbstbewußtsein, und es wird auch mehr Achtung genießen. In gewisser Weise kommt unsere Armut von der Pauvreté. Diese Pauvreté zu überwinden, liegt letzten Endes bei uns. Das erfordert in der Tat eine Vision und das, was die Amerikaner so schön nennen - bei uns darf man davon nur piano sprechen -: leadership.

Bertram

Mir geht es bisher noch so wie in zahlreichen Diskussionen über Europa: Wir schleichen uns über die Sprünge in der eigenen Argumentation hinweg, weil wir von Europa reden, ohne genau zu sagen, welches Europa wir meinen und in welchem Zusammenhang. So habe ich mich zum Beispiel bei dem, was Kardinal König gesagt hat, gefragt: Besteht nicht ein wichtiger Unterschied zwischen europäischer Affinität, die in vielen Dingen kulturell, vielleicht auch politisch, eine gesamteuropäische Affinität ist, und politischer Identität? Wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, daß es zwar Affinität gibt, aber diese nicht Identität ausmacht, daß es in der Tat ein Westeuropa und ein Osteuropa gibt, daß man die Sprünge und Verklaffungen nicht einfach überkitten darf, sondern sie deutlich sehen muß.

Wenn wir von der Handlungsfähigkeit Europas sprechen, dann meinen wir doch wohl die Westeuropas. Denn allenfalls Westeuropa ist ein handlungsfähiger Rahmen. Eine größere Handlungsfähigkeit Westeuropas hätte aber Konsequenzen für ganz Europa. In Osteuropa wird das sicher eine gewisse Disziplinierung zur Folge haben, das heißt, die osteuropäischen und die sowjetischen Organisationen werden sich stärker zusammenziehen. Und umgekehrt: Je mehr wir in Westeuropa von einer gesamteuropäischen Perspektive reden, desto schwieriger wird es für uns, die ohnehin spärliche Energie aufzubringen, westeuropäische politische Identität zu verwirklichen.

Wir Deutsche sollten uns immer wieder daran erinnern, daß dieser Widerspruch seit den 50er Jahren in unserer Europa- und Deutschlandpolitik stets von neuem deutlich geworden ist. Die These, man müsse erst ein starkes Westeuropa schaffen, um dann die Wiedervereinigung Deutschlands zustande zu bringen, zeigt genau diesen Widerspruch auf. Auf Europa übertragen: Je stärker wir die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Handlungsfähigkeit betonen, desto weniger werden unsere Bürger bereit sein, das, was an westeuropäischer Handlungseinheit notwendig ist, aufzubringen. Deswegen halte ich es für erforderlich, daß wir zu einer klaren Priorität kommen.

Mir fällt dabei ein Wort von Walter Hallstein ein. Als ihm vorgehalten wurde, daß die Europäische Gemeinschaft diskriminiere, sagte der Junggeselle Hallstein: Das ist so wie in der Ehe, da diskriminiert man auch gegen alle anderen. Ein wenig wird es bei der westeuropäischen Zusammenarbeit wohl so sein müssen. Wir müssen also Prioritäten setzen und dafür sorgen, daß die westeuropäische Gemeinschaft handlungsfähig wird, um alle die Defizite, von denen Herr Schmidt und auch Kardinal König gesprochen haben, auszugleichen. Identität kommt vom Erfolg, nicht vom Träumen.

Weidenfeld

Ich schlage vor, die traditionellen Unbehaglichkeiten, die entstehen, wenn wir uns bemühen, unseren Gesprächsgegenstand - also Europa - zu beschreiben, dadurch zu vermeiden, daß wir auf eine abstrakte Definition verzichten. Eine solche Definition ist noch nie überzeugend gelungen. Wir sollten einen anderen Zugang zum Thema wählen, nämlich die subjektive Disposition der Bürger. Was nützt uns eigentlich die perfektteste akademische Definition, wenn sich die Europäer nicht als Europäer empfinden?

Dieser sozialpsychologische Ansatz erlaubt es auch, sehr viel präziser zu verorten, wo sich die Europäer eigentlich als identisch empfinden und wo nicht. Wenn wir unsere persönliche Identität beschreiben, dann tun wir dies selten positiv, indem wir sagen: Ich bin der und der, sondern wir tun dies gleichsam im Unterschiedensein vom anderen und durch das, was wir möglicherweise sein möchten, oder was wir bei uns als Mangel empfinden. Dies erklärt, warum man beispielsweise in Warschau und Budapest ein sehr viel dynamischeres und ausgeprägteres Bild von Europa erfahren kann als etwa in London oder Kopenhagen. Bei uns im Westen werden nämlich viele Leistungen Europas einfach konsumiert und können nicht mehr als identitätsbeschreibende Hilfsmittel dienen.

Mit einer solchen sozialpsychologisch orientierten Vorgehensweise würden wir auch Europa einmal ausnahmsweise nicht überfordern. Denn sonst werden ja üblicherweise alle Schwierigkeiten, die im politischen Alltag nicht zu bewältigen sind, halt Europa in die Schuhe geschoben. Europa würde bei

diesem sozialpsychologischen Ansatz aber auch nicht unterfordert, weil man recht genau ausmachen kann, wo seine Leistungsfähigkeit liegt.

Wenn Sie die Frage, was sich in den letzten Jahren eigentlich an europäischer Identität entwickelt, unter dem sozialpsychologischen Aspekt betrachten, stellen Sie fest, daß sich in Westeuropa wie in Osteuropa einiges an Distanzierungsbewegungen von den Weltmächten vollzieht.

In dem Zusammenhang nur ein kurzes Wort zu dem vorhin erwähnten "Jalta"-Bild. Jalta ist ja historisch gesehen das Symbol einer Politik der Vertagung. In Jalta setzten sich nicht die großen Staatsmänner zusammen und teilten die Welt unter sich auf, sondern sie hatten nicht mehr die Kraft zu einer einvernehmlichen Gestaltung der europäischen Nachkriegsordnung.

Hier stellt sich nun die Frage: Wird nicht die europäische Identität auch dadurch gefördert, daß die Europäer heute den Eindruck haben, den Weltmächten fehle es wiederum an Kraft zu einer einvernehmlichen Gestaltung? Insofern frage ich mich auch, ob es eigentlich sinnvoll ist, den Weltmächten gewissermaßen bis gestern vorzuwerfen, daß sie sprachlos seien, und in dem Moment, in dem sie ihre Sprache wiederzufinden beginnen, ihnen sofort zu empfehlen, sich doch lieber wieder ein wenig zurückzuhalten.

Was das von Herrn Schmidt angesprochene Gleichgewicht angeht, so zählt dieser Begriff im Grunde zu den diffussten politischen Begriffen überhaupt. Hier würde ich gern einmal eine präzisere Bestimmung dessen, was unter Gleichgewicht verstanden werden soll, erfahren.

Zum anderen: Was heißt es konkret, wenn wir fordern, Westeuropa müsse seine politische Handlungsfähigkeit gewinnen? Über das grundsätzliche Ziel an sich wird hier zweifellos ein breiter Konsens bestehen. Es wäre aber wichtig zu wissen, wie denn - auf welchen Wegen, mit welchen Instrumenten - dieses Westeuropa an Handlungsfähigkeit gewinnen soll. Immerhin will ich meiner Genugtuung Ausdruck geben, daß von Westeuropa bei dieser Konferenz nicht in einem herablassenden Sinne gesprochen wird, sondern die beachtliche historische Leistung, die hinter dem Integrationsprozeß steht, durchaus gesehen wird.

Kardinal König hat von den einheitsstiftenden Kräften gesprochen: Technik, Wissenschaft, Medien, Wirtschaft. Nun sollte man allerdings nicht übersehen, daß mit der Universalisierung einer relativ unspezifischen Kultur eine Gegenbewegung verbunden ist, die sich auf regionale Verankerungen des Bewußtseins richtet: regionale Kulturen, regionale Geschichte, Heimatbewußtsein.

Ich frage mich demgegenüber, ob nicht der Druck zur Modernisierung in Ost und West eine sehr viel stärkere einheitsstiftende Kraft ist. Dieser Druck zur Modernisierung führt im Osten zu einem Zerfall der Ideologien. Der Marxismus hat dort seine große sinnstiftende Kraft eingebüßt. Der Modernisierungsprozeß hat zur Folge, daß sich die Gesellschaften zwangsläufig weiter ausdifferenzieren. Im Westen löst der anhaltende Modernisierungsdruck wiederum die Frage nach der Identität aus. Das gleiche Strukturproblem stellt also in Ost und West gleichermaßen, wenn auch phasenverschoben, eine Herausforderung dar - jenseits der Ideologien.

Freiherr von Weizsäcker

Als ich vor kurzem mit Leuten aus anderen Kontinenten, vor allem aus Lateinamerika, über Europa sprach, wurde ein Aspekt deutlich zum Ausdruck gebracht. Da hieß es: Früher war Europa politisch und geistig eine Macht. Heute hat Europa, wenn man die Sowjetunion einmal nicht mit einbezieht, an politischer Macht erheblich verloren; es ist aber auch geistig für die Welt nicht mehr interessant.

Europa, so sagen diese Leute, hat nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges alle Kraft auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Erzeugung von Wohlstand verwandt. Heute sei die ganze europäische Vitalität nur noch darauf konzentriert, abzusichern und abzuschrecken nach außen wie nach innen. Bei den Fragen aber, vor denen die Welt im ganzen steht - und viele der einheitsstiftenden Gesichtspunkte, Herr Kardinal, die Sie genannt haben, sind nicht allein europaspezifisch, sondern Kennzeichen der Weltkultur oder der Weltzivilisation im technischen Zeitalter; -, kommen von den Europäern zur Zeit keine oder zu wenige Vorschläge, Versuche oder Anregungen, die die übrige Welt wirklich interessieren.

Beide Referenten haben ja von einem geschwächten Willen, von einer geschwächten Vitalität Europas gesprochen. Meinen beide das gleiche, was meine überseeischen Gesprächspartner sagten: Europa habe nicht nur an politischer Macht verloren, sondern habe auch in den Bereichen, wo es noch mitreden könne, nämlich auf der Ebene der Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, keine wichtigen Beiträge zum Modernisierungsprozeß in der Welt geleistet?

Nun neige ich, wenn ich mir ein Bild von der Bundesrepublik zu machen versuche, nicht zu dem Urteil, wir hätten unsere Vitalität eingebüßt. Ich bin allerdings der Meinung, daß diese Vitalität im Hinblick auf die von mir eben erwähnte Frage nicht zielgerichtet eingesetzt wird. Es gibt eine große Vitalität im privaten Leben. Herr Weidenfeld hat mit Recht davon gesprochen, daß es eine gewachsene regionale, vielleicht sogar lokale Vitalität gibt, die sich auf kulturelle, soziale und alle möglichen anderen Bereiche beziehen kann. Mein Eindruck ist also keineswegs, daß die Menschen als Individuen unter einem Vitalitätsverlust leiden. Aber unsere Gesellschaft im ganzen ist primär dadurch geprägt, daß sie ihre in Jahrzehnten erworbenen Besitzstände auf den verschiedenen Gebieten absichert, gegeneinander verteidigt. Sie hat zu wenig Kraft, um für den Modernisierungsprozeß im technischen Zeitalter in der eigenen Gesellschaft und für die Welt im ganzen interessante Vorbilder und Beispiele zu geben.

Ich frage mich, ob wir alle die Themen, die uns hier beschäftigen, also das Ost-West-Verhältnis, die Abrüstung oder andere Formen der Friedenssicherung, insbesondere die Fragen nach dem Lebenswillen und nach der Identität, dann werden beantworten können, wenn wir in der Lage sind, für den Modernisierungsprozeß im technischen Zeitalter Vorschläge zu unterbreiten oder bestimmte Formen vorzuleben, die Europas Rolle in der Welt wieder interessanter machen. Daß man sich zur Zeit in der Welt an der sozialen und geistigen Entwicklung Europas orientiert, kann man ja wohl nicht sagen. Wenn wir also die mehr privatisierte Vitalität auf eine allgemeinere gesellschaftliche Ebene heben könnten, würden wir auch unsere Identitätsprobleme besser lösen.

Graf Ferraris

Sie haben gefragt, Herr von Weizsäcker, in welcher Hinsicht Europa heute noch einen Beitrag für die Welt zu leisten imstande ist. Wir haben heute morgen die Sixtinische Kapelle besucht. Sie ist ein Beispiel, das zeigt, wie in einem bestimmten Zeitalter eine große künstlerische Leistung die ganze Welt beeindruckt hat. Und wir müssen uns fragen: Zu welchen Leistungen sind wir noch fähig in einer Welt, in der offenbar keine Sixtinische Kapelle mehr notwendig ist? Es gibt sowieso keinen Michelangelo mehr. Wie können wir also eine Leistung vollbringen, die für den Modernisierungsprozeß in der heutigen Welt von Bedeutung ist?

Das Bild, das die anderen von uns haben, entspricht, wie Sie sagten, nicht demjenigen, das wir von uns selbst haben möchten. Die geistige Kraft, die wir noch zu haben glauben und von der Kardinal König gesprochen hat, steht dann im Zusammenhang mit unserer Handlungsfähigkeit, die Herr Schmidt fordert.

Altmann

Die europäische Kultur sollte nicht an der europäischen Identität gemessen werden, schon gar nicht im Rahmen einer bloß geographischen Begrenzung, sondern an ihrem Universalismus, an ihrem großen Entwurf, der sie von allen anderen Kulturen unterscheidet. Auch die heutige Schwäche der europäischen Kultur kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nirgendwo eine alternative Kultur gibt - weder eine islamische noch eine andere.

Ich will diese europäische Kultur etwas genauer benennen, weil sie nicht nur durch den Imperativ der Modernität gekennzeichnet werden kann, so wichtig das ist. Aber daß der Mensch das Maß aller Dinge ist, daß er ein soziales Wesen ist; der Mensch als Bürger der Stadt; der Mensch mit seinen Rechten und seiner Freiheit; alle Menschen gleich vor Gott und schließlich auch gleich untereinander - dies alles ist europäisch und gehört zum Entwurf der europäischen Kultur. Auch die Idee der Revolution ist in dem Sinne eine europäische Idee. Das sollten wir uns bewußtmachen und aussprechen und nicht versuchen, eine regionale Identität zu formulieren.

Es gibt einen weiteren, nicht minder wichtigen Grund. Die europäische Kultur und Europa als Kontinent unterscheiden sich in ihrer Entwicklung von allen anderen Kulturen und Kontinenten. Die europäische Kultur entsteht im Mittelmeerraum, wo drei Kontinente aufeinanderstoßen und sich wechselseitig beeinflussen haben: Afrika, Asien und Europa. Die europäische Kultur, auch unsere Religion, ist nicht zu denken ohne Asien. Unsere Mathematik und Medizin sind nicht denkbar ohne die arabische Kultur. Wir sollten nicht glauben, das alles sei so originär europäisch. Im Zusammenwirken dreier Kontinente sind Fruchtbarkeit und Weltbedeutung unserer Kultur entstanden.

Seit Tocqueville und Donoso Cortes, den beiden großen Prognostikern des vorigen Jahrhunderts, denken wir die Zukunft als Gegensatz zwischen Amerika und Rußland. Ich weiß nicht, ob das für die weitere Zukunft noch so stimmen wird, ob wir nicht auf Dauer eine andere Perspektive wählen müssen. Ich denke nicht, daß Lateinamerika eine so große Rolle spielen wird, auch nicht Australien oder Afrika - aber Asien. Asien, das Hegel und die Großen seiner Zeit im vorigen Jahrhundert längst

abgeschrieben hatten, ist in die Weltgeschichte zurückgekehrt. Die Sowjetunion kämpft um ihre Hegemonie in Asien genauso wie in Europa. Asien ist der größte Kontinent mit den meisten Menschen; es ist die Heimat großer Kulturen gewesen. Wenn Asien jetzt in die Weltpolitik und Weltgeschichte zurückkehrt, werden sich auch die Dimensionen unseres strategischen Denkens verändern müssen.

Statt sich von der Welt abzuschotten und nach ihrer eigenen Identität zu suchen, sollten sich die Europäer ihrer Traditionen bewußt werden in dem Sinne, daß sie zum Modernisierungsprozeß beitragen können, wie es Herr von Weizsäcker gesagt hat. Dabei geht es nicht nur um die modernen Naturwissenschaften.

Wir sollten also einmal die große Bewegung der Weltgeschichte ins Auge fassen und nicht nur nach unseren eigenen Interessen und dem, was wir in den letzten 40 Jahren erlebt haben, schielen.

Mertes

Wenn wir Europa so wie Sie, Herr Kardinal, als das Europa der KSZE verstehen, dann bleibt festzustellen, daß auch die Vereinigten Staaten und Kanada die Schlußakte von Helsinki zu Recht mit unterzeichnet haben. Angesichts der gegenwärtigen Bedrohungslage stellt sich für uns doch die Frage, ob die Sicherheit des freien Europa heute - und noch auf lange Zeit - ohne die USA überhaupt denkbar ist. Ich erinnere an das berühmte Wort von de Gaulle: "L'Amérique, la fille de l'Europe." Amerika, die Tochter Europas; und ich meine, den Aspekt Amerika dürften wir nicht außer acht lassen, wenn wir die Frage unseres Themas "Ist die Spaltung Europas das letzte Wort?" angemessen beantworten wollen.

Geistesgeschichtlich gehören Europa - einschließlich Polen, aber ausschließlich Rußland - und die Vereinigten Staaten von Amerika auf das engste zusammen. Sie sind geprägt durch das katholische und das protestantische Christentum, durch die moderne Aufklärung und die demokratische Entwicklung der letzten 200 Jahre. Ich sehe keine Möglichkeit, eine umfassende Zukunftsperspektive für Europa zu entwickeln, wenn wir dieses Europa in seiner geistigen und politischen Potenz von den Vereinigten Staaten von Amerika loslösen.

Daraus ergibt sich im übrigen eine hochaktuelle Konsequenz. Die Tatsache, daß die Völker Westeuropas Schutz bei den Vereinigten Staaten suchen, unterscheidet sich grundlegend von den Ursachen der Präsenz der Sowjetunion in Polen, in der CSSR und in der DDR. Wir müssen bedenken: Wenn die Vereinigten Staaten sich aus Westeuropa zurückzögen, würde sich zwar die militärstrategische Lage grundlegend verändern, aber die politischen Systeme in Westeuropa würden bleiben, weil sie von den Völkern hier akzeptiert sind. Ganz anders verhalten sich die Dinge in Osteuropa. Würde sich die Sowjetunion aus der DDR, Polen und der CSSR zurückziehen, würde sich sofort zeigen, daß den dortigen Systemen die politische Legitimität fehlt. Das ist eben das große Problem für die Sowjetunion in diesem Raum.

Ich bin des weiteren der Auffassung, daß der Ost-West-Gegensatz, insbesondere unsere Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, ganz wesentlich auch dadurch bestimmt ist, daß Rußland durch die russisch-orthodoxe Kirche und eine anders verlaufene innere Entwicklung geprägt wurde, während im übrigen Europa die katholische Kirche, die Reformation und die moderne Aufklärung die entscheidenden geistesgeschichtlichen Einflußfaktoren waren. Hierher gehört auch das, was Helmut Schmidt zu Recht als den russischen Expansionismus bezeichnet hat, der historisch zu erklären ist.

Ein russisch-orthodoxer Mönch zeigte mir einmal in Sagorsk ein Denkmal etwa aus dem Jahre 1680, das an die Hinfälle der Polen und Litauer in Rußland erinnerte. Er sagte mir dazu: "Dies ist ein entscheidendes Denkmal, das Sie als Deutscher und als Westler verstehen müssen. Wir Russen fühlen uns stets vom Westen bedroht." Damals seien es die Litauer und Polen gewesen, diese Papisten; dann kamen die protestantischen Schweden, darauf die Franzosen Napoleons, schließlich die Deutschen. Immer habe der arrogante Westen Rußland bedroht.

Diese Zerteilung Europas spielt auch im Verhältnis zwischen Polen und Rußland eine entscheidende Rolle. Das orthodox-autoritäre Rußland und der katholischprotestantisch-aufgeklärte Westen, das sind zwei grundsätzlich verschiedene Formen der geistesgeschichtlichen Prägung. Aufgrund vieler Gespräche, auch mit nichtkommunistischen Russen, bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß man in Rußland den gesamten Westen - und dazu zählen sie auch die Polen, die Tschechen, die Ungarn, natürlich auch die Deutschen - als eine ständige Bedrohung der eigenen politischen Machtposition ansieht. Die Unsicherheit der Russen besteht weniger in militärischer als vielmehr in politischer Hinsicht. Sie fühlen sich durch die Tatsache bedroht, daß die von ihnen abhängigen Regime in Osteuropa vom Volk nicht legitimiert sind.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang einen weiteren Unterschied. Im Westen haben die Kirchen die Völker auch zur Teilnahme an der öffentlichen Verantwortung und dazu erzogen, das Spannungsverhältnis zwischen den weltlichen und den geistlichen Dingen auszuhalten. Das hat die russisch-orthodoxe Kirche, vor der ich große Ehrfurcht habe, mit ihrer Spiritualität nie angestrebt.

Damit komme ich zu der politischen Frage. Herr Schmidt sprach von dem russischen Expansionismus und Imperialismus. Auch dieser Expansionismus, dem eine bisher unersättliche Sicherheitsvorstellung zugrunde liegt, leitet sich weniger aus der Furcht vor der Bundeswehr oder vor amerikanischen Angriffsgelüsten ab, als vielmehr von der Labilität der eigenen Herrschaft in Osteuropa her.

Wir Europäer müssen uns fragen, ob wir damit rechnen können, daß die Sowjetunion einmal ihre Außenpolitik entstalinisieren wird. Wird sie ihr Verhältnis zu den Völkern Osteuropas einmal neu definieren, und zwar aufgrund ihrer eigenen Interessenlage? Was können wir verantwortlich dazu beitragen? Wie müssen wir uns verhalten, damit die Sowjetunion ihre wesentlichen Interessen gegenüber Polen, der CSSR, der DDR und so weiter neu bestimmt? Herr Schmidt hat zu Recht gesagt, daß ein "hohes Minimum an sowjetischer Kooperation" unverzichtbar ist, wenn wir in Europa weiterkommen wollen.

Die militärischen Aspekte beziehen sich nur auf Symptome des Ost-West-Gegensatzes, sie spiegeln nicht die eigentlichen Ursachen von Rüstung und Spannung wider. Wenn wir diese Ursachen nicht abbauen, kommen wir auch in den Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle nicht weiter.

Altmann

Die russische Kultur und auch die orthodoxe Religion, die sie erwähnen, Herr Mertes, stammen letztlich aus Byzanz, dem großen gegensatzlosen Reich, von dem Herr Körber gesagt hat, daß der doppelköpfige Adler in seinem Wappen nach Osten und nach Westen blickt. Der russische Kulturentwurf kommt von Byzanz her und nicht aus der Latinität. Wir Deutschen haben uns angewöhnt, den großen Gegensatz zwischen Amerika und Rußland an der Elbe zu fixieren, so als ginge es nur über diese Elbe hinweg mit allen Problemen der russischen Westgrenze, vielleicht noch der deutschen Ostgrenze. Dabei gehört Südeuropa auf jeden Fall mit dazu.

Gasteyger

Wenn unser Thema heißt: "Europa auf dem Wege zu sich selbst", dann müssen wir zunächst einmal mit Bedauern feststellen, daß gegenwärtig jedes einzelne Land wieder auf dem Wege zu sich selbst und nicht zu Europa ist, wir also Zeuge einer Renationalisierung und nicht einer "Europäisierung" Europas sind.

Eine zweite Feststellung mag vielleicht etwas dogmatisch erscheinen, kann aber klärend wirken: Für mich hört Europa in dem uns hier interessierenden, das heißt politischen, Sinne an der sowjetischen Westgrenze auf. Darüber müßte man sich einmal Klarheit verschaffen, wenn man versuchen will, die beiden Teile Europas festzulegen. Wir empfinden jedenfalls ganz anders gegenüber den Osteuropäern, wenn es um die Frage einer "Wiedervereinigung" des gespaltenen Europa geht, als gegenüber der Sowjetunion.

Mit anderen Worten: Ich glaube nicht - Herr Schmidt hat es deutlich gesagt;- , daß sich die Sowjetunion ihrerseits als Teil Europas empfindet. Sie fühlt sich nicht für die internationale Ordnung verantwortlich, wie sie sie 1917 vorgefunden hat, damit wohl auch nicht für das Europa, wie wir es gern sehen möchten.

Europa kann somit nicht auf die Sowjetunion bauen, wenn es seine Identität finden will - aber auch nicht auf die Vereinigten Staaten. Wenn wir uns einmal ansehen, wer in den Vereinigten Staaten wirklich Verständnis für die Spezifität Osteuropas und seines geschichtlichen Hintergrundes hat, der muß zu dem wenig überraschenden Schluß kommen, daß davon bei jenen, auf die es machtpolitisch in Washington ankommt, bedauerlich wenig vorhanden ist. Man darf es von den Amerikanern auch nicht mehr verlangen. Deshalb ist es in erster Linie Sache der Westeuropäer, dieses Osteuropa als Teil ihres eigenen Kontinentes, ihrer eigenen Kultur, ihres eigenen Glaubens, ihrer eigenen Geschichte zu betrachten und zu behandeln.

Wenn wir uns nun überlegen, wie wir uns gegenüber diesem Osteuropa und damit auch gegenüber der Sowjetunion, die dort präsent ist, verhalten sollen, dann dürfen wir nicht vergessen, daß es für die Sowjetunion zwei Ebenen gibt, die für ihre Präsenz in Osteuropa entscheidend sind. Das ist zum einen die strategisch-politische und zum anderen die sozialpolitisch-ideologische Ebene. Beide Ebenen sind wichtig und sind als solche auch im Rahmen der KSZE berücksichtigt.

Mit anderen Worten: Wenn wir es bei der ersten Ebene belassen, engen wir den Handlungsspielraum, um den es geht und für den Herr Schmidt plädiert hat, ein. Wenn wir aber versuchen, die beiden Ebenen in unsere Politik gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion einzubeziehen, werden sich möglicherweise für Westeuropa zusätzliche Handlungsspielräume neben und außerhalb des politisch-strategischen Bereichs ergeben, die wir nicht immer genügend berücksichtigt haben.

Herr Schmidt hat zu Recht gesagt, wir sollten versuchen, in den Ost-West-Beziehungen die so dominierende rüstungspolitisch-strategische Komponente allmählich abzubauen. Das bedeutet aber - so paradox und tragisch es sein mag; -, daß gerade diese Komponente in den nächsten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, weiterhin im Vordergrund zu stehen hat, weil bis auf weiteres sie die wichtigste Basis jener Stabilität bildet, die allmähliche Veränderungen auf der anderen Ebene ermöglicht. Nur in dem Maße, in dem dieser Prozeß des Wandels fortschreitet und von keiner Seite als destabilisierend angesehen wird, kann dann auch ein spürbarer und nicht nur symbolischer Abbau der militärischen Arsenale erfolgen.

Karasek

Sehr viele Mißverständnisse, wenn man über Europa debattiert, entstehen, wenn niemand sagt, was er unter Europa versteht. Manche denken an das Europa der Zehn, andere an das Europa der 21 oder 23, und wieder andere meinen das Europa der 35, also das der KSZE.

Kardinal König hat in seinem Referat eher kritisch angemerkt, die Geburtshelfer des westlichen Europas hätten den gemeinsamen Nenner nicht nur bei Kohle, Stahl und in der Landwirtschaft suchen, sondern sich zunächst um eine geistige Grundlegung bemühen sollen. Statt einer Hohen Behörde hätte man eher eine europäische Universität schaffen sollen. Im Grundsatz ist diese Kritik sicher berechtigt.

Verzeihen Sie aber, wenn jeder Krämer erst einmal seine Waren lobt und verkaufen will. Ich habe meine Funktion als Generalsekretär des Europarats vor drei Monaten verlassen. Dies ist eine Organisation, die auf zwei Kriterien aufbaut: die pluralistische Demokratie und die Menschenrechte. Ich erwähne dies deshalb, weil wir diese beiden Kriterien, die für uns unverzichtbar sind, nicht außer acht lassen können, wenn wir unsere Fühler nach Osten ausstrecken. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß die derzeitigen osteuropäischen Regierungen bereit wären, diese beiden Kriterien zu akzeptieren. Da liegt eine große Schwierigkeit für uns. Das schließt natürlich eine Zusammenarbeit mit diesen osteuropäischen Regierungen keineswegs aus, ganz im Gegenteil.

Ich hatte zu Beginn meines Mandats sehr konkrete Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit Osteuropa entwickelt und Wege aufgezeigt, wie man in der zwischenstaatlichen Kooperation zu gemeinsamen Handlungen und Abkommen gelangen könnte, zunächst im nicht-ideologischen Bereich, weil es da leichter ist und man nicht mit dem schwersten beginnen sollte. Ich habe dies am 4. Dezember 1979 formuliert. Drei Wochen später, am 26. Dezember 1979, fand die sowjetische Intervention in Afghanistan statt. Ich hätte damals keinen westlichen Außenminister dazu bringen können, eine Initiative in Richtung und an die Adresse des Ostens mit konkreten Vorschlägen zu akzeptieren. Erst vor zwei Monaten, sagen wir es konkret: seit der letzten Gromyko-Reagan-Unterredung, zeichnen sich Perspektiven einer neuen Entspannungsphase ab.

Ich stimme mit der Analyse von Herrn Schmidt voll überein. Ich bin auch positiv davon beeindruckt, daß hier kein negatives Wort über den KSZE-Prozeß gefallen ist. Das hat mich insofern überrascht, als ich sehr viele westliche Vertreter kenne, die meinen, da wäre ohnehin nichts erreicht worden; die Russen hätten lediglich ihren Status quo bestätigt erhalten, und der Westen sei gewissermaßen leer ausgegangen. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, daß wir in Helsinki relativ viel erreicht haben, zum Beispiel menschliche Erleichterungen, die ohne den KSZE-Prozeß gar nicht denkbar gewesen wären. Es hätte auch keine Charta-77-Bewegung in der Tschechoslowakei stattfinden können und vieles andere mehr.

Ich bin allerdings davon überzeugt, daß die Teilung Europas nur schrittweise überwunden werden kann. Die Einbeziehung des osteuropäischen Raumes in unsere Aktivitäten, um diese Länder mehr für Gesamteuropa zu interessieren, ist nur in Form vieler kleiner Schritte möglich. Und nur, wenn es jetzt zu einer neuen Entspannungsphase kommt, können wir hoffen, daß Ost und West gegenseitig aufeinander zugehen.

Ihre These, Herr Gasteyer, daß die Grenze Europas für uns an der Westgrenze der Sowjetunion liege, kann ich indes nicht akzeptieren. Ich teile zwar die Skepsis, ob es uns gelingt, die Sowjetunion in das weiträumige Europa, von dem wir träumen, also in das Europa der 35 mit Kanada und den Vereinigten Staaten, einzubeziehen und auf diese Weise die Teilung Europas zu überwinden. Ich

kann mir aber dieses Europa ohne die kulturellen Leistungen der Russen - nicht der Sowjetunion - auch nicht vorstellen. Mir als Österreicher fällt es schwer, den Vorhang Europas einfach ein paar hundert Kilometer weiter westlich niedergehen zu lassen, statt dort, wo wir ihn normalerweise sehen.

Ich halte es für wichtig, um es klar zu sagen, wenn wir auseinanderhalten, in welchen Bereichen eine Zusammenarbeit jetzt möglich ist und in welchen Bereichen wir aus politischen Gründen derzeit noch nicht kooperieren können.

Graf Ferraris

Wohin gehört die Sowjetunion, wohin gehört Rußland, das ist eine schwierige Frage. Europa vom Atlantik bis zum Ural oder vom Atlantik bis zum Pazifik? Das ist dann in der Tat nicht nur 100km von Wien entfernt.

Altmann

Die Einbeziehung der Sowjetunion in die europäische Kultur ist nicht nur eine Frage ihrer politischen Begrenzung, auch nicht allein eine Frage unserer Verwandtschaft mit der großen slawischen Nation. Sie betrifft auch die durchaus noch mangelhafte Kulturstaatlichkeit der Sowjetunion, Herr Ferraris.

König

Wir haben jetzt verschiedene Europa-Begriffe auf dem Tisch. Wir werden uns für die Diskussion wohl kaum auf einen einzigen einigen können.

Ich würde aber gern wissen, ob hier die Meinung vorherrscht, daß wir Rußland, die Sowjetunion, im Grunde gar nicht so sehr für Europa brauchen. Ist dieses Europa also mehr westlich ausgerichtet und der Osten für uns nicht so wichtig? Oder braucht Europa, um zu sich selbst zu kommen, auch die Stimme aus dem Osten? Eine weitere Frage ist, ob es für bestimmte Zukunftsperspektiven unumgänglich ist, daß der Osten und der Westen miteinander darüber reden.

Schmidt

Warum fragen wir hier nach der Selbstbehauptung Europas oder nach dem Weg zur europäischen Identität? Ich meine, es sind zwei Motive, die uns veranlassen, über Europa zu reden. Das eine Motiv ist offenbar die Sorge vieler Westeuropäer, aber auch vieler Osteuropäer, vor politischer, ökonomischer und auch technologischer Übermächtigung oder Vergewaltigung durch die Supermächte. Ich habe von der stillschweigenden Aufteilung der Welt und damit auch Europas in Interessensphären gesprochen. Davor haben wir alle Angst und wollen uns das nicht gefallen lassen weder im Westen noch im Osten. Das gilt genauso für die Ungarn, die Polen sowieso, aber auch die Tschechen, die Ostdeutschen, selbst für Herrn Ceaucescu. Deswegen suchen wir nach einem gemeinsamen Argument, einer gemeinsamen Waffe, die uns alle verbindet, um uns gegen eine Übermächtigung zu wehren. Das ist der eine geschichtlich begründete Faktor, der uns offenbar bewegt.

Das zweite Motiv bezieht sich fast ausschließlich auf Osteuropa. Nachdem, jedenfalls fürs erste, die Diktaturen im Westen Europas verschwunden sind, einschließlich der beiden auf der Iberischen Halbinsel, gibt es ein starkes sittlich und geschichtlich begründetes Motiv, die Würde des einzelnen Individuums in Osteuropa wiederherzustellen. Denn die Menschen dort sind ja bereits einmal im Besitze dieser Grundrechte gewesen. In Polen wurde über Generationen die Würde und Unverletzlichkeit der einzelnen Person und die Gewissensfreiheit respektiert. Auch die pluralistische Demokratie hat es, wenigstens für kurze Zeit, in Polen gegeben. Das gleiche gilt für Ungarn, für Böhmen und natürlich für Ostdeutschland.

Für Rußland aber gilt dies alles nur in sehr eingeschränkter Weise. In Rußland gab es nicht einmal für den Landadel die Freiheit der Person, sondern dieses Recht war beschränkt auf Teile des Hochadels und im 19. Jahrhundert auf Teile einer schmalen Schicht von Intellektuellen. Diese Intellektuellen waren in sich noch darüber zerstritten, ob sie der westeuropäischen Auffassung von der Würde des Menschen und den Grundrechten der Person den Vorrang geben sollten oder der Mission Rußlands. Dostojewski beispielsweise ist ein typischer Vertreter derjenigen, die sich zugunsten der Mission Rußlands entschieden, während Turgenjew, der Autor von "Väter und Söhne", dieser Roman eines Nihilisten, sich am Ende eher der westlichen Auffassung zuneigte.

Für die russisch-orthodoxe Kirche und den überwiegenden Teil des Großrussentums, also kirchlich wie politisch, kam das Heil der Welt immer aus Rußland und wurde von daher als Missionsaufgabe begriffen. Aus dieser Sicht stellt sich der Kommunismus von heute nur als ein illegitimer Nachfahre

jener machtpolitischen Tradition und expansionistischen Bestrebungen dar, die es in Rußland immer schon gab.

Auf der anderen Seite haben aber zum Beispiel italienische Architektur und deutsche Philosophie auf Rußland einen gewaltigen Einfluß ausgeübt - sehen Sie sich die Eremitage in Leningrad an, oder denken Sie nur an Hegel und Marx. Und umgekehrt haben die Russen uns im 19. Jahrhundert auf das stärkste beeinflußt und bereichert. Ich habe Dostojewski und Turgenjew erwähnt; Puschkin und Lermontow, Leskow und Tolstoi und wie sie alle heißen, die für uns bis auf den heutigen Tag Bedeutung haben, dürfen natürlich nicht fehlen. Wir dürfen auch solche Schriftsteller nicht vergessen, die unter der kommunistischen Diktatur in Rußland geschrieben haben, wie Maxim Gorki oder Alexander Solschenizyn. Auch sie üben einen Einfluß aus und befruchten unsere Kultur.

Oder denken Sie an die russische Musik und Malerei, an Tschaikowski, Mussorgski, Prokofjew oder Schostakowitsch, an Jawlenski oder Marc Chagall, auch wenn einige von denen schon früh die Sowjetunion verlassen haben. Das ist jedenfalls ein gewaltiger Beitrag, den Rußland zur eurozentrischen Weltkultur geleistet hat, die inzwischen über ganz Nordamerika und Teile Südamerikas bis hin nach Japan und neuerdings wieder nach China ihren Einfluß ausgedehnt hat. Wenn man von kultureller Identität in Europa spricht, darf man von diesen russischen Leistungen nicht absehen. Insofern, Herr Gasteyger, können wir Europa nicht einfach an der russischen Westgrenze enden lassen, so sehr ich Ihnen in manch anderer Hinsicht zustimme.

Nun hat Herr Mertes die Frage aufgeworfen: Was können wir dazu beitragen, um zum Beispiel den Sicherheitskomplex der Sowjetunion zu befriedigen? Es hat einen russischen Außenminister zur Zarenzeit gegeben, der einmal gesagt hat, eine russische Grenze sei nur dann sicher, wenn auf beiden Seiten dieser Grenze russische Soldaten stehen. Diese Philosophie gilt sicher auch heute noch für manchen Vertreter des Politbüros im Kreml.

Es gibt nach wie vor diesen Missionsdrang, den die Zaren, von der russischorthodoxen Kirche gestützt, betrieben haben. Die Sowjets haben eine Zeitlang von der kommunistischen Weltrevolution geredet, heute meinen sie die Ausdehnung der sowjetischen Herrschaft, auch wenn sie noch die alten Begriffe benutzen.

Mit anderen Worten: Diesen Sicherheitskomplex der Russen kann man nicht zufriedenstellen. Dagegen hilft nur das containment. Man kann wohl gewisse Sicherheits- und Angstkomplexe schrittweise auflösen durch vertragliche, jederzeit verifizierbare Rüstungsbegrenzung, und zwar gleichgewichtig, auch wenn Herr Weidenfeld den Gleichgewichtsbegriff kritisiert hat. Gleichgewicht heißt, daß jeder Versuch scheitern muß, der der einen oder der anderen Seite das Gefühl gibt, sie komme bei irgendwelchen Vereinbarungen zu kurz. Wenn Sie Verträge mit einer im Grunde expansionistischen Macht schließen wollen, werden Sie nur dann zu einem Ergebnis kommen, wenn beide Seiten den Eindruck haben, in etwa gleich schlecht weggekommen zu sein.

Was wir den Russen positiv bieten können, ist wirtschaftliche und technische Kooperation. Da wäre ich bereit, sehr weit zu gehen. Natürlich müssen sie dafür politisch bezahlen, beispielsweise mit dem Abschluß von Rüstungsbegrenzungs-Verträgen - im Gleichgewicht. Ich sehe überhaupt keine Weisheit darin, wenn ein großer Staatsmann im Westen sagt, wir dürften zwar die russische Armee mit Weizen ernähren, aber nicht die russische Volkswirtschaft mit Röhren ausstatten. Das sind Kurzschlüsse, die durch überzogene Feindbilder zustande kommen. Gott sei Dank sind sie nicht sehr langlebig.

Auf der anderen Seite kann ich leider nicht ausschließen, daß die erschreckende Primitivität, mit der Washington in den Jahren 1981 bis zur ersten Hälfte 1983 einen neuen Rüstungswettlauf annonciert und Superiorität anvisiert hat, möglicherweise die sowjetische Verhandlungsbereitschaft mehr gefördert hat als unsere Lieferung von Röhren auf Kredit. Die heutige sowjetische Verhandlungsbereitschaft ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: erstens auf die Angst vor Ronald Reagans "star war" und die relativ primitive Rücksichtslosigkeit, mit der er eine neue Hochrüstung begonnen hat; zweitens auf die Einsicht der sowjetischen Führer, daß es ihnen trotz Friedensbewegungen, Kirchen und Bischöfen nicht gelungen ist, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa zu verhindern. Das sind für sie entscheidende Niederlagen, die sie zum Nachdenken gebracht haben über die Machtbalance, der sie sich aussetzen.

Die Sowjets haben keine Angst, daß sie den Rüstungswettlauf nicht bestehen könnten. Da können sie sich auf die durch Jahrhunderte immer wieder bewiesene Leidensbereitschaft ihrer Völker verlassen. Die Russen waren immer bereit zu leiden, wenn man ihnen nur halbwegs begreiflich machte, daß dies notwendig sei, um Mütterchen Rußland zu bewahren. Sie wären auch bereit, nochmals den Riemen enger zu schnallen, wenn das Politbüro ihnen klarmachte, daß der Westen die Sowjetunion

übermächtigen wolle. Statt bisher 14 Prozent geben sie dann 17 Prozent ihres Sozialproduktes für Verteidigungszwecke aus. Angenehm ist ihnen das sicher nicht, weil es alle ihre ehrgeizigen wirtschaftsstrukturellen und -politischen Zielsetzungen in Frage stellen würde. Deswegen verhandeln sie. Denn ein nochmals verschärfter Rüstungswettlauf über einen längeren Zeitraum - und dies würden die Star-war-Pläne mit sich bringen - würde die Sowjetunion ökonomisch weit zurückwerfen.

Für die USA liegt jetzt ein Hauptproblem darin, alle die schrecklichen Feindbilder, die man der amerikanischen Bevölkerung in den letzten Jahren oktroyiert hat, wieder abzuschwächen und aufzulösen. Dieses Problem sollte man nicht unterschätzen.

Altmann

Ich bezweifle, Herr Schmidt, daß Ihre Gleichgewichtsthese zutreffend ist. Die Idee des Gleichgewichts wurde im vorigen Jahrhundert in Europa entwickelt, und zwar vornehmlich als ein Instrument der englischen Politik. England als Insel und als Seemacht hat eine solche Gleichgewichtspolitik betrieben. Dieses Gleichgewicht beruhte nie auf einem Dualismus zweier vorherrschender Mächte in Europa. Die Sowjets aber sehen in der Parität der Waffensysteme und dem daraus resultierenden Dualismus ein Gleichgewicht, das sie so nicht akzeptieren. Entscheidend ist immer die Frage: Wer kann das Gleichgewicht garantieren?

Ich will auch kritisch zu Ihren Ausführungen anmerken, daß es vor allem die Furcht vor Rußland ist, die uns zur Einigung Europas bewegt, nicht der Affekt gegen ein Diktat der beiden Weltmächte. Ich würde zehnmal lieber amerikanischer Bürger, auch in einem amerikanischen Dominium sein, als unter sowjetischer Herrschaft leben. Ich würde das nie gleichsetzen.

Schmidt

Darin stimme ich völlig mit Ihnen überein.

Altmann

Dann sage ich: Ihr Affekt gegen Amerika ist mir zu stark.

Stürmer

Ich möchte kurz auf zwei Begriffe eingehen, die ich für wichtig halte.

Erstens Kondominium. Dieser Begriff hat nichts mit Äquidistanz zu tun; jeder von uns weiß, daß es sich unter dem Schirm der Amerikaner besser leben läßt als unter der Knute der Russen. Kondominium ist ein technischer Begriff, der gegenwärtig in der Rüstungskontrolle und in der Sicherheitsdiskussion gebraucht wird. Wenn ich es richtig sehe, beschreibt er zur Zeit im Blick auf die Genfer Verhandlungen ein mögliches sowjetisches Verhandlungsziel und eine denkbare amerikanische Versuchung.

In einem diesem Thema gewidmeten Gespräch sagte kürzlich der Leiter der Osteuropa-Abteilung im Nationalen Sicherheitsrat in Washington, Botschafter Matlock, daß eine der Gefahren in den künftigen Verhandlungen für das amerikanisch-europäische Verhältnis der Eindruck eines Kondominiums sei. Dabei geht er natürlich, wie wir alle, nicht davon aus, daß wir Europäer verkauft, verraten oder unterdrückt würden, sondern daß es zu atmosphärischen Störungen über dem Atlantik kommen könnte, die in der Tat gefährlich sind. In dieser Warnung wird jedenfalls eine Linie deutlich, die vom Non-Proliferationsvertrag bis in die Gegenwart hineinreicht.

Der zweite Begriff ist der des Gleichgewichts. Die "rough balance" ist zur Zeit eine Notformel für etwas, was Stabilität verspricht, obwohl wir alle wissen, daß es eine höchst instabile Angelegenheit ist. Die gegenwärtige Vorstellung eines Gleichgewichts zwischen zwei antagonistischen Blöcken hat nichts mit der Idee der "balance of power" des 18. Jahrhunderts zu tun. Dies war eine englische und gesamteuropäische Idee. Sie wird im Frieden von Utrecht zum erstenmal gesamteuropäisch formuliert und im Grunde akzeptiert. Man denkt fortan in Begriffen der "balance of power".

Die damalige "balance of power" beruhte nicht auf der Gleichheit von Territorien, Soldaten- und Bevölkerungszahlen, sondern auf den Beziehungen zwischen Staaten. Diese Beziehungen waren hinreichend komplex, so daß immer Unscharfen blieben, die alle Beteiligten zu großer Vorsicht mahnten.

Dieses Gleichgewicht wird nach Napoleon wiederhergestellt und gerät erst um 1890 in eine Krise. Von da an stehen sich zwei Blöcke gegenüber, die noch eine Zeitlang, etwa 20 Jahre, stabil sind. Als dann

in jedem Block ein zentraler Partner unsicher wird - Rußland durch den Krieg gegen Japan und die Revolution 1905 sowie Österreich im Zweibund;- , geraten die Blöcke in eine tödliche Krise.

Das Gleichgewicht muß heute in der Tat neu durchdacht werden als ein System mit zwei Haupt- und einigen Nebenpartnern. Nur dann können wir die gefährliche dynamische Gleichgewichtsformel überwinden, die zur Zeit vorherrscht. Zu ihr ist gegenwärtig keine Alternative sichtbar, trotzdem muß darüber nachgedacht werden. Bei einem veränderten Gleichgewicht hätte eine an die USA angelehnte Großmacht Europa sicherlich eine wichtige und bis zu einem gewissen Grade eigenständige Rolle zu spielen.

Gasteyger

Ich bin insofern falsch verstanden worden, als ich natürlich die russische Kultur und Zivilisation keineswegs aus dem europäischen Kulturkreis ausschalten möchte.

Aber dieses Mißverständnis macht deutlich, daß wir hier auf mindestens zwei Ebenen diskutieren. Auf der kulturphilosophischen Ebene geht es um die Identität Europas, sein Zusammengehörigkeitsgefühl, seine Ausstrahlung nach Ost und West, seine Mission für die Welt. Auf der anderen, der politisch-operativen Ebene, die ich angesprochen hatte, geht es viel bescheidener um die Frage: Wie verhalten wir uns gegenüber Osteuropa? Welche Art von Politik sollen wir im Blick auf die mögliche Überwindung der Spaltung verfolgen?

In diesem Punkt bin ich nun der Ansicht, daß die Überwindung der Spaltung Europas, die Wiederherstellung der Menschenrechte in Osteuropa Sache der Europäer selbst ist und nicht der Weltmächte. Darüber sollten wir Europäer uns Gedanken machen und das nicht den Weltmächten überlassen. Das entspricht ungefähr dem ersten von Ihnen genannten Motiv, Herr Schmidt, nämlich der Sorge der Europäer insgesamt, wenn auch in Ost und West auf unterschiedliche Weise, vor einer, wie Sie es nennen, politischen Übermächtigung durch andere, das heißt durch die beiden Weltmächte.

Ich sage dies, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß wir in Westeuropa zu leicht und zu gut mit der Spaltung, einschließlich der deutschen Spaltung, leben gelernt haben. Letztlich stellt sich die Frage gar nicht mehr, ob wir und wie wir den Status quo verändern wollen. Die Frage ist vielmehr, ob wir überhaupt willens sind, diesen für uns in Westeuropa offenbar sehr bequemen Status quo in der einen oder anderen Weise zu verändern und dabei dann gewisse Unsicherheiten, Unbequemlichkeiten oder sogar Kosten in Kauf zu nehmen.

Mertes

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Ich halte Rußland für ein europäisches Land und die Russen für ein europäisches Volk. Aber es ist ein ganz anderes Europa, das sich von allen anderen europäischen Völkern wesentlich unterscheidet, die durch die katholische Kirche, die Reformation und die Aufklärung geprägt worden sind. Ich bin häufiger mit meiner Familie im Auto von Moskau nach Westen gefahren: Wenn man die russisch-polnische Grenze überschreitet, kommt man in einem tieferen Sinne nach Westeuropa.

Gasteyger

Das sagen sogar die Russen selbst.

Mertes

Die Russen empfinden es auch so. Ich möchte nur diese Andersartigkeit mit ihren höchst aktuellen politischen Implikationen festhalten. Ich füge allerdings gleich hinzu: Wenn man von Zentralasien nach Moskau kommt, dann wird einem klar: Dies ist eine christliche Stadt mit dem Kreml und all den Kirchen.

Ich will damit sagen: Rußland ist ein anderes Europa, das durch den Verlauf der Geschichte heute ein besonderes Gewicht bekommen hat, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Und da bin ich etwas betroffen über Ihren Pessimismus in bezug auf die Sowjetunion, Herr Schmidt. Wenn wir uns hier fragen: "Ist die Spaltung Europas das letzte Wort?", dann meinen wir damit die Spaltung zwischen Ost und West, so wie wir sie heute vorfinden. Wenn Sie recht hätten, daß die Sowjetunion nicht in der Lage ist, in Zukunft irgendwann einmal ihre Sicherheitsinteressen neu zu definieren, ist die Spaltung Europas in der Tat kaum zu überwinden. Wenn wir davon ausgehen müssen, daß die Sowjetunion die stalinistische Kontrolle über Osteuropa für immer als ein Lebensinteresse ansieht, ist die Spaltung Europas auf Dauer gestellt.

Schmidt

Ich habe gesagt: Die Sowjetunion bedarf des dauernden containments.

Mertes

Ich stimme Ihnen ja in hohem Maße zu, aber ich gehe etwas weiter. Containment ist möglich; das hat auch die Nachrüstung wieder gezeigt. Ich bin aber der Meinung, daß wir über das containment hinaus die Sowjetunion in Zukunft unter bestimmten Umständen dazu bewegen können, ihre Interessen in der Frage Polen, DDR, CSSR und so weiter zu überdenken und eventuell zu einer neuen Einschätzung ihrer eigenen Interessenlage zu kommen.

Das A und O aller dieser Diskussionen ist: Wie schätzen wir die Sowjetunion ein? Ich teile völlig Ihre Ansicht, Herr Schmidt, daß der Expansionismus der Sowjetunion vital und ungebrochen ist. Auf diesen Punkt hatten Sie ja 1977 in Ihrer berühmten Rede in London hingewiesen, der uns dann jahrelang bei der Nachrüstung beschäftigt hat.

Auch hinsichtlich der Kooperation stimme ich Ihnen weitgehend zu, wenn Sie sagen, die Sowjetunion müsse dafür politisch einen Preis zahlen: indem sie zur Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungskontrolle und der Abrüstung bereit ist. Das ist mir aber, offen gestanden, nicht genug. Wir werden die Sowjetunion auf dem sicherheitspolitischen Gebiet nur dann zu Zugeständnissen veranlassen, wenn sie erkennt, daß dies in ihrem Interesse liegt. Wenn wir das noch durch Kooperationsleistungen auf anderen Gebieten honorieren, gehen wir meines Erachtens zu weit. Ich erhoffe mir, daß durch ein Klima der Zusammenarbeit, für das ich bin, dieser Denkprozeß in der Sowjetunion einsetzen könnte.

Nicht einverstanden, Herr Schmidt, bin ich mit Ihrer Kritik an den Vereinigten Staaten von Amerika. Seit Jalta erleben wir, daß die USA hin- und herschwanken zwischen der Banalisierung und der Dämonisierung der Sowjetunion. Das machen wir Europäer in dieser Form nicht mit. Ich glaube nicht, daß die Menschen in Westeuropa ein "Diktat beider Großmächte" fürchten; sie setzen Amerikaner und Russen nicht auf eine Stufe. Aber viele haben das Gefühl, daß Europa innerhalb des Atlantischen Bündnisses eine stärkere Rolle spielen müßte.

Der entscheidende Punkt ist, daß die europäischen Staaten die Kraft aufbringen müssen, gemeinsam - ich unterstreiche das wie Sie - allmählich eine eigene Potenz innerhalb des Atlantischen Bündnisses aufzubauen. Um das zu erreichen, brauchen wir einen breiten Zuspruch durch die öffentliche Meinung. Den haben wir nicht, weil wir die europäischen Fragen falsch darstellen. Wir müssen wieder ins Bewußtsein heben, daß die europäische Einigung eine vitale Notwendigkeit ist, nicht nur aus technologisch-wirtschaftlichen Gründen, sondern auch um die Struktur des Atlantischen Bündnisses, das erhalten bleiben muß, zu verbessern.

Ich würde also die Frage in unserem Thema so beantworten: Die Spaltung Europas ist nicht das letzte Wort; aber sie wird noch so lange andauern, bis die Sowjetunion ihre Interessen neu einschätzt. Die Aussage: "Europa der Gegensätze auf dem Wege zu sich selbst" verstehe ich nicht ganz. Denn die Europäer von Norwegen bis Italien empfinden ihre Gegensätze heute eigentlich mehr als Reichtum und nicht als Hindernisse auf dem Wege zur europäischen Einigung. Wir brauchen wieder die Schubkraft der politischen Einigung, wie wir sie in den fünfziger Jahren hatten. Diese muß revitalisiert werden durch die weit verbreitete Erkenntnis, daß wir ohne die Einigung Europas sehr unsicheren Zeiten entgegengehen.

Hassner

In der Kontroverse zwischen Herrn Schmidt und Herrn Mertes sehe ich eine Paradoxie. Herr Schmidt legt für meinen Geschmack ein wenig zu sehr den Akzent so wie de Gaulle das tat - auf Rußland statt auf die Sowjetunion, und die Sowjetunion sieht er als einen Staat, der mehr in der Tradition wurzelt, als daß er ein kommunistisches System ist. Herr Mertes hat demgegenüber zu Recht auf den besonderen Charakter der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa hingewiesen, der gerade mit dem kommunistischen System und seinem Legitimitätsmangel zu tun hat.

Auf der anderen Seite sagt Herr Schmidt, es käme im wesentlichen nur darauf an, die Sowjetunion einzudämmen, während Herr Mertes betont, man müsse die Sowjetunion davon überzeugen, ihre Herrschaftsinteressen in Osteuropa neu zu definieren. Dies halte ich indes nur für möglich, wenn die Sowjetunion letztlich nur das alte Rußland wäre. Aber genau aus den von Herrn Mertes genannten Gründen ist es äußerst unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion seine Anregung aufnehmen würde, weil sie sehr gut weiß, daß sie dann aufgrund des Legitimitätsdefizits die Basis der Parteierrschaft verlieren würde, die die Grundlage ihrer Macht ist.

Mertes

Aber nicht für immer.

Hassner

Nicht für immer. Mein Argument ist jedoch folgendes: Damit die von Ihnen gewünschte Veränderung stattfinden kann, bedarf es eines grundsätzlichen Wandels des sowjetischen Systems selbst.

Dies führt mich zu der Frage, wie es um die Priorität hinsichtlich Westeuropas und Gesamteuropas steht. Ich meine, aktuelle Priorität gehört eindeutig Westeuropa. Aber ich bin auch davon überzeugt, im Gegensatz zu dem, was viele von uns vor zwanzig oder dreißig Jahren - in der Zeit der ersten Generation des Aufbaus Europas - gedacht haben mögen, daß man diese Position heute nicht mehr vertreten kann, ohne einen Blick auf die Konsequenzen für Gesamteuropa zu werfen.

Ich denke schon, daß man Prioritäten setzen muß; aber man muß dabei sowohl die atlantische als auch die gesamteuropäische Dimension im Blick haben.

Die erste Priorität ist, das Ost-West-Gleichgewicht aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen und mit den Vereinigten Staaten neu zu verkoppeln, selbst wenn manch einer einwenden mag, daß uns dies von unserer Autonomie und der Unabhängigkeit Westeuropas abbringt. Um unsere Unabhängigkeit unter dem Schirm eines wiederhergestellten Gleichgewichts zu verwirklichen, müssen wir versuchen, ein einigeres und langfristig autonomeres Westeuropa zu schaffen.

Diese atlantische Bindung Westeuropas führt uns nach Meinung der Pazifisten und Sozialisten von der europäischen oder deutschen Einigung weg. Das mag kurzfristig so sein; aber auf lange Sicht wird die Existenz eines starken Westeuropas, sofern die von Herrn Mertes angesprochene Umwandlung des sowjetischen Regimes stattfindet, ihre wahre Bedeutung für das Schicksal Osteuropas zeigen.

Zur Überwindung der europäischen Teilung können wir kurzfristig nur sehr wenig tun. Das zeigt etwa das Beispiel eines Projekts, die private Landwirtschaft in Polen durch die Kirche zu unterstützen. Ziel solchen Handelns ist die Aufrechterhaltung von Bindungen, die außerhalb des Einflußbereiches des Regimes liegen. Dabei erkennen wir klar, daß die Transformation der osteuropäischen Regime so lange unmöglich ist, wie es keine grundlegende Änderung in Moskau gibt. Auf sehr lange Sicht kann, sofern sich in Moskau etwas tut, beides zusammenkommen.

Die Überwindung der Teilung Europas kann also keine kurz- oder mittelfristige Strategie sein. Aber es gibt eine Reihe von Dingen, die wir bereits jetzt auf diskrete Weise leisten können. Dazu gehört, daß das, was wir heute für Westeuropa tun, übermorgen für ganz Europa von Nutzen sein kann.

Riedmiller

Nachdem es zunächst so schien, als wollten wir die Sowjetunion oder Rußland aus Europa ausschließen, diskutieren wir jetzt vornehmlich eben über die Sowjetunion und Rußland. Das ist auch verständlich; denn wie sollte man die europäische Einigung ohne Rußland, ohne die Sowjetunion anstreben, wenn russische Truppen in Thüringen stehen. Man muß also den russischen Faktor im Auge behalten, wenn man die Teilung überwinden will.

Ich habe viele Jahre in Moskau gelebt. Da kommt man dann gar nicht darum herum, über Mentalitätskonstanten der Menschen, insbesondere der Politiker, nachzudenken. Sind das, was wir erleben, zaristische, altrussische oder neue kommunistische Phänomene? Inwieweit sind die Antriebe der heutigen sowjetischen Politik, überhaupt das ganze Verhalten der Sowjetunion, zaristisch beziehungsweise traditionell begründet?

Wenn man dieser Frage nachgeht, sollte man sich daran erinnern, daß Rußland 300 Jahre lang unter tatarischer Herrschaft gestanden hat. Das hatte weitreichende Folgen, die heute noch nachwirken, und zwar bis in das Verhalten sowjetischer Politiker und der Bevölkerung hinein.

Eine dieser Folgen war die Ausschließung Rußlands vom römischen Recht, auf dem die individuellen Menschenrechte beruhen. Dann haben die Russen in diesen 300 Jahren als negative Eigenschaft die Neigung zum Verrat an sich selbst entdeckt. Die russischen Fürsten haben sich häufig gegenseitig betrogen und an die Tataren verraten. Darauf ist übrigens das russische Mißtrauen gegen alles und alle zurückzuführen.

Weiter hat sich die Vorstellung verfestigt, die man auch heute noch selbst bei Kommunisten antrifft, daß sich Rußland damals für das christliche Abendland geopfert und die Lateiner beschützt habe. Die Lateiner in ihrer Hinterhältigkeit haben Rußland gewissermaßen im tatarischen Sumpf liegenlassen. Dies ist ein psychologisches Phänomen, das ebenfalls bis heute noch nachwirkt.

Nach den Tataren fiel der deutsche Ritterorden in das Land ein und wurde von Alexander Newski auf dem Peipus-See geschlagen. Daraus leitet sich die Erfahrung ab, daß der Feind gleichzeitig aus verschiedenen Richtungen kommen kann.

Aus diesen Erfahrungen haben die Russen die Lehre gezogen, alles Land um sich zu sammeln, dessen sie habhaft werden können. Sie haben gewissermaßen einen Schutzwall aus Land um sich gebaut, einen Cordon sanitaire, dem erst in zweiter Linie die Absicht zugrunde lag, Reichtümer zu sammeln. Das Primäre war die Schutzfunktion, indem man die eigene Grenze so weit wie möglich hinausschob.

Dieser Reflex wird verstärkt durch die vielen weiteren Invasionen - türkische, polnisch-litauische, schwedische, deutsche, französische. Der These von Professor Pipes zufolge versucht die Sowjetunion, immer neue Ländereien zu erwerben, um jene, die sie zuletzt erobert hat, abzusichern. Möglicherweise werden wir es erleben, daß die Sowjetunion, um sich in Afghanistan abzusichern, ein Stück von Pakistan braucht.

Daraus ergibt sich eine entscheidende Frage für uns: Ist die Sowjetunion heute eine saturierte Macht? Es fällt schwer, darauf eine positive Antwort zu geben. Dabei will ich der Sowjetunion gar keine Aggressionsgelüste unterstellen, sondern ich bin der Meinung, daß sie wie alle großen Mächte dem Zwange unterliegt, bis an die Grenze ihrer physischen Macht zu gehen. Ich kenne kein Beispiel in der Geschichte, daß ein mächtiges Volk nicht der Versuchung zur Expansion erlegen ist.

Deshalb frage ich mich, Herr Mertes, wenn Sie vorschlagen, den Sicherheitsbedürfnissen der Sowjetunion auf die eine oder andere Weise Rechnung zu tragen - wofür ich auch bin;- , ob dies unter den eben dargelegten Auspizien erfolgreich sein kann. Was müßte man denn auf den Tisch legen, um die Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion, wenn sie so extensiv sind, wirklich zu befriedigen?

Mertes

Ich teile Ihre Analyse, was das "Sammeln der russischen Erde" angeht, Herr Riedmiller. Ich unterstelle wie Sie der Sowjetunion keinen bösen Willen, sondern das ist eine geschichtlich bedingte Tradition. Das russische Wort für Sicherheit heißt "bezopasnost", das meint "Zustand ohne Gefahr". Wer Sicherheit definieren will, muß untersuchen, was ein Staat als Gefahr ansieht. Die Sowjetunion empfindet als Gefahr die Vorläufigkeit des Cordon sanitaire, den Stalin um das russische Imperium gelegt hat. Deshalb das Bestreben, diese Zone aus sicherheitspolitischen Gründen noch auszudehnen. Der russische Sicherheitsbegriff ist also nicht wie der westliche primär militärischer, sondern in hohem Maße politischer Natur.

Als Herr Schmidt im Dezember 1981 nach Güstrow kam, hatte die SED die Sorge, die Menschen würden auf die Straße gehen und den westdeutschen Bundeskanzler hochleben lassen, um zu demonstrieren: Wir sind doch ein Volk. Konsequenz: Vor jedes Haus in Güstrow wurde ein Sicherheitsbeamter gestellt, um das zu verhindern. Dies geschah im Einklang mit den sowjetischen Interessen. Wir haben es also nicht nur mit einem expansiven, sondern auch mit einem äußerst extensiven Sicherheitsdenken zu tun.

Was können wir angesichts dieser Situation bieten? Das ist keine Frage für heute und morgen. Ich will nicht ausschließen, daß in den nächsten Jahrzehnten große Versuchungen auf die Bundesrepublik zukommen können, was unsere Loyalität zum Atlantischen Bündnis betrifft.

Riedmiller

In bezug auf die Teilung Deutschlands?

Mertes

Ja. Wir sollten uns völlig im klaren darüber sein: Wenn wir die Teilung Deutschlands und Europas überwinden wollen, ist dies nur möglich mit Zustimmung der Sowjetunion. Es gibt bei uns zu viele Leute - das sage ich selbstkritisch als CDU-Politiker;- , für die die Nennung von Rechtstiteln schon Politik bedeutet. Die Menschenrechte und die politische Freiheit sind in West-Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland nicht deshalb gewährleistet, weil wir einen Rechtstitel darauf haben, sondern weil wir uns hier in einer Interessenidentität mit dem Westen befinden. Es wird keine Wiedervereinigung Deutschlands beziehungsweise eine Überwindung der Spaltung Europas geben, wenn sich der Westen nicht damit identifiziert, aktiv eine entsprechende Politik betreibt und in dieser Frage ein Agreement mit der Sowjetunion findet.

Ich halte es aber für denkbar, daß die Sowjetunion im Laufe der nächsten Jahrzehnte aufgrund ökonomischer, technologischer Notwendigkeiten, aufgrund auch von Einsichten in die Grenzen militärischer Macht zu einer Neueinschätzung der Sicherheitspolitik Stalins gelangen könnte. Zur Zeit sehe ich in dieser Hinsicht noch keinerlei Ansätze. Aber man kann über die Wiedervereinigung Europas, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, der Polen, der Tschechen nur dann redlich sprechen, wenn man die Möglichkeit nicht völlig von sich weist, daß die Sowjetunion unter bestimmten Umständen ihre Interessen neu einschätzt, was im übrigen in dieser Frage ebenso für den Westen gilt.

Außenpolitik ist auch in diesem Punkte reine Interessenpolitik. Wir Deutschen müssen uns darüber klar sein, daß unsere Sicherheit darauf beruht - und deshalb ist sie so glaubwürdig-, daß die Amerikaner nicht aus Germanophilie, sondern aus eigenem Interesse bei uns stehen.

Ich bin überzeugt davon, daß auch das sowjetische Imperium eines Tages an seine Grenzen stoßen wird - warum sollte ausgerechnet die Sowjetunion das einzige Imperium der Geschichte sein, das ewig besteht?

Bettiza

Es war hier viel von Rußland und der Sowjetunion die Rede, das alte zaristische, das ewige Rußland und die totalitäre, moderne und effiziente Sowjetunion. Ich möchte diesen doppelten Aspekt etwas präzisieren.

Es ist eine weit verbreitete Meinung in Europa, nicht nur in wissenschaftlichen, politologischen Kreisen, auch die kommunistische Sowjetunion sei im Grunde immer noch das alte Rußland. In dieser Hinsicht wurden vom Westen viele Fehler begangen, von Roosevelt und Churchill bis zu de Gaulle und Kissinger. Kissingers Traum war doch ein neuer Wiener Kongreß! Er wollte gewissermaßen zum Anfang des vorigen Jahrhunderts zurückkehren und mit dem ewigen Rußland über alles verhandeln. Wir Westeuropäer sollten aber nicht glauben, dadurch, daß wir das russische Wesen genauer bestimmen, könnten wir mit der Sowjetunion besser umgehen.

Es gibt heute im Westen im Grunde zwei Denkschulen. Die eine ist die Malia-Schule, zu der auch der französische Essayist und Philosoph Besançon gehört. Die andere ist die Szamueli-Schule. Szamueli hat ein Buch über "The Russian Tradition" geschrieben. Die entscheidende Frage ist: Verkörpert die heutige Sowjetunion die unmittelbare Kontinuität mit dem alten Rußland, oder gibt es zwischen dem alten Rußland und der Sowjetunion einen tiefen Bruch? Die Wahrheit liegt nicht immer in der Mitte.

Ein weiterer Punkt. Die Spaltung Europas ist in erster Linie die Spaltung Deutschlands. Deshalb müssen wir über die Spaltung Deutschlands sprechen, wenn wir die Spaltung Europas überwinden wollen. Und da sollten wir unterscheiden zwischen der "großen" Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, insbesondere der deutschen Sozialdemokratie, die durch einen spezifischen Kontakt mit Moskau gekennzeichnet war, und der "kleineren" Ostpolitik in Richtung Warschau, Budapest, Bukarest, Belgrad und so weiter. Ich meine, man hat auf deutscher Seite - übrigens auch auf französischer Seite - die "große" Ostpolitik übertrieben und dabei auch viele Fehler gemacht. Wir sollten heute mehr die "kleine" Ostpolitik pflegen und versuchen, den Dialog mit den anderen Hauptstädten Osteuropas zu intensivieren.

Froment-Meurice

Aufgrund meiner Erfahrungen, die ich in den letzten dreißig Jahren mit der Sowjetunion und Osteuropa sammeln konnte, möchte ich zunächst eine ermutigende Feststellung machen: Im Vergleich zu dem, was ich 1955/56 beobachtet habe, gibt es beispielsweise in der Sowjetunion heute eine sehr einflußreiche Intelligenzschicht, die sich als Teil der europäischen Kultur versteht. Ich könnte dafür eine Reihe von Beispielen anführen, etwa die außergewöhnliche Wirkung, die eine französische Ausstellung "Paris-Moskau" vor zwei, drei Jahren hatte. Diese Ausstellung offenbarte vielen Russen überhaupt erst die Existenz eines kulturellen Erbes, von dem sie selbst nichts wußten. Sie waren äußerst interessiert und sogar fasziniert.

Zugleich scheint in der Sowjetunion eine Auseinandersetzung stattzufinden zwischen jenen, die diese liberalen europäischen Werte behaupten wollen, und jenen, die - ich will nicht sagen: kommunistische Werte; denn die sind nicht sehr interessant;- , aber doch Werthaltungen aus einer eher rein russischen Tradition vertreten. Diese zweite Gruppe hat nicht unbedingt freundliche Gefühle gegenüber der westlichen Zivilisation. Sollte die liberale Intelligenzija diese Auseinandersetzung nicht gewinnen, werden in der Sowjetunion jene Kräfte vorherrschen, die die Kluft zwischen unserer europäischen

Kultur und jenem anderen Teil der russischen Kultur nicht überbrücken wollen. Dies ist ein wichtiger Tatbestand, den man genau im Auge haben sollte.

Wenn wir uns anschauen, welche politischen Vorstellungen von Europa die sowjetischen Führer haben, so ist ihr Zugang zu den europäischen Problemen durch eine Reihe negativer, aber sehr dauerhafter Ansichten bestimmt. Sie sind zum Beispiel der Meinung - und dies ist eines der hauptsächlichsten Hindernisse, die uns zu schaffen machen;- daß die Amerikaner nichts in Europa zu suchen hätten. Dies ist gewissermaßen eine instinktive, durch Kriegserfahrungen bedingte Reaktion aller sowjetischen Führer. Sie sehen die amerikanische Präsenz als etwas für Europa Fremdes an. Und da wir uns im Westen auf der Suche nach einer europäischen Identität ein Europa ohne ein starkes amerikanisches Engagement nicht vorstellen können, ist diese Einstellung ein sehr ernstes Hindernis auf dem Wege zu einer grundlegenden politischen Annäherung in Europa, wie immer diese aussehen mag.

Ein weiterer negativer Faktor ist die Tatsache, daß die Sowjets den Wunsch der Westeuropäer nach einem starken vereinigten Westeuropa nicht akzeptieren. Im Laufe der letzten dreißig Jahre haben sie gegen jede europäische Entwicklung, die in Richtung auf eine stärkere europäische Integration zielte, angekämpft. Nun müssen sie zwangsläufig Tatsachen anerkennen. Und die Existenz des Gemeinsamen Marktes, das heißt ein bestimmtes Maß an wirtschaftlicher Integration, haben sie inzwischen anerkannt. Doch jedesmal, wenn wir in Europa politische und Sicherheitsprobleme ansprechen, erleben wir heftige Reaktionen aus Moskau. Das heißt, ein Europa, wie sie es sich wünschen, ist ein Europa ohne eine allzu starke westeuropäische Komponente. Dies ist ebenfalls ein großes Hindernis für eine bessere Verständigung mit ihnen. Ich fürchte, daß wir bei neuen Fortschritten auf dem Wege zur Integration, wie ich sie erhoffe, mit heftigen Reaktionen aus Moskau rechnen müssen. Wir sollten uns davon allerdings nicht irritieren lassen.

Ein weiteres Hindernis besteht darin, daß die Sowjets Vorstellungen hinsichtlich ihrer Sicherheitsinteressen haben, die völlig von denen abweichen, die wir als legitim akzeptieren können. Ich habe meine Zweifel, ob sich die Sowjets in Europa wirklich bedroht sehen; sie könnten sich auf weite Sicht vielleicht einmal durch China zu Recht bedroht fühlen, aber nicht von Europa.

Worum es den Sowjets eigentlich geht, ist, ihre Vorherrschaft in Europa zu etablieren, und ihre Konzeption vom Kräftegleichgewicht bedeutet, daß sie eine bestimmte regionale Überlegenheit brauchen. Das heißt nicht, daß sie auf der Ebene eines umfassenden Kräftegleichgewichts im gegenwärtigen Stadium keine Parität mit den Amerikanern akzeptieren würden. Aber auf regionaler Ebene versuchen sie immer noch, eine Überlegenheit herzustellen.

Dies sind also drei Hindernisse für eine bessere politische Verständigung mit den Sowjets: die amerikanische Präsenz in Westeuropa, eine starke westeuropäische Komponente und eine bestimmte Einschätzung ihrer eigenen Sicherheitsbedürfnisse.

Was die Osteuropäer angeht, so ist die Situation eine völlig andere; denn sie fühlen sich ganz der europäischen Kultur zugehörig. Es gibt in diesen Ländern keine interne Auseinandersetzung wie in Rußland. Deshalb ist es auch viel leichter, mit ihnen eine gemeinsame Sprache zu finden, als mit den Russen.

Es gibt einen weiteren Unterschied: Die Osteuropäer sind der Meinung, daß Westeuropa ein starker Faktor in Europa ist und auch sein muß. Denn sie sehen unsere Fortschritte zu einer europäischen Einheit als Gegengewicht zur sowjetischen Macht an. Dies ist wichtig.

Ich möchte noch etwas hinzufügen, was hoffentlich von unseren deutschen Freunden nicht mißverstanden wird. Aber mir scheint, daß für die Osteuropäer ein vereinigt Westeuropa besser ist als ein sogenanntes Europa der Nationen beziehungsweise ein Europa der Staaten. Denn ein Europa der Staaten oder Nationen bedeutet ein sehr starkes Deutschland, und dies ist ein Problem für die Osteuropäer. Sie würden ein Deutschland, das in ein starkes Westeuropa integriert ist, bestimmt vorziehen. Es ist somit leichter für die Osteuropäer, unseren Ansatz zu einer größeren europäischen Einheit zu akzeptieren.

Wir können also hoffen, mit den Osteuropäern einiges zuwege zu bringen. Wir müssen natürlich darüber reden, wie wir uns der Sowjetunion gegenüber verhalten wollen, was die Waffensysteme, "SALT", den Handel und dergleichen angeht. Wir sollten aber die Osteuropäer nicht vergessen. Es ist zur Zeit leichter, mit ihnen einen gemeinsamen Zugang zu den Problemen zu finden, weil sie ihre eigene Identität hinsichtlich ihrer nationalen Geschichte und Kultur wiederzubeleben suchen. Diesen Prozeß können wir unterstützen.

Gegenüber dem gaullistischen Konzept eines "Europa vom Atlantik bis zum Ural" bin ich indes ein wenig kritisch. Ich halte es für falsch, weil es eine Abkoppelung der USA von Europa mit sich bringen könnte. Aus diesem Grunde haben die Sowjets mehr oder weniger mit diesem Konzept geliebäugelt.

Carter

Ich halte die KSZE für ein wichtiges Instrument in unseren Beziehungen zu Osteuropa und zur Sowjetunion in den nächsten Jahren. Für den Osten hat die Schlußakte von Helsinki im wesentlichen statischen Charakter; denn ihm ging es vor allem um eine politische Absegnung der Grenzen in Europa und um andere politische Festschreibungen. Und dieses Ziel hat er mindestens teilweise auch erreicht. Obwohl dies keine rechtlich bindenden Abmachungen sind, sind sie von erheblichem politischen Wert - wie wir alle wissen. Aber dies ist nur die eine Seite der Medaille.

Die Ziele, die der Westen mit der KSZE verfolgt, sind dynamischer Natur. Häufig wird bei uns argumentiert, wir hätten Probleme mit einer aktiven Umsetzung der Schlußakte im Sinne einer Veränderung unserer täglichen Praxis, weil die meisten ihrer Bestimmungen bereits Teil dieser Praxis seien. In Osteuropa ist das offensichtlich ganz anders. Die Tatsache, daß wir regelmäßig an den Verhandlungstisch zurückkehren und den Osten auffordern, das, was er 1975 in Helsinki unterschrieben hat, auch zu realisieren, halte ich für einen Vorteil für den Westen, wenn es darum geht, einen allmählichen und kontrollierten Wandel in Osteuropa anzustreben.

Wir sprechen hier darüber, in welcher Weise wir uns gegenüber dem Osten zusammensetzen sollten, um die Spaltung Europas zu überwinden, wie lange das auch immer dauern mag. Wir sollten aber auch berücksichtigen, ob die osteuropäischen Länder dabei denken ich nicht an die Sowjetunion - überhaupt eine Wahl haben. Vielleicht werden sie nämlich in den nächsten Jahren aus objektiven Gründen genötigt sein, eine engere Beziehung zu den westeuropäischen Ländern einzugehen und hierzu sogar die Initiative zu ergreifen.

In den letzten fünfzehn Jahren scheinen sich die äußeren Zeichen sowjetischer Herrschaft über Osteuropa beträchtlich verstärkt zu haben. Im Warschauer Pakt und im COMECON sind eine Reihe neuer Institutionen, Komitees, Kommissionen und andere Organisationen eingerichtet worden, um die Aktivitäten zu koordinieren. Auch die Steuerungsversuche auf dem Felde der Ideologie haben sich erheblich verstärkt.

Aber vielleicht täuscht das äußere Erscheinungsbild; vielleicht gibt es in Wahrheit nicht viel Substanz in diesen neuen Mechanismen. Man könnte dagegenhalten, daß die antisowjetischen Gefühle in Osteuropa gegenwärtig stärker sind als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Gründe liegen zum einen - aus langfristigen Erwägungen - in dem wachsenden Bewußtsein ihrer Rückständigkeit und dem Fehlen von wirtschaftlichen Erfolgsaussichten. Zum anderen haben sie mit neueren Ereignissen zu tun, wie etwa der Aufstellung von Raketen in der Tschechoslowakei und der DDR oder auch mit der Verärgerung über den Olympia-Boycott.

Es hat den Anschein, daß es viele Schwachpunkte in Osteuropa gibt, mit denen die Russen in den kommenden Jahren nicht fertig werden, insbesondere auf ökonomischem Gebiet. So scheinen die Sowjets nicht bereit zu sein, die Schulden abzudecken, die viele dieser Länder gemacht haben; obgleich sie im Prinzip imstande wären, dies zu tun. Die Notwendigkeit, diese Schulden zurückzuzahlen, wird noch lange Zeit den wirtschaftlichen Fortschritt in einigen Ländern, wie zum Beispiel in Polen oder Rumänien, lahmen. Die Sowjetunion kann auch nicht die neuen Technologien liefern, die diese Länder zur Modernisierung ihrer Wirtschaft benötigen, um für den Westen als Handelspartner attraktiv zu sein und um einen Lebensstandard aufzubauen, der sie in die Lage versetzt, ihre Bevölkerung mit Konsumgütern und anderen Annehmlichkeiten zu versorgen, die sie in wachsendem Maße verlangt.

Ein weiterhin niedriger Lebensstandard, die Forderung, den Gürtel enger zu schnallen und sogar Repression scheinen auf die Dauer keine mögliche Option mehr zu sein. Die Zeit ist vorüber, als die osteuropäischen Führer nur nach Moskau zu blicken brauchten, um Rückenstärkung zu erhalten. Sie müssen jetzt Rücksicht auf die Forderungen ihrer eigenen Bevölkerung nehmen, wie sich das in Ungarn und auch in Polen deutlich gezeigt hat.

Vielleicht können wir auf diesen Gesichtspunkt noch in der weiteren Diskussion eingehen und dabei prüfen, ob die osteuropäischen Länder tatsächlich nur einen begrenzten Handlungsspielraum im Hinblick auf ihre eigene Zukunft besitzen, daß sie aber andererseits aufgrund objektiver Umstände zu einer Zusammenarbeit mit dem Westen genötigt sein könnten.

Schotte

Wenn es unser Ziel ist, Europa als eine größere Einheit zu bauen, dann sollten wir uns darüber klar sein, daß dies nicht ohne Fortschritte auch im Hinblick auf die regionale Einheit möglich ist. Das letzte Ziel, die universale Einheit, ist zugleich Traum und Notwendigkeit; für dieses Ziel lohnt es sich auch, nach einer größeren europäischen Einheit zu streben - unabhängig von der historischen Realität. Ich meine aber, daß die europäische Identität noch auf lange Zeit hin nur als Einheit in der Verschiedenheit begriffen werden kann.

Die Realitäten sind so unterschiedlich. Es gibt innerhalb jeder Nation Minoritäten, die auch ihren Platz finden müssen. Jede Nation hat durch die Geschichte eine eigene Identität erworben. Auch die politischen Systeme haben die Nationen sehr unterschiedlich geprägt. Gerade in den osteuropäischen Ländern haben die politischen Systeme die nationale Identität stark beeinflusst. Das heißt, wenn Menschen seit vierzig, fünfzig oder sechzig Jahren unter einem bestimmten System leben, wirkt das natürlich auch auf ihr Identitätsbewußtsein.

Mir ist diese Tatsache in Gesprächen mit Polen so bewußt geworden. Wenn sie auf die Entwicklung in den letzten drei Jahren zu sprechen kommen, insbesondere im Hinblick auf "Solidarnosz" und was sich daraus ergeben hat, weisen sie immer wieder darauf hin, daß sie nicht zu einem rein kapitalistischen System zurückkehren wollen: "Wir wollten nicht ein westliches System kopieren und bei uns einführen." Das, was sie erreicht haben, unterscheidet sich schon von dem, was vorher war. Ob das nun gut oder schlecht ist - auf jeden Fall ist es eine Realität, die man berücksichtigen muß.

Ich stimme der Feststellung zu, die von mehreren Teilnehmern getroffen wurde, daß es auf dem Wege zu einer europäischen Einheit unterschiedliche Ansätze gibt. So gibt es den politisch-strategischen und den sogenannten kulturellen Ansatz. Zwischen beiden bestehen jedoch Wechselbeziehungen. Jeder Schritt in Richtung auf eine politisch-strategische Einheit wird auch Möglichkeiten auf kulturellem Gebiet begünstigen, ebenso wie umgekehrt. Politische Schritte sind sehr wichtig; aber sie könnten zu bestimmten Zeiten bei der Entwicklung einer Nation oder auch Europas sehr viel schwieriger sein als gewisse Schritte auf kulturellem Gebiet - in einem weiten Sinne verstanden.

Zweifellos stellt die Schlußakte von Helsinki einen Fortschritt dar und ist für Europa sehr wertvoll. Auf der anderen Seite dürfen wir nicht übersehen, daß dieselben Wörter in diesem Text in einem kommunistischen Land anders interpretiert werden als bei uns. Wenn man in einem kommunistischen System von Menschenrechten spricht, meint man damit etwas völlig anderes, als wir darunter verstehen.

Für uns geht es dabei um den Primat der menschlichen Person. In einer Diskussion erklärte mir ein Russe, Menschenrecht sei alles, was der Staat dem Individuum erlaubt zu sein oder zu tun, mit anderen Worten, was die Partei dem einzelnen zu sein oder zu tun gestattet. In dieser Hinsicht sollten wir also realistisch sein, wenn wir das, was wir als Fortschritt betrachten, richtig beurteilen wollen.

Dieser sehr weit verstandene kulturelle Ansatz ist an einigen Punkten verdeutlicht worden, die dabei eine Rolle spielen können: So sprach beispielsweise Kardinal König über die Medien. Das ist sehr wichtig; sollte aber mit dem in Verbindung gebracht werden, was Herr Schmidt hinsichtlich Wirtschaft und Technik vorschlug. Beides gehört zusammen. Wir leben in einer Zeit der Informationsexplosion und stehen hier erst am Anfang einer totalen Umwandlung. Wird uns das auch Möglichkeiten bieten, die Einheit unter den verschiedenen Ländern Europas zu fördern, einschließlich jener des Ostblocks?

Herr Weidenfeld hob die Bedeutung der Modernisierung hervor. Sie ist bei allen Völkern und in allen Ländern gegenwärtig. Die Menschen wollen Fortschritt. Das ist eine starke Kraft. Wir sollten das Vorhandensein dieser Kraft nutzen, um eine größere europäische Einheit zu schaffen.

Ich erwähne desweiteren die Frage der ethischen Werte. Auch in dieser Hinsicht können wir Fortschritte zur Einheit begünstigen, wenn wir die in den verschiedenen Gesellschaften jeweils vorherrschenden ethischen Werte besser verstehen lernen. Mich hat kürzlich ein Artikel erschreckt, in dem ein Journalist behauptete, der Verlust ethischer Werte und Normen in vielen osteuropäischen Ländern, der dort zu beobachten sei, könnte die Folge einer bewußten Taktik oder Duldung der Regierungen sein, um den Willen des Volkes zu schwächen. Das ist ein wichtiger Punkt, der mit den in den osteuropäischen Nationen noch gültigen ethischen Werten zu tun hat. Er betrifft aber auch jene Werte, die inzwischen nicht mehr vorhanden sind, was übrigens auch für viele unserer westlichen Länder gilt.

Auch hier sehe ich eine Möglichkeit, Wege zur Einheit zu erforschen, um durch besseres Verstehen zu einem tieferen Verständnis der Werte zu gelangen, die richtungsweisend für unsere verschiedenen Nationen sind.

Schließlich möchte ich die Rolle ansprechen, die die Kirchen und die Religion spielen können. Kardinal König hat über die Bestrebungen der europäischen Bischöfe gesprochen. Für die katholische Kirche gibt es viele Möglichkeiten, um die Einheit Europas durch engere Zusammenarbeit und auch durch ein besseres Verstehen der Unterschiede, die zwischen den einzelnen katholischen Kirchen in den verschiedenen Ländern bestehen, zu fördern. Ich denke zum Beispiel daran, daß der Heilige Vater jetzt den Slawenapostel Methodius als europäischen Heiligen neben dem westeuropäischen Heiligen St. Benedictus genannt hat.

Dazu gehört natürlich auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kirchen über die Grenzen hinweg. Ich habe in dieser Hinsicht einige Erfahrung mit der russisch-orthodoxen Kirche innerhalb des Weltkirchenrates. Diese Zusammenarbeit ist nicht einfach; denn es kommt vor, wenn man glaubt, jetzt habe man einen gemeinsamen Punkt erreicht, daß dann die Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche eine Interpretation in einem anderen Sinne einbringen.

Ein typisches Beispiel betraf auf der Tagung des Weltkirchenrates in Vancouver 1983 die Resolution über Afghanistan. Nach einer langen Diskussion erklärte schließlich die Delegation der russisch-orthodoxen Kirche: Wenn diese Resolution durchgeht, verlassen wir den Weltkirchenrat.

Graf Ferraris

Wer hat gesiegt?

Schotte

Die Russen.

Schmidt

Wenn ich es recht erinnere, haben die Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche in Vancouver einer anderen Resolution zugestimmt, die in klaren Worten sagt: Der Besitz von Kernwaffen ist ein Verbrechen. Können Sie erklären, wie sie eine solche Abstimmung unterstützen konnten, die eindeutig ihren eigenen Staat verurteilt?

Schotte

Dies ist eine Frage, Herr Schmidt, die nicht nur ein Problem für die russischorthodoxe Kirche darstellt. Gleiches gilt für die protestantischen Kirchen im Weltkirchenrat, aber auch für viele der einzelnen katholischen Kirchen. Ungeachtet der Hirtenbriefe von bestimmten Bischöfen ist die unilaterale Abrüstung in Europa nicht gelungen. Tatsächlich sprechen viele Leute, auch in der katholischen Kirche, ohne wirkliche Kompetenz, sondern argumentieren auf dem Niveau von Parolen.

Eine der verbreiteten Parolen ist die, daß die Entwicklung, aber auch der bloße Besitz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Glauben ist. Im Weltkirchenrat ist dies als Resolution angenommen worden. Das ist einer der Punkte, bei dem wir vom Heiligen Stuhl uns vom Weltkirchenrat distanzieren, weil wir diesen Standpunkt nicht akzeptieren können. Eine solche Behauptung können wir theologisch gar nicht rechtfertigen. Aber im Weltkirchenrat ist sie gebilligt worden, und zwar mit den Stimmen nahezu aller.

Freiherr von Weizsäcker

Aber viele methodistische Kirchen stimmten dem auch nicht zu.

Schotte

Das ist ein weiteres Problem; denn im Weltkirchenrat können die Delegationen abstimmen und einen Konsensus herbeiführen, der die einzelnen Kirchen in keiner Weise bindet. Der Weltkirchenrat ist ein Rat der Kirchen und keine Kirche. Deshalb vertritt er keine bestimmte Theologie, aber debattiert doch über die theologischen Implikationen vieler Probleme.

Das, was ich unterstreichen möchte, ist, daß wir auf dem Gebiet der ökumenischen Zusammenarbeit und der Verbindung zu anderen Kirchen die Einheit in Europa ebenfalls fördern können. Vielleicht können wir mitunter in den spirituellen Bereichen den wahren Fortschritt erreichen, der sich dann auf alle anderen Aspekte zur Einheit auswirken kann.

Mertes

Bei der ganzen Diskussion über Rüstungsfragen und Abrüstung tun viele Männer der Kirche so, als könne man die Waffenentwicklung von den ihnen zugrunde liegenden politischen Spannungs- und Rüstungsursachen loslösen. Dieses falsche Dogma ist in den sechziger Jahren in den USA entwickelt worden. Ich würde es begrüßen, wenn sich die Vertreter der Kirche die historischen Bezüge bewußtmachten und nicht einfach Bannsprüche über die Schrecklichkeit der Kernwaffen aussprechen. Ich weiß auch, daß diese Waffen schrecklich sind. Die Frage ist doch: Wie kommt man diesen Entwicklungen bei? Wie lassen sich die beiden Notwendigkeiten, Sicherheit und Rüstungskontrolle, miteinander verbinden?

Weidenfeld

Ich möchte gegen den sich hier offenbar abzeichnenden Konsens anrennen, daß wir zwischen dem kulturellen Weg einerseits und dem sozusagen handfesten politischstrategischen Weg andererseits unterscheiden können. Ich hätte eigentlich bereits eine kritische Intervention von Kardinal König erwartet, in der Annahme, daß er sich nicht so schnell aus der Politik ins Kulturelle abschieben lassen würde. Diese Unterscheidung zwischen Kultur und Politik übersieht die eminente machtpolitische Dimension der Kultur, die in ihrer Orientierungsleistung liegt und die den politischstrategischen Themen, die ja meist im Vordergrund unserer Aufmerksamkeit stehen, nur noch eine höchst begrenzte Entscheidungsmarge offenhält. Die Konsequenz ist: Wenn ich die politische Lage wirklich verändern will, muß ich die kulturellen Rahmenbedingungen verändern. Insofern ist die eigentlich entscheidende machtpolitische Frage die nach den kulturellen Rahmenbedingungen.

Die Entwicklungen in Polen in den letzten Jahren sind doch nicht denkbar ohne diese machtpolitische Dimension der Kultur. Die Irritationen und Verunsicherungen des Westens in den letzten Jahrzehnten wären nicht denkbar ohne den Zerfall vorher wirksamer Orientierungssysteme, was zwangsläufig zu sozialer Desorganisation geführt hat. Ich würde sogar so weit gehen: Sie wären nicht denkbar ohne das Nachlassen der Bindewirkung des Christentums. Das alles sind handfeste machtpolitische Fragen, die sich aus kulturellen Veränderungen ergeben.

Zweiter Gesichtspunkt: Die kulturelle Komponente hat heute in Europa auf jeden Fall eine handfeste machtpolitische Konsequenz. Die mangelnde kulturelle Vertrautheit der Europäer untereinander verhindert nämlich machtpolitische oder entscheidungsorientierte Effizienz. Es sind ja in Wahrheit nicht nur Fragen des Agrarmarktes oder Fragen der Entscheidungsprozeduren, die die Einheit behindern, sondern dahinter steht auch eine mangelnde kulturelle Vertrautheit der Westeuropäer untereinander. Wer kann denn in Frankreich wirklich sagen, daß ihm die kulturellen Entwicklungen in Italien voll vertraut sind; wer in Italien will wirklich sagen, daß ihm die kulturellen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland voll vertraut sind? Das reduziert sich auf ein Expertenwissen, aber gründet nicht auf einer breiten kulturellen Grundlage.

Die fehlende Stabilität kultureller Vertrautheit hat handfeste politische Konsequenzen, zum Beispiel die Schwierigkeiten in den Entscheidungsprozeduren des EG-Ministerrates. Diese sind ja nicht nur finanzieller oder sonstiger vordergründiger Art. Dahinter schwelen natürlich auch Bestände an kulturellem Mißtrauen. Wieso kann die EG nicht zu Entscheidungsprozeduren finden, die nicht auf Einstimmigkeit, sondern auf Mehrheitsabstimmungen beruhen? Weil keiner weiß, wie dann die anderen votieren würden.

Es ist hier mehrfach gesagt worden, wir müßten entscheiden, ob wir von Westeuropa oder von Gesamteuropa sprechen. Müssen wir das wirklich entscheiden? .Hinter dieser Anfrage steckt doch die Vermutung, daß die westeuropäische Integration keine gesamteuropäische Perspektive hat. Das ist aber gänzlich falsch. Die Gründer der europäischen Einigung haben ihr Einigungswerk nicht geographisch, sondern normativ begrenzt. Was hätte eigentlich Osteuropa für einen Vorteil, wenn nicht einmal die Westeuropäer es schaffen würden, ihre normativen Prämissen, ihre Wert-Perspektiven attraktiv zu realisieren?

Bondy

Zuweilen fürchte ich, daß die Bedeutung der Kultur für die Politik überschätzt wird. Kultur und Barbarei sind nicht nur Gegensätze, sie können auch in unserem gemeinsamen Europa koexistieren. Das Dritte Reich war uns ein Schreckbild der Barbarei, doch lebten und wirkten da mehr gebildete Menschen, Künstler, Forscher, als proportional in manch anderen europäischen Staaten. Nur hat die akademische, ästhetische Kultur das Wirken des Dritten Reichs in keiner Weise gehemmt. Ähnliches gilt für das faschistische Italien mit fast durchweg freier Kultur, das sich dennoch in einen unsinnigen Krieg stürzte, weil sein Diktator und sein System dahin drängten.

Umgekehrt waren die Urschweizer an Bildungsstand den führenden Geistern des habsburgischen Reiches weit unterlegen; dennoch war ihr Aufstand ein exemplarischer Beitrag zur europäischen Demokratie. Auch die Serben waren nicht das gebildetste Volk in Europa, doch hat ihr Aufstand gegen das Dritte Reich den Vormarsch gegen die Sowjetunion entscheidend verzögert, und später war der Aufstand von Titos Jugoslawien gegen Stalin ein Beitrag zum Frieden und zur Freiheit in Europa, wie das unlängst in Frankfurt Octavio Paz als Träger des Friedenspreises gesagt hat.

Man darf daher nicht meinen, daß Kultur im ästhetischen, geistigen Sinn von sich aus vernünftige Politik und Bewahrung der Freiheit sichert. Da ist die Frage der politischen Kultur zu stellen. Hier gibt es historische Entwicklungen - und Rückentwicklungen. Das Rußland des ausgehenden 19. Jahrhunderts hatte liberale Züge gewählte Bürgermeister, die Duma, Geschworenengerichte, die unabhängig Recht sprachen. Das ist nicht zuletzt durch das Chaos des Weltkrieges verlorengegangen. Ob endgültig, das weiß niemand.

Ist die östliche Orthodoxie politisch unkonstruktiv im Gegensatz zu Katholizismus und Protestantismus? Es ist nicht beweisbar. Eine geistige Grenze zwischen Westen und Osten, zu dem viel Mitteleuropa wie die Tschechoslowakei in einer "politischen Geographie" gerechnet wird, gibt es nicht. Die Übergänge sind gleitend. Alle Definitionen sind gewagt. Geht es nicht erstrangig um die Frage: Wer in Europa ist heute autonom handlungsfähig? Wer, aus welchen Gründen auch immer, ist es nicht?

Freiherr von Weizsäcker

Ich bin etwas überrascht von Ihrem Kulturbegriff, Herr Bondy. Kultur ist doch nicht nur Bildung. Es geht doch nicht darum, wer am meisten von Dante auswendig gelernt hat. Das ist auch schön. Ich dachte, es ginge bei dem Einfluß der Kultur auf die Politik um die Kultur des Zusammenlebens mit der Fähigkeit, wechselnden neuen Herausforderungen in der Zeit entsprechen zu können.

Bondy

Das ist politische Kultur.

von Weizsäcker

Dann streiten wir vielleicht nur über Begriffe. Wie ich Kardinal König verstanden habe und auch selbst Kultur verstehe, geht es sozusagen von der Religion bis zur Wissenschaft um die Frage, wie wir unter den Bedingungen des modernen technischen Zeitalters human zusammenleben können. Da spielt die Bildung eine Rolle, aber keine allein entscheidende.

Bondy

Man kann in einer kreativen Kultur der Innerlichkeit verbleiben, die das politische System nicht beeinflusst.

Bertram

Ihre Feststellung, Herr Weidenfeld, wir brauchten gar nicht zu entscheiden, ob wir Westeuropa oder einem Gesamteuropa den Vorzug geben wollen, denn ein starkes Westeuropa habe natürlich Auswirkungen auf Gesamteuropa, kann ich so nicht akzeptieren. Wenn man Politik machen will, muß man sich für Prioritäten entscheiden. Und implizit haben wir ja auch diese Prioritätenentscheidung getroffen, nämlich für Westeuropa.

Einen wichtigen Punkt, wo die Europäer eine positive Rolle spielen könnten, sehe ich darin, dafür zu sorgen, daß der Dialog zwischen Ost und West erhalten bleibt, wenn die Supermächte ihn abgebrochen haben. Auf der anderen Seite sollten wir nicht so tun, als stünden wir, wenn die Supermächte wieder miteinander reden, wie das jetzt der Fall zu sein scheint, gleich vor einem Kondominium. Das ist doch etwas anderes.

Ich teile nicht die Auffassung, daß die Europäer in der Lage wären, anstelle der Amerikaner etwas in Sachen strategischer Rüstungskontrolle zu tun. Das müssen die beiden Großen machen. Ich glaube allerdings, wir Europäer sollten nicht vergessen, daß wir nur dann ein Gewicht haben, wenn wir gemeinsam handeln. Wenn wir das nicht tun oder - wie kürzlich erst in der Frage der Weltraumrüstung - den Amerikanern zuliebe keine Schwierigkeiten machen, werden unsere Einflußmöglichkeiten auf die amerikanische Rüstungskontrollpolitik außerordentlich gering bleiben.

Schmidt

Das war ein grober Fehler.

Bertram

Es sieht so aus, als ob dieser Fehler noch weiter fortgeführt wird.

Herr Mertes erwähnte die amerikanische Pendelbewegung zwischen Banalisierung und Dämonisierung der Sowjetunion. Hier wäre in der Tat eine gewisse Kontinuität wichtig - und ein europäischer Beitrag läge darin, die Kontinuität zu erleichtern.

In Amerika scheint sich jetzt ein neuartiges Konzept für die Ostpolitik anzudeuten, das davon ausgeht, die Sowjetunion sei ein Reich im Verfall, und da böten sich Möglichkeiten an. Hier sollten wir Europäer aufgrund unserer langen historischen Erfahrung deutlich machen, daß man auch mit Reichen, die im Verfall sind, lange Zeit zusammenleben muß, und daß dies möglicherweise besonders schwierig ist. Takt, Rücksicht, Subtilität sind dann noch wichtiger als sonst. Man muß mit der Sowjetunion leben und auch auf die Interessen der kleineren Staaten Osteuropas Rücksicht nehmen.

Ein Defizit haben wir noch gar nicht erörtert, das für mich in vieler Hinsicht das Wichtigste ist. Ich erkenne nämlich weder bei der Sowjetunion noch bei den Vereinigten Staaten langfristige Vorstellungen darüber, wie denn die internationale Ordnung der Zukunft aussehen sollte: Die Beziehungen zu den Ländern der dritten Welt, das Verhältnis zwischen arm und reich, der Zusammenhang zwischen regionalen und internationalen Fragen, die Probleme internationaler Organisationen/Die Sowjetunion, das wurde schon gesagt, hat sich für diese Frage nie interessiert, und die Vereinigten Staaten sehen offenbar keine Notwendigkeit, einen Beitrag zu leisten. In diesem Punkt kommt Europa eine äußerst wichtige Aufgabe zu. Wenn wir hier nicht aktiv werden, tut es niemand.

Graf Ferraris

Was den Verfall angeht, darf ich nur an Rom erinnern: Der Untergang des Römischen Reiches hat 300 Jahre gedauert.

Udgaard

Mir ist aufgefallen - und dies um so mehr, als die meisten Teilnehmer hier aus der Bundesrepublik kommen;- , daß wir bisher kaum über Deutschland gesprochen haben. Man kann ja oft beobachten, daß die Deutschen, wenn sie über konkrete deutsche Fragen nur ungern sprechen möchten, allgemein über Europa reden.

Herr Mertes hat gefragt, wie die Sowjetunion dazu veranlaßt werden kann, ihre Interessen gegenüber Osteuropa neu einzuschätzen. Das ist unser zentrales Problem, und hier sind besonders die Deutschen angesprochen, um Antworten vorzubereiten.

Als ausländischer Beobachter der deutschen Politik gewinnt man den Eindruck, daß die Ostpolitik möglicherweise einer Ideenerneuerung bedarf. Man hat sich in der letzten Zeit sehr stark auf die deutsch-deutsche Frage konzentriert und seit vielen Jahren nicht sehr viel Neues in den Beziehungen zu den anderen osteuropäischen Ländern entwickelt. Ich bin der Ansicht, daß die Deutschen ihr Gewicht in der Politik, vor allem aufgrund ihrer ökonomischen Bedeutung, nicht voll zum Tragen bringen können, wenn sie weiterhin so vorsichtig operieren, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Ich habe vier Jahre lang als Zeitungskorrespondent in der Sowjetunion gelebt und bin auf meinen Reisen natürlich auch mit vielen ganz normalen Russen zusammengetroffen. Dabei habe ich immer wieder festgestellt, daß für diese normalen Russen Europa weitgehend mit Deutschland synonym ist. Wenn sie an Westeuropa denken, denken sie an die Deutschen, die sie ja kennen. Natürlich haben sie noch ein Ressentiment gegen die Deutschen, das vom Krieg herrührt, aber trotzdem ist eine unterschwellige Bewunderung für sie, vor allem was die wirtschaftliche Seite angeht, unverkennbar. Die Bedeutung Deutschlands wird von den Russen, die man so trifft, häufig sehr hochgespielt.

Ich frage mich nun, ob man sich jetzt nicht einem Punkt nähert, an dem paradoxerweise eine zusätzliche Formalisierung der Spaltung Europas Voraussetzung dafür ist, daß wir in den praktischen Fragen in Europa weiterkommen können. Ich weiß, daß dies für die Deutschen eine sehr heikle und schwierige Frage ist.

Ich sage das auch in der Überzeugung, daß man in Europa mit der Ost-West-Frage nicht weiterkommt, solange ein Land von der politischen Bedeutung und dem wirtschaftlichen Gewicht

Deutschlands nicht eine größere und effektivere Rolle in den Ost-West-Beziehungen zu spielen bereit ist. Und dazu ist meiner Meinung nach eine zusätzliche Formalisierung unumgänglich.

Gasteyger

Was verstehen Sie unter einer zusätzlichen Formalisierung der Ost-West-Beziehungen?

Bettiza

Eine Legalisierung der Trennung.

Udgaard

Eine vorsichtiger Handhabung hinsichtlich der polnischen Ostgebiete zum Beispiel. Dazu gehören auch einige Fragen in der Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten, die statusmäßig umstritten sind. Das soll nicht heißen, wir könnten sonst gar nichts tun. Aber ich sehe hierin eine Herausforderung für Deutschland, das auf diese Weise eine bedeutendere und effektivere Rolle in den Ost-West-Beziehungen wahrnehmen könnte, wenn man nur die Statusfragen etwas herunterspielen würde.

Mertes

Wenn wir uns fragen, wie wir uns gegenüber der Sowjetunion verhalten sollten, dann kann die Antwort nicht sein, daß wir eine Art Ermächtigungspolitik gegenüber der sowjetischen Herrschaft betreiben, Herr Udgaard. Denn bei Formalisierungen geht es letzten Endes um politische Ermächtigungsvorgänge.

Die Oder-Neiße-Grenze nehme ich dabei ausdrücklich aus; das ist ein deutschpolnisches Thema, das heißt nicht eines des Ost-West-Antagonismus. Aber die sowjetische Position an der Elbe gleichsam zu ermächtigen, geht gegen meine tiefsten politischen Überzeugungen und Hoffnungen.

Graf Ferraris

Ich möchte in dem Zusammenhang ein Zitat verlesen: "Die deutsche Frage hat noch nie den Deutschen allein gehört. Alle Nachbarn waren zu allen Zeiten an ihr interessiert und engagiert. Auch hat die Geschichte noch nie eine endgültige Antwort auf diese Frage gegeben. So wird auch die Teilung nicht die letzte Antwort der Geschichte bleiben." Autor dieser Zeilen ist Richard von Weizsäcker.

Freiherr von Weizsäcker

Das ist alles, was man zur Zeit antworten kann. Aber man sollte dankbar sein, daß die Frage gestellt wird.

Lahn

Es besteht hier Übereinstimmung, daß es auf Dauer bei der Spaltung Europas nicht bleiben kann, denn geschichtliche Prozesse brechen nicht einfach irgendwann ab. Alle großen Imperien der Geschichte sind zerfallen; das wird auch bei jenem Imperium nicht anders sein, das heute die osteuropäischen Länder im Griff hat. Auch dieses Reich wird nicht von Dauer sein.

Ich bin der Meinung, daß sich die Strukturen in der Sowjetunion und in den Ostblockländern in absehbarer Zeit ändern werden. Können wir aber abwarten, bis sich ein solcher Wandel vollzieht und erst dann aktiv werden? Das wäre eine zu passive Politik. Wir sollten uns vielmehr überlegen, welche Instrumente, Organisationen, Institutionen uns in Europa zur Verfügung stehen, um gegen die Spaltung anzugehen oder die Spaltung zunächst einmal, wie wir immer sagen, für die Menschen erträglicher zu machen.

Da gibt es die Europäische Gemeinschaft; dann die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ); weiter haben wir den Europarat und die KSZE. Es stehen also eine Reihe von Institutionen zur Verfügung, die sich mit solchen Fragen beschäftigen können.

Was können wir in den nächsten Jahren tun? Welche Initiative müßte von unseren Regierungen ergriffen werden? Herr Udgaard will der Ostpolitik einen neuen Impuls geben. Das scheint mir ein nützlicher Gedanke zu sein.

Ich bin der Meinung, wir müßten den Ostverträgen wieder etwas mehr Leben einhauchen, indem wir versuchen, unser Verhältnis zu den Ländern des Ostblocks zu verbessern, um den Boden für eine nähere Verständigung zunächst unter den Menschen zu bereiten. Wenn das erreicht ist, könnte die Spaltung wenigstens leichter erträglich werden, bevor sie dann später überwunden werden kann.

Hermes

Es ist hier deutlich geworden, daß die Spaltung in Europa offenbar sehr verschiedene Gesichter hat. Einiges hat historische Ursachen, die wir auf kurze Sicht nicht beseitigen können. Anderes ist durchaus positiv zu sehen; denn es hat das Bild Europas in seiner ganzen Vielfalt geprägt. Die Spaltung, auf die wir uns bisher weitgehend konzentriert haben, ist die politische Spaltung, die zwischen einem demokratischen Westeuropa und einem totalitären Regime im Osten, wie es auch der Papst heute morgen genannt hat, besteht.

Mein Eindruck ist, daß wir mehr fragen: "Was können wir gegen eine mögliche weitere sowjetische Expansion unternehmen?", als "Was können wir zur Überwindung der politischen Spaltung tun?" Eine Politik des containments, der Abschreckung, so wirkungsvoll sie war und so sicher sie den Frieden in der jüngsten Vergangenheit gemacht hat, ist jedenfalls noch kein Weg zur Überwindung der Spaltung. Ich meine, wir sollten uns ehrlich fragen, ob denn alle daran interessiert sind, mit einer Überwindung der Spaltung die möglichen Konsequenzen, die verbunden sind, in Kauf zu nehmen.

Vor Jahren wurde ja in den Vereinigten Staaten eine Doktrin viel diskutiert- sie ist nie offizielle Politik geworden;- , die lautete: Man müsse die Sowjetunion dazu veranlassen, mit ihren Satelliten einigermaßen pfleglich umzugehen. Die Folge wäre dann eine Art stabilisierte Pax Sowjetica in Osteuropa gewesen. Mit anderen Worten: Würde es nicht genügen, jenen, die unter sowjetischer Herrschaft leben müssen, einige menschliche Erleichterungen zu verschaffen - möglicherweise durch eine Formalisierung, das heißt Anerkennung der Spaltung? Auf diese Weise würde das sowjetische System auch in der Ausweitung seiner Herrschaft auf außersowjetische Gebiete eine gewisse Legitimität erhalten und von den anderen Mächten als eine Art stabiler Faktor im Weltkonzert betrachtet werden.

Diese Vorstellung einer domestizierten Pax Sowjetica ist in der öffentlichen Diskussion in Amerika sehr schnell wieder verworfen worden, weil nach amerikanischem Empfinden ein Verzicht auf die Menschenrechte undenkbar ist.

Wenn man also daran denkt, die Spaltung zu formalisieren - wie das bei Herrn Udgaard anklang;- , ist die Entscheidung schon gefallen; in dem Fall ist die Spaltung, jedenfalls auf absehbare Zeit, das letzte Wort. Es kommt dann nur darauf an, sie erträglich zu machen. Kann das aber unsere Antwort sein? Greifen wir nicht der Entwicklung vor, indem wir argumentieren: Wenn die Spaltung erträglich wird, ist das zwar nicht so gut, wie wir es gerne hätten; es ist eben keine Pax Democrática, aber es ist eine Pax Sowjetica mit menschlichem Antlitz, und Europa hat dann seine Ruhe. Das wäre, historisch gesehen, sicher ein Fehlschluß.

Schmidt

Dann würden wir 15 Millionen Deutschen, 30 Millionen Polen und wem sonst noch alle Hoffnung nehmen.

Hermes

Deshalb meine ich, wir können die Frage nach der Überwindung der Spaltung Europas nicht mit einer Pax Sowjetica mit menschlichem Antlitz beantworten. Auf der anderen Seite gibt es offenbar manche Europäer, für die der Zustand, in dem sich die Spaltung Europas heute zeigt, annehmbar werden kann; er kann auf die Dauer auch für die Vereinigten Staaten akzeptabel werden. Wir sollten uns dann aber, wie Herr Schmidt eben, fragen: "Was muten wir in dem Falle eigentlich den Europäern zu, die in Osteuropa leben müssen?"

Ich habe in den Vereinigten Staaten immer wieder die Frage gehört - angefangen beim Präsidenten: "Muß die Mauer in Berlin und die Herrschaft der Sowjetunion über die osteuropäischen Länder das letzte Wort in der Geschichte sein?" Wenn wir uns heute diese defensive oder statische Betrachtungsweise zu eigen machen, geben wir eigentlich zu, daß die Spaltung, soweit wir betroffen sind, für unsere Generation endgültig ist. Wenn wir das aber nicht akzeptieren, müssen wir uns wohl oder übel mit den Konsequenzen, die eine Aufhebung der politischen Spaltung bedeuten würde, auseinandersetzen.

Natürlich ist dies nur in einem langen Prozeß über eine Veränderung des totalitären sowjetischen Systems vorstellbar. Die Auflösung der Pax Sowjetica ist sicher auch als ein sehr schmerzlicher Prozeß für viele europäische Länder zu sehen. Das könnte unter Umständen dazu führen, daß viele es vielleicht sogar für besser halten, den gegenwärtigen Zustand der Spaltung beizubehalten und sich nur noch zu bemühen, das Leben der Menschen einigermaßen erträglich zu machen.

Stehle

Eine der Schwierigkeiten, die dem europäischen Gedanken in Osteuropa begegnen, ist die Tatsache, daß die osteuropäischen Völker, auch die Völker der Sowjetunion, zunächst auf dem Wege zu sich selbst sein möchten, das heißt ihre eigene nationale Identität wiedergewinnen wollen. Das gilt eben nicht nur für Länder wie Polen oder die Tschechoslowakei, Ungarn oder Bulgarien, das gilt fast noch mehr für Nationen, von denen bei uns kaum noch jemand spricht, wie zum Beispiel die ukrainische Nation, die in ihrer Geschichte nie einen eigenen Nationalstaat gehabt hat, oder auch die baltischen Nationen, wie etwa die litauische.

Der Papst hat ja immer wieder von der großen christlichen Einheit Europas gesprochen, die über die Barrieren der Blockgrenzen hinausreicht und geistig etwas in Bewegung setzen müßte. Was dabei aber auch in Bewegung gesetzt wird - und der Papst hat das selbst an seiner eigenen polnischen Heimat schmerzlich erfahren müssen-, ist das Drängen nach nationaler Identität mit allem, was dazugehört: Demokratie, Freiheit, Menschenrechte - Vorstellungen, die letztlich systemsprengend sind. Wenn aber eine solche systemsprengende Bewegung in Gang käme - Herr Bertram zitierte aus Amerika die Vorstellung des "russischen Reiches im Verfall";-, so bin ich nicht sicher, ob dadurch dieses Europa, von dem wir hier sprechen, wirklich auf den Weg zu sich selbst geführt würde. Möglicherweise wäre die Folge, daß vor allem bestimmte Nationalismen aufleben würden.

Herr Weidenfeld hat von einer mangelnden kulturellen Vertrautheit auch der Westeuropäer untereinander gesprochen. Wie groß muß aber erst der Mangel an kultureller Vertrautheit unter den osteuropäischen Völkern sein, deren Nationalgefühle, aber auch deren Nationalismen im negativen Sinne jahrzehntelang unter den Teppich gekehrt worden sind und die eines Tages wieder aufbrechen könnten? Wenn man weiß, was der Zusammenprall des polnischen, ukrainischen, russischen und litauischen Nationalismus schon vor dem Zweiten Weltkrieg bedeutet hat und wie diese Nationalismen dann durch den deutschen Nationalismus noch provoziert und gegeneinander getrieben worden sind, kann man nicht so sicher sein, ob ein Europa, das wir uns vorstellen, es sich wünschen darf, wenn all dies, was unter dem gegenwärtigen Regime dieser Länder scheinbar zum Verstummen gebracht worden ist, wieder aufbräche.

Gasteyger

Wir sind uns einig, daß wir die Spaltung Europas in Ost und West nicht für ewig halten, sondern versuchen wollen, sie in der einen oder anderen Weise zu überwinden. Das wird sicher nur in einem langfristigen Prozeß möglich sein. Die Frage ist, wie das überhaupt geschehen kann.

Daran schließt sich die Frage an: Wie soll das künftige Europa denn aussehen? Das mag sehr theoretisch klingen, ist aber für die Konzeptualisierung der Politik, die wir verfolgen wollen, nicht unwichtig. Welche Vorstellungen von der Zukunft Osteuropas können beziehungsweise sollen wir haben? Im Anschluß an das, was Herr Stehle gesagt hat, bin ich der Meinung, daß die Vorstellungen der Osteuropäer über ihre eigene Zukunft, selbst in einem nicht mehr geteilten Europa, durchaus verschieden sein können von jenen, die wir haben. Nicht zuletzt deshalb, weil dort ein Nationalismus wieder virulent zu werden verspricht, dessen Auswirkungen wir heute noch gar nicht übersehen können.

Und wie sehen wir die Zukunft der Sowjetunion? Auch das mag sehr theoretisch klingen. Doch wenn wir hier von Herrn Bertram hören, daß man sich in den Vereinigten Staaten bereits mit dem Zerfall des Sowjetreiches zu beschäftigen beginnt, wahrscheinlich weil man anders mit dem "Problem Sowjetunion" nicht fertig zu werden glaubt, dann muß man sich doch dieser Frage stellen. Müssen wir langfristig wirklich mit einem Zerfall der Sowjetunion rechnen und uns darauf einstellen? Können wir uns überhaupt ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion wünschen, das Herr Reagan durchaus für möglich, wenn nicht für wünschenswert hält?

Hier stellt sich doch eine Reihe schwerwiegender Fragen, nicht nur hinsichtlich der verschiedenen Nationalismen in Osteuropa und Nationalitäten in der Sowjetunion, sondern ganz besonders hinsichtlich der Frage, wer denn in einer in viele Teile zerfallenen Sowjetunion deren Kernwaffenpotential kontrollieren soll - eine Frage, die offenbar vorher niemanden beschäftigt hat.

Mertes

Kann man sich nur den Zerfall vorstellen, oder ist auch eine Veränderung der Sowjetunion denkbar?

Gasteyger

Das wäre genau meine Frage, Herr Mertes. Die These vom Zerfall scheint mir sehr gefährlich, nicht zuletzt, weil ich nicht daran glaube, daß Imperien wie das sowjetische sich einfach in aller Ruhe auflösen und von der Bildfläche verschwinden.

Graf Ferraris

Verstehen Sie Veränderung im Sinne von Liberalisierung, was immer das bedeutet?

Gasteyger

Ich habe darauf genausowenig eine endgültige Antwort wie Sie. Ich denke einmal an eine allmähliche Veränderung im Innern, die sich aus einer Reihe von Sachzwängen ergeben kann. Zum anderen könnte, aus den von Herrn Mertes erwähnten Überlegungen heraus, eine Überprüfung des Engagements nach außen erfolgen. Das sind natürlich vorläufig nur Spekulationen. Man kann auch die Möglichkeit nicht ausschließen, daß die Sowjetunion um so aggressiver wird, je schwächer und unterlegener sie sich in vielen Bereichen fühlt.

Was die Operationalisierung einer Osteuropa- oder Ostpolitik angeht, sind sich die westeuropäischen Staaten, wie wir gesehen haben, keineswegs einig. In der Vorstellung, welche Politik Westeuropa - wenn es denn ein vereintes Westeuropa einmal geben sollte - gegenüber Osteuropa verfolgen will, besteht keinerlei Einigkeit.

Wie können wir vorgehen? Ich sehe im Grunde zwei Alternativen: Entweder die Formalisierung des Status quo, um ihn anschließend besser überwinden zu können. Das wäre etwa im Sinne von Herrn Udgaard. Oder man läßt den Status quo, wo immer möglich, in seinen weiteren Konturen offen, um ihn dann schrittweise zu verändern. In der Praxis dürfte es allerdings schwer sein, diese beiden Alternativen klar zu unterscheiden.

Bei der deutschen Frage stellt sich indes immer wieder genau diese Frage: Wie weit sollte die Bundesrepublik in der Formalisierung gehen, um die DDR in ihrer Identität selbstsicherer zu machen?

Unsere Adressaten sind nun einmal primär, ob uns das gefällt oder nicht, die Regierungen. Diese sind ihrerseits legitimitäts- und anerkennungsbedürftig nicht zuletzt aufgrund des Geburtsfehlers ihrer mangelnden politischen Legitimation. Sie müssen eine Gratwanderung vollziehen zwischen stärkerer Selbstsicherheit im Sinne der eigenen nationalen Identität und größter Behutsamkeit gegenüber Moskau, diese Identität nicht so weit zu treiben, daß sie wieder stärker an die sowjetische Kandare genommen werden.

In dieser Hinsicht halte ich einen Ausspruch wie den von Herrn Weinberger für äußerst fatal. Jaruzelski sei nichts anderes als ein Russe in polnischer Uniform. Hier wird das Dilemma deutlich, dem wir uns gegenübersehen. Wenn wir so reden, betrachten wir die osteuropäischen Länder bequemerweise immer noch als reine Satelliten der Sowjetunion. Dann fällt es uns natürlich schwer, die Unterschiede zu erkennen, die gerade bei Jaruzelski nicht übersehen werden dürfen. Je mehr wir die osteuropäischen Länder als europäische Staaten und nicht nur als Satelliten Moskaus anerkennen, um so mehr können wir von ihnen fordern. Das gilt insbesondere gegenüber der DDR.

Auch wir in Westeuropa müssen einen Gratweg beschreiten. Auf der einen Seite müssen wir die Probleme der Führung in den osteuropäischen Ländern durchaus respektieren. Auf der anderen Seite kommt es aber darauf an, weiter auf eine Veränderung in diesen Ländern zu drängen. Dabei wissen wir sehr wohl, daß das Schrittmaß der Veränderung in Osteuropa nach wie vor von Moskau bestimmt wird.

Graf Ferraris

Herr Gasteyger, offenbar sehen Sie in einer historischen Perspektive die Spaltung Europas als einen vorübergehenden Zustand an. Sie machen zu Recht auf ein Problem aufmerksam: Je "europäischer" sich die Staaten Europas verstehen, desto größer ist die Gefahr, daß die Veränderung des Status quo als ein Entstabilisierungsfaktor wirkt. Es ist sicher schwer, Vertrauen herzustellen, wenn auf der anderen Seite der Eindruck besteht, das, was wir eigentlich wollen, sei eine Unterminderung ihres Systems.

Gasteyger

Ich sprach von einem Gratweg; auf ihm die richtige Balance zwischen dem gerade noch Möglichen und dem nicht mehr Machbaren zu halten, ist sehr schwer.

Freiherr von Weizsäcker

Es wurde zu Recht gesagt, wir dürfen den Menschen in Polen, in der DDR und in anderen Ländern Osteuropas nicht die Hoffnung nehmen. Wir sollten uns aber darüber im klaren sein, was dieses dann für Hoffnungen sind, wodurch wir sie bestärken, durch welche Handlungen oder Haltungen wir sie möglicherweise gefährden.

Dazu möchte ich einige Bemerkungen machen, und zwar vornehmlich aus der Sicht der Bundesrepublik. Es wurde hier ja gemeint: Wenn die Deutschen nicht mehr von der deutschen, sondern nur noch von der europäischen Teilung sprechen, lösen sie damit nicht nur Freude, sondern mitunter sogar Verdächte aus.

Natürlich dürfen wir nicht eine Politik betreiben, die das Bündnis, in dem wir stehen, gefährdet. Das wäre auch gar nicht im Interesse der Menschen in Osteuropa. Denn bei dem Bündnis geht es nicht allein und nicht einmal primär um die militärischen und strategischen Fragen, sondern vor allem um die Fundamente, auf denen die Bündnismitglieder stehen. Diese Fundamente ihrerseits sind im Grunde nichts anderes als Ziele in bezug auf freie Lebensführung und Menschenwürde, die auch für die Menschen in Osteuropa den Kern ihrer Hoffnung ausmachen.

Zu den Hoffnungen der Menschen in Osteuropa gehört ferner unsere Vitalität in Westeuropa. Wenn wir ein müder Haufen von Leuten sind, die mit ihren eigenen Problemen nicht mehr fertig werden, dann hat das, zumindest mittelbar, auch seine Auswirkungen auf die Hoffnungen der Menschen in Osteuropa. Die Art und Weise, wie wir die Probleme in unserer eigenen Gesellschaft, in unserer Innenpolitik, bewältigen, ist auch ein Ausweis für unsere Vitalität und Geisteshaltung, und dies sagt sehr viel über unsere Handlungsfähigkeit in den Ost-West-Beziehungen aus. Das wird sehr sorgfältig beobachtet.

Wenn wir zum Beispiel nicht recht wissen, wie wir mit unserer Arbeitslosigkeit fertig werden sollen; wenn es uns in Europa an der Mobilität fehlt, die anscheinend in Amerika vorhanden ist; wenn die Menschen bei uns nicht bereit und in der Lage sind, entweder umzulernen oder umzuziehen; wenn unsere Organisationen, etwa die Tarifpartner, Positionen verteidigen, die im Zuge eines langfristigen Strukturwandels eigentlich nicht zu verteidigen sind; wenn unsere Gesetze in erster Linie dem Zweck dienen, einmal errungene Besitzstände zu verteidigen, nicht aber, uns auf Flexibilität und Mobilität einzustellen, wie sie zur Modernisierung in der technischen Welt gehörten - dann hat dies alles natürlich negative Auswirkungen auf die Vitalität, und der Rückgang an Vitalität wirkt sich seinerseits negativ auf die Anziehungskraft und Handlungsstärke aus, die wir im Ost-West-Verhältnis in Europa brauchen.

Wir Deutsche müssen uns, so meine ich, immer wieder fragen, was unser Ziel der Einheit in Wahrheit bedeuten kann. Es bedeutet zunächst einmal für uns, daß wir in unserem Sprachgebrauch und in unserer politischen Strategie in erster Linie vor den Hoffnungen der Menschen drüben bestehen müssen und nicht nur vor den Zielen, die wir uns selbst seit 35 Jahren gesetzt haben.

Diese Hoffnungen sind, wenn ich das richtig sehe, für die Menschen in der DDR in erster Linie auf eine Lockerung des derzeitigen Systems in Osteuropa gerichtet. Sie erhoffen sich eine Lösung, welche ihnen einen gewissen Spielraum, das heißt etwas mehr Selbständigkeit, auch nach außen, einräumt. Dabei geht es nicht nur um Fragen, wie zum Beispiel die Teilnahme an den Olympischen Spielen, obwohl auch solche Dinge viel bedeuten.

Die Deutschen in der DDR haben - bei aller Kritik an der SED - nichts dagegen, daß Herr Honecker seine eigene Reputation durch Besuche, Kontakte und die Wahrnehmung eines Handlungsspielraums in der Welt ein wenig erweitert. Im Gegenteil. Deswegen müssen wir auch bereit sein, mit Honecker oder mit der SED, kurzum mit den Repräsentanten des Systems von drüben zu sprechen. Wir dürfen nicht etwa glauben, daß der eigentliche Dienst an der Freiheit des Menschen darin besteht, daß man mit niemandem spricht, der diese Freiheit unterdrückt.

Das ist ein altes, aber schwieriges Problem für uns. Über die Tatsache, daß man mit bestimmten Leuten sprechen muß, kann man sich gegen eigene Skrupel vor allem dadurch hinwegtrösten, daß man von den freiheitsliebenden Menschen in der DDR immer wieder mit allem Nachdruck aufgefordert wird, solche Gespräche zu führen.

Aus alledem folgt gewiß nicht, daß wir mit diesen Hinweisen, die Menschen in der DDR seien in erster Linie an einer Lockerung des Systems interessiert, an mehr Freiheit also, und nicht vordringlich an der Frage der staatlichen Einheit, daß wir dadurch die Sowjetunion bereit machen, diesen Wünschen nach Freiheit auch zu entsprechen.

Insofern ist die Fragestellung von Herrn Mertes völlig berechtigt: Wie ist es langfristig möglich, bei der Sowjetunion Interesse an einer Entwicklung zu wecken, die solchen Zielen, wie ich sie eben beschrieben habe, entgegenkommt? Dieses Interesse bei der Sowjetunion zu wecken, dafür wird es sicher nicht nur eines politisch-diplomatischen Einflußversuchs bedürfen, sondern die Sowjetunion muß schon selbst zu der Erkenntnis kommen, daß der Weg, den sie bisher gegangen ist, für sie auf die Dauer zu teuer, zu schwierig oder aus anderen Gründen nicht aufrechtzuerhalten ist. Ohne dieses Interesse zu wecken, werden wir einen solchen Weg nicht gehen können.

Wenn ich mich jetzt speziell auf das Verhältnis der beiden deutschen Staaten beschränkt habe, dann ist mir vollkommen klar, daß sich solche Überlegungen nur in einem europäischen Rahmen umsetzen lassen.

Bertram

In Amerika taucht in den Gesprächen über das Ost-West-Verhältnis jetzt plötzlich das Schlagwort vom double containment auf. Damit ist gemeint: Wir müssen die Sowjets nicht nur in ihrer außenpolitischen Expansion eindämmen, sondern auch eine aktivere Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten betreiben, um der Sowjetunion in ihrem eigenen Imperium auf die Haut zu rücken.

Ich habe bei uns manchmal den Verdacht, daß die merkwürdig nebelhafte Revisionismusdebatte, die in der Bundesrepublik von seilen der Union über das Verhältnis zu Osteuropa, über die Ost-Verträge, über das deutsch-deutsche Verhältnis ausgelöst worden ist, zum Teil von ähnlichen Gedanken gespeist wird: "Warum sollen wir noch den Status quo hinnehmen, wo doch möglicherweise die Zeit für uns arbeitet? Deshalb brauchen wir nicht mehr, wie noch zu Zeiten der sozial-liberalen Regierungen, so zu tun, als ob wir den Status quo akzeptieren müßten."

Ich sehe zwei große Gefahren in dieser Entwicklung. Einmal eine Gefahr für Osteuropa. Unsere Erfahrung zeigt: Wenn wir versuchen wollten, die sowjetische Herrschaft in Osteuropa zu untergraben, leiden nicht die Sowjets darunter, sondern die Osteuropäer. Diese Erfahrung ist lang und bedrückend für uns alle gewesen. Zum anderen sehe ich eine große Gefahr für die Bundesrepublik. Denn es ist eines, ob die Amerikaner von einer Revision des europäischen Status quo reden, und es ist ein ganz anderes, wenn die Deutschen anfangen so zu tun, als ob dies als Teil eines politischen Zieles für sie sinnvoll und erreichbar wäre.

Herr Udgaard hat die Rolle der Bundesrepublik positiv formuliert, indem er sagte: Wir würden es begrüßen, wenn das Gewicht der Bundesrepublik im westeuropäischen Konzert der Ostpolitik nicht geschwächt, sondern gestärkt wird. Deswegen hat er sich für die Formalisierung des Status quo ausgesprochen.

Man kann es auch negativ ausdrücken: Wir laufen Gefahr, uns in unseren Beziehungen nach Westen und nach Osten zu isolieren, wenn wir weiterhin so tun, als ob die Ost-Verträge zwar zu beachten sind, aber das letzte Wort damit noch nicht gesprochen ist. Wir laufen mit einer solchen Haltung Gefahr insbesondere in einem Jahr, in dem der 40. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reiches in der Sowjetunion mit großem Aufwand gefeiert werden wird und unser Bundeskanzler zu Schlesiertreffen und ähnlichen Veranstaltungen geht. Das wird uns eines nicht allzu fernen Tages als eine Schlappe für die deutsche Politik erscheinen, gerade für unser Bemühen, Wandlungen in Osteuropa langsam auf den Weg zu bringen, nach dem Motto: Immer daran denken, aber nicht davon reden. Im Augenblick ist die bundesdeutsche Diskussion dadurch bestimmt, daß viel davon geredet, aber wenig darüber nachgedacht wird.

Mertes

Sie sprechen von einer nebelhaften Debatte über den Revisionismus, Herr Bertram. Ich gebe Ihnen recht, soweit es dabei um die Frage der Oder-Neiße-Linie geht. Hier wird von einigen Kräften in der Bundesrepublik der Eindruck erweckt, als ob der Friedensvertragsvorbehalt, der ja eine Siegerinstitution ist, an der die Westmächte festhalten und die nicht von der Bundesrepublik Deutschland erfunden wurde, bedeute, daß irgend jemand unter unseren westlichen Verbündeten diese Grenze noch einmal ändern wolle. Über die Oder-Neiße-Grenze will ich aber jetzt nicht sprechen.

Was jedoch den Kern Ihrer Frage angeht, Herr Bertram, so sehe ich das wirklich anders als Sie. Wir stellen fest, daß die DDR-Führung in immer stärkerem Maße ihre Sicht der deutschen Nation, der nationalen Interessen artikuliert. Das geschah insbesondere im Zusammenhang mit der Nachrüstungsfrage. Sie alle wissen, daß man sich drüben bemüht, in der jüngeren Generation ein Bewußtsein zu schaffen, das die DDR als Erben des humanistischen Deutschland begreift.

Hinzu kommt, daß in der Bundesrepublik das Wiedererwachen eines bestimmten pseudo-nationalen Selbstbewußtseins festzustellen ist, das ich für gefährlich halte, und zwar im links- wie im rechtsextremen politischen Spektrum. Man sollte nicht vergessen, daß auch die NPD gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen war.

In dieser Situation muß die ältere Generation gegenüber der jüngeren deutlich sagen, worum es in der deutschen nationalen Frage langfristig geht. Wir sollten stets unterscheiden zwischen dem, was kurzfristig, und dem, was in der längeren Perspektive möglich ist. Wir, die wir nach 1945 die Chance erhielten, frei zu wählen und in einer Demokratie zu leben, haben uns nicht für die Geographie des Westens, sondern für die Werte des Westens entschieden. Diese endgültige Bindung an den Westen geschah aus der Erkenntnis, daß es kein einziges deutsches nationales Interesse gibt, uns noch einmal von Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Menschenrechten zu trennen. Als Demokrat und als Christ beantworte ich also die Frage: Darf die Teilung Deutschlands und Europas das letzte Wort sein? mit einem klaren Nein. Aber ich muß dabei zwischen kurzfristig und langfristig unterscheiden.

Ich bin der Meinung - und daher halte ich eine gewisse Revitalisierung der deutschen Frage für richtig und im Interesse des Westens liegend;- , daß wir dem Westen gegenüber noch einmal klarmachen: tua res agi tur. Es geht eigentlich um dein Interesse, daß in der nachwachsenden deutschen Generation nicht der Eindruck entsteht, der Westen bedauere es geradezu, daß auch die Deutschen in der DDR freie Menschen sein wollen, die Anspruch auf persönliche Menschenrechte, nationale Selbstbestimmung und rechtsstaatliche Demokratie haben, und daß wir solidarisch zu diesen sein wollen. Deshalb halte ich es für richtig, daß der Bundeskanzler in Moskau und auch bei vielen anderen Gelegenheiten betont hat, selbstverständlich sei die deutsche Frage offen. Die deutsche Frage ist so lange offen, wie die innerdeutsche Grenze geschlossen ist - oder, um es mit den Worten eines Berliner Politikers zu sagen: Die deutsche Frage ist offen, solange das Brandenburger Tor zu ist. Das bedeutet keine Infragestellung der Grenze, sondern eine Frage nach dem Inhalt des politischen Systems.

Natürlich sieht die Sowjetunion erfahrungsgemäß in allem, was in Richtung Auflockerung geht, den Beginn einer Destabilisierung und einer Gefährdung ihrer politischen Sicherheit. Wir kommen aber nicht darum herum, die Sowjetunion mit dieser grundsätzlichen Forderung zu konfrontieren. Ich habe großen Respekt vor dem polnischen Volk; ich will nicht sagen, daß die Bevölkerung in der DDR den gleichen Weg gehen sollte. Aber wenn wir immer nur fragen: Was ist für die Sowjetunion von ihrem elementaren Interessenverständnis her noch akzeptabel, dann verurteilen wir uns zur Inaktivität.

Bertram

Wieweit schaden wir den eigenen Intentionen, wenn wir die Sowjetunion pausenlos aufschrecken?

Mertes

Ich bin nicht dafür, sie pausenlos aufzuschrecken. Ich kenne mich recht gut mit den Russen aus; ich habe 1963-66 zweieinhalb Jahre in der Sowjetunion gelebt. Wenn die Deutschen sagen würden: Wir verzichten endgültig auf die Wiedervereinigung Deutschlands, würden uns das die Sowjets nicht glauben. Sie würden das vielmehr als einen Akt besonderer Raffinesse und Heimtücke ansehen.

Für die Russen ist es eine bare Selbstverständlichkeit, daß die Deutschen sich als eine Nation fühlen. Natürlich wollen wir den gegenwärtigen Zustand in keiner Weise durch Anwendung von Gewalt verändern. Insofern ist der Gewaltverzicht, den wir mehrfach verbindlich ausgesprochen haben, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Denn er besagt eben, daß es nur einvernehmliche Regelungen geben kann, einvernehmlich auch mit der Sowjetunion.

Aber wir dürfen die deutsche Frage, verstehen Sie mich bitte richtig, nicht einschlafen lassen. Wir müssen den Anspruch unseres Volkes auf Zusammengehörigkeit, in diesem Sinne auch: auf Einheit, wie immer sie organisatorisch aussehen mag, aufrechterhalten. Das liegt auch im Interesse der westlichen Demokratien. Ich möchte verhindern, daß am linken und rechten Flügel in Deutschland im Laufe der 80er und 90er Jahre ein Nationalismus entsteht, der uns vom Westen ablöst, und von dem ich mir dann vielleicht vorwerfen lassen muß, daß ich es nicht einmal mehr gewagt habe, die

elementarsten Dinge zu sagen, daß nämlich alle Deutschen einen Anspruch auf persönliche Menschenrechte und nationale Selbstbestimmung haben.

Ich wiederhole aber mit Nachdruck: Für mich ist die deutsche Frage keine Grenz- und keine Territorialfrage. Deshalb bin ich über die gegenwärtige Oder-Neiße-Diskussion sehr unglücklich. Für mich geht es allein um die Frage der persönlichen Menschenrechte und der nationalen Selbstbestimmung.

Schmidt

Wenn es zu einer Wiedergeburt des deutschen Nationalismus kommt, wird er in der Gestalt eines neutralistischen Nationalismus auftreten. Deswegen haben Sie völlig recht, wenn Sie von der Gefahr sprechen, die sich dann für Europa insgesamt ergibt.

Mertes

Genau das sehe ich, Herr Schmidt. Der Neutralismus-Gedanke wird auf dem äußersten rechten wie auf dem äußersten linken Flügel vertreten. Es ist heute schon sehr schwer, jungen Menschen etwa die Rechtslage Berlins zu erläutern. Warum gibt es dort noch Besatzungsmächte?

In der deutschen Frage, da stimme ich Herrn von Weizsäcker voll zu, müssen wir unterscheiden zwischen dem, was in der voraussehbaren Zukunft getan werden muß, und dem, was langfristig möglich sein kann. Wir denken in Europa, das haben wir von Amerikanern übernommen, heute zu kurzfristig. Viele Amerikaner denken zu sehr in den Kategorien der "foreseeable future". Was darüber hinausgeht, existiert für sie nicht, ist uninteressant. Die Russen, auch die Polen denken langfristiger. Wir müssen lernen, diese längerfristige Perspektive in einer realistischen Weise im Auge zu behalten.

Der britische Außenminister Howe und der amerikanische Botschafter Burns haben vor kurzem in Berlin höchst bemerkenswerte Reden gehalten. Sie haben gesagt: Die Westmächte stünden in West-Berlin nicht nur, um die Freiheit der Deutschen dort zu schützen, sondern sie seien auch ein "reminder": sie erinnerten daran, daß die deutsche Frage noch offen ist. Die Präsenz der Westmächte in Berlin beruht auf der Tatsache, daß ein Deutschland den Krieg angefangen, ein Deutschland den Krieg verloren hat und mit diesem einen Deutschland eines Tages noch ein Friedensvertrag abgeschlossen werden muß. Wenn die Westmächte sich in Berlin als Sachwalter des ganzen deutschen Volkes und damit eines Deutschlands in engerem Sinne sehen, sollten wir das akzeptieren. Dazu gehört Österreich sicher nicht.

Die Sowjetunion sieht durch diese Forderung nach einem Friedensvertrag ihre Interessen tangiert; sie will jetzt alles endgültig machen. Die Westmächte stellen dagegen fest, daß der gegenwärtige Zustand nur ein vorläufiger sein kann. Die Sowjets haben bei den Berlin-Verhandlungen die Rechte der Westmächte neu zu definieren versucht, um ihnen den Besatzungscharakter zu nehmen. Die Westmächte sind darauf nicht eingegangen, sondern haben darauf bestanden, ihre Siegerrechte zu wahren, auch mit dem Ziel, ihre Präsenz im Sinne der Schutzfunktion zu fundieren.

Wie soll man dies übrigens jungen Menschen erklären, die das alles nicht miterlebt haben. Wir dürfen nicht vergessen: Der Jungwähler des Jahres 1987 ist 1969 geboren, also ein Jahr nach Prag. Für ihn liegen die Berlin-Krisen weit zurück. Die Schutzfunktion der Vereinigten Staaten in Berlin sagt ihm sehr wenig. Ich sehe hier ein schwieriges Generationenproblem, wie wir unsere Erfahrungen übermitteln können.

Ich warne um der Präsenz der Westmächte in Berlin willen davor, den Gedanken der staatlichen Einheit Deutschlands vorzeitig preiszugeben. Wir gefährden die Substanz der deutschen Frage, wenn wir den Gedanken der Einheit aufgeben, sonst geraten wir in der Bundesrepublik gegenüber der jüngeren Generation in sehr schwierige Gewässer.

Stehle

Das kleindeutsche Bismarck-Reich hat genau 75 Jahre existiert - im Unterschied zum tausendjährigen Deutschen Reich. Was eigentlich wollen wir wiederherstellen? Jene 75 Jahre noch, einmal um weitere 75 verlängern, oder die vergangenen tausend um weitere tausend?

Mertes

Herr Stehle, die Präsenz der Westmächte in Berlin ist eine ernste Sache. Darüber hat es schwere politische Krisen gegeben. Die Sowjetunion möchte diese Präsenz beseitigen. Die westlichen Alliierten sind dort, weil sie Siegermächte über ganz Deutschland sind. Bei den Ostverträgen haben die

Westmächte, wie Sie wissen, bei der Oder-Neiße-Frage interveniert und festgestellt, daß dies nicht eine Angelegenheit sei, die von den Deutschen geregelt werden kann. Sie wollten die Rechtsgrundlagen ihrer Präsenz nicht gefährdet sehen. Zu diesen Rechtsgrundlagen gehört ganz wesentlich der Friedensvertragsvorbehalt für Deutschland als Ganzes. Der Fehler, den einige der Vertriebenen-Kollegen begehen, ist nur zu meinen, diese Haltung der Westmächte bedeute einen Änderungswillen. Den bedeutet sie mit Sicherheit nicht.

Stürmer

"Die deutsche Frage ist offen, solange das Brandenburger Tor zu ist." Das ist ein sehr einleuchtender Satz für Deutsche, insbesondere für Berliner. Aus europäischer Sicht aber ist die deutsche Frage nicht erst ein Problem, seitdem Deutschland geteilt ist. In gewisser Weise ist die Teilung eine Antwort auf das Problem, auf die Herausforderung, die im deutschen Nationalstaat lag, als es ihn noch nicht gab, und noch mehr, als es ihn gab. Wenn Deutschland eines Tages einmal weniger geteilt sein sollte als heute wie immer es dann aussieht;- , wird es trotzdem noch eine deutsche Frage geben, weil die Deutschen eine Reihe von Problemen mit sich bringen.

Die Deutschen sind eine große Nation - 80 Millionen in der Mitte Europas. Wer kann garantieren, wie die nächste Generation denken wird? Herr Mertes hat zu Recht seine Besorgnis geäußert. Es sind Bewegungen im Gange, die schwer einzuschätzen sind und die man nicht ignorieren darf, sondern lenken muß. Wer kann denn so genau wissen, wohin die Dinge sich entwickeln? Es gibt ein, wie ich finde, berechtigtes europäisches Bedürfnis zu wissen, wohin Deutschland geht, und zwar nicht nur die Bundesrepublik, sondern ein künftiges wie auch immer verändertes Deutschland.

Die eigentliche Frage, die wir in verschiedenen Dimensionen betrachtet haben, ist: Wie kann man die Spaltung Europas überwinden? Dabei weist der Begriff "Überwinden" im Deutschen merkwürdige Ambivalenzen auf. Es kann sowohl "leichter machen" als auch "beseitigen" bedeuten. Für unsere gegenwärtige Deutschlandpolitik ist es durchaus problematisch, daß nicht immer sehr klar ist, was wir meinen, wenn wir von Überwindung der Spaltung sprechen. Zunächst einmal wollen wir erreichen, daß die Spaltung nicht mehr so unerträglich für die Menschen ist.

Zur Überwindung der Spaltung Europas gehört zentral die deutsche Frage - sowohl aus deutscher wie aus europäischer Sicht. Nur wenn diese Frage entschärft und in Europa eingebunden wird, können wir weiterkommen. Denn sonst könnten alle unsere Nachbarn im Osten wie im Westen der Meinung sein, daß der Status quo, so schlecht er auch sein mag, doch unbekanntem Übeln vorzuziehen sei. Das ist eine sehr menschliche Reaktion. Wenn wir deshalb davon sprechen, den Mythos von Jalta, die Spaltung Europas zu überwinden, müssen wir die verschiedenen Dimensionen zusammendenken; es reicht dann nicht aus, nur eine Dimension zu berücksichtigen.

Die Deutschlandpolitik, wie wir sie gegenwärtig verstehen, muß sehr realistisch weitergeführt werden. Sie wird nicht umhinkommen, auch dem Regime drüben alle möglichen Zugeständnisse zu machen, die seiner Legitimität zugute kommen. Das ist nicht zu ändern. Entscheidend aber ist, daß diese Deutschlandpolitik eingebettet wird in eine westeuropäische Osteuropapolitik. Dafür sind wir die geborenen "prime agents". Daß wir uns für die Deutschen im Osten mehr verantwortlich fühlen als Franzosen und Italiener, ist natürlich. Das müssen auch Franzosen und Italiener verstehen.

Bertram

Ist es denkbar, eine westeuropäische Ostpolitik zu entwickeln, die auf einer Deutschlandpolitik aufbaut, welche eine nationale Wiedervereinigungskomponente hat?

Stürmer

Schwerlich. Deshalb muß die nationale Wiedervereinigungskomponente gründlich durchdacht und im Blick auf das größere Europa relativiert werden. Die Einheit definiert sich nicht durch die Grenzen, sondern durch die Freiheit, die sie konstituiert im Sinne des klassischen europäischen Nationenbegriffs.

Losgelöst vom europäischen und globalen Bedingungsrahmen scheint mir die Frage einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, um es ungeschützt zu sagen, eine historisch falsche Frage zu sein. Sie bringt uns nicht weiter. Unser nationaler Egoismus, wenn wir ihm denn nachgeben, muß ein europäisch aufgeklärter Egoismus sein - über Egoismus als solchen zu diskutieren, hat keinen Sinn; er ist Teil der menschlichen Natur.

Altmann

"Aufgeklärter Egoismus"? Das ist eine ganz neue Vokabel. Sie kann uns nur beunruhigen. Was soll man sich denn darunter vorstellen? Wenn mir jemand etwas wegnimmt und dabei erklärt, er sei aber ein aufgeklärter Dieb - was soll man davon halten? Das ist *laterna magica*; solche Bilder machen mich nervös.

Stürmer

Wenn der Begriff Sie beunruhigt, Herr Altmann, nehme ich ihn zurück. Ich will damit nur sagen: Niemand kann von den Deutschen erwarten, daß sie sich mit dem gegenwärtigen Zustand auf alle Zeit abfinden. Die jetzige Generation mag sich so verhalten - die nächste wird es wohl nicht tun. Deshalb darf man das Problem nicht auf dieser nationalen Ebene lassen, sondern muß es europäisch, westeuropäisch durchdenken und verankern.

Daraus ergeben sich einige Schlußfolgerungen. Erstens: Die polnische Westgrenze kann nicht zur Disposition stehen. Sie unterliegt zwar einem Friedensvertragsvorbehalt, das ist aber eine ganz andere Frage, die mit der deutschen Frage eng zusammenhängt. Wer an diese Grenze rührt, kann es aufgeben, in den Osten Europas verändernd hineinwirken zu wollen.

Zweitens: Aus der europäischen Sicht der deutschen Frage ist es wichtig, die Bundesrepublik und ihr Potential in Westeuropa einzubinden. Dafür ist die enge deutsch-französische Zusammenarbeit, auch und gerade im militärischen Bereich, lebenswichtig. Die Nachkriegsordnung beruht auf einem "double containment". Das eine containment richtete sich gegen die Sowjetunion; das andere containment betraf die deutsche Unruhe. Nur wenn die deutsche Unruhe in Westeuropa wirklich eingebunden ist, stellt sie auch für Osteuropa kein so großes Problem mehr und keine solche Belastung dar. Nur dann wird man Überlegungen unterlassen, ob der Status quo nicht allen Veränderungen vorzuziehen sei. Man muß nicht nur in Frankreich, wo das schon weitgehend der Fall ist, sondern auch in England begreifen, daß hier eine langfristige europäische Friedensdimension Voraussetzung für mögliche Veränderungen ist. Das ist nicht immer so verstanden worden. Auch in unseren zwischenstaatlichen Beziehungen haben wir zum Teil die falsche Tagesordnung.

Drittens: Diese ganze Entwicklung kann nur in enger Anlehnung an die USA vor sich gehen. Wir müssen deutlich sehen, daß wir den Schutz der Amerikaner für lange Zeit brauchen werden. Auf der anderen Seite müssen wir damit rechnen, daß man sich in den USA immer wieder einmal fragen wird: Was tun wir eigentlich in Europa? Darauf werden wir stets von neuem Antwort geben müssen. An diesem Punkt kommt eine permanente Unruhe in die NATO hinein. Senator Sam Nunn wird seinen Antrag, die amerikanischen Truppen in Europa zu reduzieren, vielleicht nicht wiederholen, aber vom amerikanischen Budget her ergeben sich enorme Anforderungen, die wiederum den Europäern Schwierigkeiten bereiten werden.

Viertens: Man muß sich auch darüber klar sein, daß Veränderungen in Europa nur möglich sind, wenn die Sowjetunion diese nicht als Gefährdung ihrer existentiellen Sicherheitsinteressen ansieht. Das ist eine unübersteigbare Bedingung. Zweifellos wird die Diskussion in Amerika unter dem Stichwort "Ist die Sowjetunion ein *decaying empire*?" manchmal naiv geführt. Wir Europäer haben allerdings schmerzhaft Erfahrung mit Weltreichen im Verfall; in der Regel wird es dann hochgefährlich.

Schmidt

Und so etwas kann Jahrhunderte dauern, wie wir wissen.

Stürmer

Das kann sehr lange Zeit dauern. Wenn man nur daran denkt, daß die spanische Erbfolge das 17. Jahrhundert durchzog und die Ablösung des Osmanischen Reiches Europa vorn Ende des 18. Jahrhunderts bis 1914 beschäftigte. Wenn man so will, hat die Auflösung des britischen Empire die Katastrophen des 20. Jahrhunderts mitbestimmt. Solche Nachfolgeprobleme haben ungeheure Wirkungen, und die wenigsten sind berechenbar. Darauf zu setzen und dies für einen Gewinn zu halten, ist ahistorisch gedacht; es handelt sich dabei um Prozesse, die niemand unter Kontrolle halten kann.

Es gibt noch eine andere Dimension in diesem Zusammenhang. Die Sowjetunion weiß, daß sie zur Zeit, das wird in vielen Gesprächen und Äußerungen und sogar in Publikationen deutlich, vor einer Entwicklungsschwelle steht, die sie möglicherweise nur schaffen kann, wenn sie ihre soziale Struktur bewußt modernisiert. Wird der Westen das fördern? Wird er der Sowjetunion eine Art von Pause anbieten? Wird er dafür große politische Gegenleistungen fordern? Über all das haben wir noch nicht hinreichend nachgedacht.

Fünftens: Alle diese Entwicklungen müssen abgesichert werden durch einen ernsthaften Arms-Control-Prozeß, keineswegs nur im Sinne von freeze. Erst dann kann man wirklich hoffen, daß wir die dynamischen Teile des Helsinki-Prozesses auch politisch nutzen können. Militärisch ist die Sowjetunion in Osteuropa zweifellos stark präsent. Aber geistig, im Sinne von: Wer bietet Lösungen für die Zukunft der Industriegesellschaften an, da ist die Sowjetunion ohne großen Einfluß. Sie hat kein Modell, ist kein Vorbild, bietet keine Führung. In dieser Hinsicht hat Westeuropa immer die stärkere Anziehungskraft. Auch der Bundesrepublik kommt hier eine große Verantwortung zu; sie ist traditionell, im guten wie im bösen Sinne, der Partner Osteuropas.

Osteuropa wird auch in absehbarer Zukunft nach Westen blicken. Das kann man nutzen und in den Fortgang des Helsinki-Prozesses einbauen. Hier liegen auch Möglichkeiten, kulturell nach Osten hineinzuwirken. Dies wäre die Basis für eine europäische Ostpolitik, in der die Deutschen eine wesentliche Rolle, wenn nicht eine Schlüsselrolle zu spielen haben. Eine solche europäische Ostpolitik hätte mehr Aussicht, eine neue Qualität der Beziehungen herzustellen, als die notwendigerweise in ihrem Aktionsradius begrenzte Deutschlandpolitik, die wir betreiben und die prinzipielle Auswirkungen kaum erlaubt.

Eine europäische Ostpolitik hätte auch den Vorteil, daß die DDR der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik nicht ausweichen kann, indem sie versucht, gewissermaßen um uns herum ihre Westpolitik zu betreiben. Damit sind allerdings auch sehr schmerzliche Entscheidungen auf unserer Seite verbunden. Mit wem wollen wir verhandeln? Wieviel Legitimitätsvorgabe wollen und können wir gewähren? Kurzum: Dieser Komplexität müssen wir eingedenk sein, wenn wir darüber nachdenken, wie wir die Spaltung überwinden wollen.

Froment-Meurice

Wir nähern uns in dieser Diskussion der Frage der europäischen Identität von zwei Seiten. Die eine Seite ist das Problem der westeuropäischen Integration; die andere bezieht sich auf die Frage, wie die Spaltung Europas durch eine bessere Zusammenarbeit zwischen Ost und West zu überwinden ist.

Aus der Geschichte der letzten vierzig Jahre können wir einige Schlußfolgerungen ziehen. So war zu bestimmten Zeiten die Bemühung um eine westeuropäische Integration stärker, weil offenbar keine Aussicht auf gute Ost-West-Beziehungen bestand. Dies war der Fall in den Jahren des kalten Krieges. Zu anderen Zeiten dagegen haben wir die europäische Integration nahezu vergessen, weil die Ost-West-Beziehungen sich verbessert hatten.

Die beste Politik ist, Herr Schmidt hat daran erinnert, eine Art Doppel-Strategie, indem man versucht, beide Ansätze miteinander zu verbinden. Das erfordert allerdings einen politischen Willen unserer Staatsmänner, wie er in den 70er Jahren zeitweise durchaus vorhanden war. Damals ist es gelungen, eine recht positive Ost-West-Politik mit einer starken westeuropäischen Integration zu vereinbaren.

In der gegenwärtigen Situation scheinen wir mehr oder weniger blockiert zu sein. Auf dem Gebiet der westeuropäischen Integration kommen wir kaum vorwärts, und auch die Ost-West-Beziehungen entwickeln sich nicht weiter. Aus dieser Situation können wir meiner Ansicht nach nur herauskommen, wenn wir uns von neuem um eine dynamische Politik an beiden Fronten bemühen. Dies ist natürlich leichter gesagt als getan.

Diese Überlegung möchte ich mit der deutschen Frage verknüpfen; denn es wird mehr und mehr klar, daß Deutschland genau im Schnittpunkt beider Probleme liegt. Die deutsche Frage beherrscht auch die europäische Szene wieder mehr als je zuvor.

Das deutsche Problem muß von beiden Seiten aus betrachtet werden: Können wir mit Deutschland auf dem Wege zu mehr westeuropäischer Integration vorangehen? Wir hoffen es und sind eigentlich sicher, daß es möglich ist - aber wie weit werden wir dabei kommen? Andererseits: Kann Deutschland auf dem Wege zu mehr - Einheit würde ich nicht sagen, vielleicht Wiederherstellung seiner nationalen Identität gelangen? Hier treffen sich beide Problemkreise. Vermutlich werden wir in den 80er oder 90er Jahren damit konfrontiert werden. Es wird dann in der Verantwortung unserer deutschen Freunde liegen, auf beide Fragen eine Antwort zu geben. Sie befinden sich in einer sehr kritischen Situation, und wir sollten Verständnis und Mitverantwortung dafür zeigen.

Ich meine, wir Franzosen haben in den letzten vierzig Jahren die deutsche Frage nicht immer richtig verstanden und da auch einige Fehler gemacht. Aber heute könnten wir unsere Grundeinstellung ändern und ganz klar zum Ausdruck bringen, daß wir uns für das deutsche Problem mitverantwortlich fühlen. Wir haben den Eindruck, daß gegenwärtig etwas in Deutschland vorgeht, das für die Zukunft Europas und für uns alle äußerst wichtig ist.

Es ist völlig normal, daß die Deutschen heute wieder versuchen, ihre Zukunft im Hinblick auf eine Art von Einheit zu sehen. Die Teilung Deutschlands ist für sie jedenfalls nicht endgültig.

Wir Franzosen haben für mein Empfinden bei vielen Gelegenheiten den Eindruck vermittelt, daß für uns die deutsche Teilung besser ist als irgend etwas anderes.

Wie sehen die Russen Europa? Die Sowjets hegen offenbar immer noch die Hoffnung, Franzosen und Deutsche in der Kernfrage des nationalen deutschen Problems auseinanderdividieren zu können. Sie spielen immer mit der Hoffnung, daß die Franzosen auf dieses Problem einer möglichen deutschen Wiedervereinigung empfindlich reagieren werden. Sie möchten die Franzosen in ihre Ecke manövrieren, indem sie ihnen mit einer möglichen deutschen Einheit Furcht einflößen. Wenn die Franzosen auf dieses Lied zu sehr hören, sind wir alle zusammen verloren. Deshalb ist es absolut lebenswichtig für uns Franzosen, mehr als je zuvor die deutsche Frage in unser politisches Konzept für die Zukunft Europas mit einzubeziehen.

Auf der anderen Seite ist es aber ebenso wichtig für unsere deutschen Freunde, wirklich zu verstehen, daß sie das deutsche Problem in ein umfassendes europäisches Konzept einbauen müssen. Eine Lösung des deutschen Problems gibt es nicht ohne einen breiteren Ansatz, eine umfassendere Lösung des europäischen Problems. Ich halte es für lebenswichtig, daß Franzosen und Deutsche gemeinsam ein Konzept entwickeln für den Weg zu mehr deutscher und europäischer Einheit. Verzeihen Sie, wenn ich mich hier nur auf die Deutschen und Franzosen beschränkt habe, aber es ist eine historische Tatsache und von vitaler Bedeutung, daß Franzosen und Deutsche dabei zusammengehen.

Wenn den Sowjets wirklich klar wird, daß sie sich einer gemeinsamen deutsch-französischen Politik gegenübersehen, wird das der größte Beitrag sein, den wir leisten können, um die sowjetische Einstellung zu verändern. Solange dies nicht erreicht ist, werden die Sowjets immer wieder Hoffnungen, Vorurteile und Illusionen aufrechterhalten, und das kann uns alle zu völlig falschen Schlüssen führen.

Udgaard

Offenbar besteht hier weitgehend Einigkeit, daß die Hoffnungen der Osteuropäer ein Leitstern für unsere politischen Handlungen sein sollen. Dann kann man darüber diskutieren, wie diese Hoffnungen zu erfüllen sind.

Ich möchte in dem Zusammenhang noch einmal die bedeutende Rolle unterstreichen, die Deutschland im Ost-West-Verhältnis zukommt. Ich meine, man hat sich in der deutschen Politik eine zu große Bescheidenheit angewöhnt, die in einigen Fragen vielleicht gar nicht mehr so angebracht ist. Ich spreche nicht von irgendwelchen deutschen Alleingängen, aber die Deutschen sollten auf diesem Gebiet Vordenker sein, wie sie es ja eine Zeitlang gewesen sind. Niemand sonst kümmert sich wirklich um die Osteuropäer. Die Amerikaner tun es nicht; für die Engländer ist Osteuropa ein Exotikum; die Franzosen und die Italiener machen ein wenig, ohne daß es für sie ein so brennendes Problem ist wie für die Deutschen.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß mit den KSZE-Vereinbarungen ein Katalog von Aufgaben vorliegt, die bisher nicht operativ umgesetzt worden sind, auch nicht im ökonomischen Bereich. Das liegt nicht nur an den Sowjets. Man sollte diese Aufgaben konkretisieren, und da könnte Deutschland ebenfalls eine wichtige Rolle für Europa spielen.

Ein Beispiel, wie sich die Spaltung Europas für die Länder in Nordeuropa auswirkt. Finnland, Schweden und Norwegen hatten ihre kulturelle Blüte lange Zeit dem deutschen kulturellen Mutterboden zu verdanken. Vor drei Monaten war ich in Dresden und sah dort in der Galerie neuer Meister neben Caspar David Friedrich seine Schüler und nächsten Freunde wie J. C. Dahl. Sie waren Norweger, die die norwegische Malerschule gegründet haben. Andere waren in Düsseldorf. Henrik Ibsen hat jahrelang in Dresden gelebt und seine wichtigsten Impulse von dorther geholt. Zur selben Zeit hat Edvard Grieg viele Jahre lang am Konservatorium in Leipzig studiert. Die wenigen norwegischen Nobelpreisträger in den Naturwissenschaften kamen damals aus Leipzig und aus anderen deutschen Universitäten. Heute gehen die Besten statt dessen nach Stanford.

Schmidt

Vergessen Sie nicht die Wirkungen, die Edvard Munch und Knut Hamsun in Deutschland gehabt haben.

Udgaard

Munch hätte ich erwähnt; Hamsun hatte mit Deutschland erst im Dritten Reich zu tun; vorher war er in Amerika und ist von daher beeinflusst worden.

Alle diese wichtigen Einflüsse Deutschlands auf Nordeuropa sind durch die Spaltung reduziert worden.

Hassner

Herr von Weizsäcker sagte vorhin, unsere Richtschnur sollten die Hoffnungen der Osteuropäer sein. Ich meine, unsere Diskussion läßt sich auf drei simple Dilemmata reduzieren, die in allen Ausführungen zum Ausdruck kamen. Ich möchte die Akzente etwas anders setzen als Curt Gasteyer und Christoph Bertram, mehr so, wie es Herr Mertens getan hat.

Das erste Dilemma ist: Wir sind an den Bestrebungen der Osteuropäer interessiert, und die zielen vor allem auf Freiheit ab; anders ausgedrückt: sie wollen die Art von Menschenrechten erreichen, so wie sie beispielsweise in Österreich gelten. Wir müssen jedoch mit den Regierungen in Osteuropa umgehen, und wir wissen, daß deren Handlungsspielraum begrenzt ist. Deshalb müssen wir uns mit der Sowjetunion ins Benehmen setzen.

Wir befinden uns also in einer Situation, in der wir es immer mit drei Faktoren zu tun haben: mit der jeweiligen Gesellschaft, also den Menschen, dann den Regierungen dieser Länder und mit der Sowjetunion.

Zu der Gesellschaft haben wir keinen Zugang, außer vielleicht in einigen besonderen Fällen.

Ich erwähnte schon das Hilfsprogramm für die polnische Landwirtschaft. Wir müssen uns also mit den Regierungen einlassen, und wir können diese nicht von der Sowjetunion trennen. In dem Augenblick aber, wo wir mit den Regierungen und mit der Sowjetunion verkehren, macht es schon einen gewaltigen Unterschied, wie sich dies auf den Normalbürger, auf die Gesellschaft und auf den Fortschritt der Menschenrechte auswirkt. Dies ist ein wirkliches Dilemma, dem wir uns beispielsweise gegenüber sahen, als wir uns fragen mußten, wie wir auf die polnischen Ereignisse reagieren sollten.

Wir müssen also mit den Regierungen verkehren. Hierfür sind gute persönliche Kontakte wichtig. Sie können aber auch eine Gefahr darstellen, indem sie uns den Blick dafür verstellen, was sich in tieferen gesellschaftlichen Regionen zusammenbraut. Wir alle hatten solche Kontakte beispielsweise zu Generalsekretär Gierek, und wir wurden dann doch überrascht von "Solidarnosz". Ähnliches widerfuhr uns im Westen mit dem NATO-Doppelbeschluß. Wir meinten, eine vernünftige Entscheidung getroffen zu haben, und dann waren wir überrascht, was das in unserer Öffentlichkeit auslöste. Deshalb müssen wir immer alle drei Faktoren berücksichtigen.

Dieses Dilemma steht in engem Zusammenhang mit der Unterscheidung von kurzfristiger und langfristiger Perspektive. Selbstverständlich haben die Menschen, kurzfristig gesehen, ein Interesse an den politischen Kontakten ihrer Regierungen, um einen größeren Handlungsspielraum zu erhalten und dergleichen mehr.

Wenn wir aber eines Tages der Sowjetunion die Duldung einer Veränderung in Osteuropa abkaufen wollen - wobei ich in dieser Hinsicht skeptischer bin als Herr Mertens; -, so bedeutet dies, daß die gegenwärtige Situation für die Sowjetunion nicht zufriedenstellend sein darf. Wenn wir also keine Instabilität und Veränderungen in Osteuropa auslösen wollen und uns weiter so verhalten wie bisher, ungeachtet wie sich die Sowjetunion oder die Regierungen in Osteuropa verhalten, besteht für die Sowjetunion keinerlei Anreiz, grundlegende Veränderungen auch nur ins Auge zu fassen.

Aus diesem Grunde sehe ich ein Dilemma zwischen dem, was wir tun können, um den Gesellschaften unmittelbar zu helfen, und was wir tun müssen, um einen Wandel zu ermutigen. Entweder sehen wir das Ziel eines langfristigen Wandels als utopisch an und verkehren mit den Gesellschaften, den Staaten in Osteuropa und mit dem sowjetischen Imperium, so wie sie sind. Oder wir gehen davon aus, daß sich sozusagen auf lange Sicht automatisch ein struktureller Wandel einstellen wird allein durch vermehrte Kontakte zu den Regierungen und eine Ausweitung des Handels. Dies scheint mir aber eine Illusion zu sein. Oder wir balancieren auf einem sehr straff gespannten Seil. Das heißt, wir glauben zwar nicht daran, daß ein allmählich stattfindender Wandel eine Änderung des Standpunktes der Sowjetunion herbeiführen wird, aber wir wollen zugleich auch keine unverantwortlichen Handlungen ermutigen.

Das zweite Dilemma besteht in dem Widerspruch zwischen taktischem Vorgehen und die Wahrheit zu sagen. Ich selbst pflege die Formel von Christoph Bertram zu gebrauchen. Er sagte, in bezug auf die deutsche Frage gäbe es jene, die darüber sprechen, und jene, die nur daran denken und der Meinung sind, man sollte über die nationale Frage möglichst nicht reden. In gewisser Weise nehmen letztere

an, daß man den Status quo diskret ändern kann, indem man ihn anerkennt. Bis zu einem gewissen Grade ist das sicher richtig.

Wenn wir jedoch daran denken, was die Menschen in Osteuropa von uns erhoffen, dann erwarten sie auch, daß wir die Wahrheit sagen, die sie selbst nicht äußern können. Sie erwarten von uns, daß wir zu Grundsätzen stehen. Und ich bin so geschmacklos zu sagen, wenn ich an die Reaktionen der Polen nach dem 13. Dezember 1981 denke, daß sie die "unraffinierte" naive amerikanische Sprache, diesen schrecklichen Streifen "Laßt Polen Polen sein" von Reagan und diese undifferenzierten Erklärungen der Amerikaner unserem raffinierten, taktischen Verständnis der politischen Notwendigkeiten weitaus vorziehen. Das mag sich ändern; vielleicht vermögen sie auch ihre eigenen Interessen nicht sehr klar zu sehen, aber dies müssen wir in Betracht ziehen.

Das ist auch das Problem von Helsinki. Helsinki war auf seine Weise eine sehr gute Sache, zu der wir alle Lippenbekenntnisse abgegeben haben. Aber es beruhte zugleich auf Heuchelei. Die andere Seite gab vor, daß sie an unsere westlichen Prinzipien glaubte, und wir gaben vor, daß wir glaubten, daß sie daran glauben. Ich bin durchaus für Heuchelei, wenn es einigen Menschen hilft, reisen zu können, oder wenn es mit konkreten Verbesserungen verbunden ist. Wenn jedoch jene Menschen, die Komitees gegründet haben, um die Einhaltung der Prinzipien der HelsinkiSchlußakte zu überprüfen - die "Charta 77" zum Beispiel;- im Gefängnis sind, so ist das kein sehr gutes Zeichen für den KSZE-Prozeß.

Drittens gibt es ein Dilemma zwischen Sicherheit und Gesellschaft. Dies unterscheidet uns grundsätzlich von der Friedensbewegung und von Teilen des linken Flügels der SPD. Wir wollen beide das gleiche, nämlich die Teilung Europas überwinden. Aber viele Leute meinen, daß dies durch eine Änderung des Sicherheitssystems erreicht werden kann. Mit anderen Worten, wenn wir ein atomwaffenfreies Europa oder ein neutralisiertes Europa, oder ein neutralisiertes Mitteleuropa haben, werden wir alle zusammenfinden. Umgekehrt ist natürlich etwas daran, daß zum Beispiel der NATO-Doppelbeschluß eine weitere Militarisierung in Osteuropa zur Folge haben und damit den Handlungsspielraum der osteuropäischen Regierungen verringern kann.

Meine persönliche Auffassung ist jedoch - und das dürfte wohl für die meisten um diesen Tisch gelten;- daß, was die Sicherheit angeht, die allererste Forderung sein muß, das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und für die Sicherheit Westeuropas Sorge zu tragen. Gleichzeitig müssen wir auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet einen Prozeß in Gang bringen, der, wenn denn eines Tages dieser - vielleicht utopische - Wandel in den sowjetischen Verhaltensweisen stattfindet, zu einer Änderung des Sicherheitssystems führen kann. Damit jedoch zu beginnen, daß man sich dem Problem der Spaltung Europas über das Sicherheitssystem nähert, ist sehr gefährlich. Hier müssen unsere westlichen Prioritäten klar sein.

Hermes

Lassen Sie mich ein Wort zu den Hoffnungen sagen, die aus der osteuropäischen Region auf Westeuropa und den Westen gerichtet sein können. Es ist hier zwischen kleinen und großen Hoffnungen unterschieden worden. Es ist sicher realistisch zu sagen, daß die Hoffnungen, die auf kleine Schritte gerichtet sind, möglicherweise erfüllt werden können. Das heißt mehr Kommunikation, Tourismus, Begegnungen, also alles das, was im KSZE-Prozeß so positiv begonnen hat. Man muß aber auch zugeben: Wenn wir den Weg der kleinen Schritte und der Erfüllung der kleinen Hoffnung beschreiten, kann das bedeuten, daß dann in gewisser Weise die große Hoffnung ad acta gelegt, wenn nicht begraben wird. Auf jeden Fall wird sie auf eine weitere Zukunft verlegt und nicht mehr in die politische Aktivität einbezogen.

Insofern habe ich den Eindruck, daß das, was wir an kleinen Schritten zustande bringen können, der wirklichen Hoffnung in Osteuropa in keiner Weise gerecht wird. Diese Hoffnung ist auf die Überwindung der totalitären Regime gerichtet. Wenn wir dies zunächst als eine Hoffnung anerkennen, dann darf sich die Politik nicht mit der Antwort zufriedengeben, das sei eine Frage für das 21. Jahrhundert. Eine realistische Politik braucht auch eine Vision. Das bedeutet nicht, daß die Politik darauf gerichtet sein muß, die Regime im Osten zu destabilisieren.

Auf der anderen Seite müssen wir uns aber auch fragen, ob es unsere Aufgabe sein darf, zu einer Stabilisierung dieser Regime beizutragen, wenn das gleichzeitig dazu führt, daß die Menschenrechte und eine menschenwürdige Gesellschaft weiterhin verweigert werden. Hier liegt ein großes Dilemma, an dem wir nicht vorbeikommen. Wir können kleine Schritte machen, aber wir dürfen die großen Schritte nicht so weit aus den Augen verlieren, daß sie nur noch zu einer Zukunftsvision für das dritte Jahrtausend werden.

Graf Ferraris

Es ist mehrfach betont worden, daß auch die kleinen Schritte für den Osten gefährlich sein können, weil sie ein entstabilisierendes Element enthalten. Wenn das so ist, sollte man dann nicht besser gleich große Schritte machen? Um es provokativ zu sagen: Wenn ohnehin eine Revolution stattfinden soll, dann lieber gleich eine große und nicht erst eine kleine.

Carter

Unsere Diskussion hat bereits einige grundlegende Elemente für unsere Politik gegenüber Osteuropa deutlich gemacht, auf denen wir vielleicht aufbauen sollten.

Ich bin mit Herrn Hassner einig, daß es zunächst darauf ankommt, die Grundlage unserer Sicherheit, das militärische Gleichgewicht zu erhalten, wenn wir erfolgreich versuchen wollen, die Teilung zu überwinden. Wir sollten uns auch vergewissern, inwieweit sozusagen der Boden in Osteuropa für eine Bearbeitung bereitet ist, und uns fragen, wie wir dabei auf die beste Weise vorgehen können. In dieser Hinsicht sollten wir nicht übersehen, daß sich Osteuropa zur Zeit in einer Ungewissen, wenn nicht sogar instabilen Situation befindet.

Ich erinnere daran, daß drei Jahre und acht Monate nach dem Tode Stalins der Aufstand in Ungarn stattfand. Drei Jahre und zehn Monate nach dem Abgang von Chruschtschow entstanden die Probleme in der Tschechoslowakei. Mit anderen Worten, eine Zeit unklarer politischer Führung in der Sowjetunion, Ungewißheit über die Nachfolge und über die künftige Politik, die die Sowjetunion in den nächsten Jahren betreiben wird, ist immer eine Zeit der Unsicherheit, vielleicht sogar der Gefahr in Osteuropa.

Werfen wir einen Blick auf die Schwierigkeiten, denen sich die Sowjetunion im Umgang mit ihren osteuropäischen Partnern gegenüber sieht. Von Edmund Burke stammt das Wort, häufig gäbe es nur die Wahl zwischen dem, was unangenehm, und dem, was unerträglich sei.

Graf Ferraris

Eine optimistische Sicht.

Carter

Vielleicht keine optimistische, sondern eher eine realistische Betrachtungsweise, die das Dilemma, das sich für die Sowjetunion zur Zeit in Osteuropa stellt, gut charakterisiert.

Zumindest theoretisch hat die Sowjetunion drei Optionen, zwischen denen sie wählen kann.

Die erste besteht darin, daß sie Osteuropa einen größeren Freiheitsspielraum zugesteht, diese Länder also in gewisser Weise gehenläßt, damit die Sowjetunion sich auf die Lösung ihrer eigenen, sehr gravierenden internen Probleme konzentrieren und ihre Interessen in anderen Teilen der Welt, insbesondere in der dritten Welt, verfolgen kann. Dies ist sicher nicht der Weg, den die Russen beschreiten werden. In der Richtung sollten wir jedenfalls die wahrscheinliche Entwicklung in Osteuropa nicht annehmen.

Die zweite Möglichkeit wäre eine Rückkehr der Sowjetunion zur stalinistischen Repression, der Versuch, in Osteuropa Autarkie zu schaffen und eine Isolierung von der übrigen Welt zu erreichen. Auch das scheint mir keine realistische Option für die Sowjetunion zu sein, jetzt, wo gewissermaßen in Osteuropa der Konsumgeist aus der Flasche gelassen worden ist. Es dürfte für die Russen sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein, wenn sie noch einmal versuchen wollten, eine Art von Isolationismus zu verhängen. Die dadurch entstehenden Spannungen würden zweifellos zu einer viel größeren Instabilität führen.

Die dritte Option ist ein Kompromiß, wobei die Russen eine allmähliche und kontrollierte Reform in Osteuropa, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet zulassen könnten, in der Hoffnung, daß diese Länder dann imstande sind, sich selbst zu behaupten und weniger sowjetische Hilfe benötigen, ohne die Struktur der Einparteienherrschaft und eine aus sowjetischer Sicht stabile politische Situation zu gefährden. Dies ist möglicherweise die Option, die die Russen wählen werden. Und die schafft zweifellos große Möglichkeiten für eine phantasievolle und geschickte westliche Osteuropapolitik.

Was wir brauchen, um es in einem Wort zusammenzufassen, ist Realismus. Wir sollten uns um eine langfristige Politik bemühen, die konsistent vorbereitet und durchgeführt sein muß. Dies wird auf seiten aller westlichen Länder große Anstrengungen erfordern.

Lassen Sie mich einige Elemente einer solchen Politik des Westens gegenüber Osteuropa nennen. Erstens müssen wir uns klarmachen und auch akzeptieren, daß wir relativ wenig tun können, um die Entwicklung der Situation in Osteuropa direkt und in unserem Sinne positiv zu beeinflussen. Wir können nicht politische Modelle konstruieren und dann auf irgendeinen Knopf drücken und auf die Ergebnisse in Osteuropa warten. So ist die Situation nicht. Wir sollten vielmehr umsichtig und sozusagen verstohlen handeln, statt laut herauszuposauern, was wir wollen und was wir zu erreichen hoffen. Zu viel Aktivismus - das hat Herr Bertram deutlich gemacht kann kontraproduktiv sein. Das zeigt etwa die Rede von Vize-Präsident Bush in Wien letztes Jahr, als er die Rumänen und die Ungarn lobte. Er löste damit große Verärgerung und Unruhe aus, zumindest in Budapest.

Schmidt

Um es milde auszudrücken!

Carter

Ja. Das zweite Element betrifft die Art, wie wir unsere Wirtschaftspolitik gegenüber Osteuropa gestalten sollten. Eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche halte ich ebenfalls für kontraproduktiv.

Ich maße mir nicht an, in diesem Kreise die ökonomischen Aspekte der innerdeutschen Beziehungen zu kommentieren. Sie haben ihre eigene Logik und Berechtigung und weisen ihre beträchtlichen Erfolge auf. Aber im Hinblick auf unsere Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern sollten wir vorsichtig sein. So ist die Wirtschaftspolitik des Westens zum Beispiel gegenüber Polen in den letzten zehn Jahren in mancher Hinsicht unüberlegt gewesen. Mit den Krediten und finanziellen Hilfen, die wir Polen bis zum Jahre 1981 gewährt haben, hatten wir die Grenzen des Vernünftigen und wirtschaftlich Vertretbaren überschritten. Wir handelten dabei aus politischen Motiven und haben die Situation dadurch eher verschlechtert, statt sie zu verbessern, weil wir nicht rechtzeitig genug die Schwierigkeiten erkannten, in die Polen geriet bei dem Versuch, unsere Hilfe effektiv zu nutzen. Ähnlich haben wir nach 1981 durch eine Politik der wirtschaftlichen Sanktionen das untergraben, was wir vorher Gutes bewirkt hatten; wir haben Argwohn und Mißtrauen in der polnischen Führung erzeugt.

In unserer Wirtschaftspolitik gegenüber Osteuropa sollten wir in Zukunft streng darauf achten, was wirtschaftlich und finanziell sinnvoll ist, und nicht versuchen, die Wirtschaft als Mittel zu gebrauchen, um das dortige System zu lockern oder ihm Veränderungen aufzunötigen, die es selbst nicht vornehmen will.

Damit will ich nicht sagen, daß wir auf eine positive Entwicklung in Osteuropa nicht reagieren sollten. Wenn wir uns ein Land wie Ungarn anschauen, das wirtschaftliche Reformen in einer Weise betreibt, die wir akzeptieren und die nach unserer Auffassung zu einem effizienteren ökonomischen System führen werden, sollten wir darauf so weit wie möglich eingehen und mit ihnen kooperieren. Aber auch in dieser Hinsicht müssen wir vorsichtig sein.

Ein dritter Punkt. Ich bin der Meinung, daß die Frage der Rüstungskontrolle, obwohl sie zentral und lebenswichtig für die Ost-West-Beziehungen ist, nicht das gesamte Gewicht dieser Beziehungen tragen kann. Wir müssen ständig unsere Kontakte mit Osteuropa auszuweiten suchen, um in einen politischen Dialog einzutreten, der sehr offen sein kann. Ich denke nicht, daß der politische Dialog notwendigerweise Billigung oder Unterstützung für die Regime beziehungsweise die Politik, die sie verfolgen, bedeuten muß. Man kann sehr frei, kritisch und offen sprechen.

Es gibt natürlich viele andere Wege, wie sie bereits erwähnt worden sind, auf denen wir unsere Kontakte entwickeln können: menschliche, kulturelle und andere. In dieser Hinsicht hat Kardinal König zu Recht von einer Politik der kleinen Schritte gesprochen.

Wir sollten auch die Unterschiede in den osteuropäischen Ländern berücksichtigen. Alle diese Länder haben, obwohl sie eine gemeinsame Hoffnung auf mehr Freiheit teilen, sehr verschiedene nationale Traditionen und Interessen, sie weisen ethnische, kulturelle und religiöse Unterschiede auf und haben unterschiedliche politische Vergangenheiten. Dies alles sollten wir respektieren und zugleich jedes Land daraufhin untersuchen, in welchen Bereichen wir am aussichtsreichsten unsere Kontakte entwickeln können. Das wird in jedem Land anders sein.

Mit Rumänien zum Beispiel können wir einen politischen Dialog entwickeln. Ich will gar nicht die unerfreulichen Aspekte des rumänischen Regimes unter den Teppich kehren, was etwa die extreme Unterdrückung im Innern, die ökonomische Ineffizienz und den übertriebenen Ehrgeiz angeht. Aber die rumänische Außenpolitik wies zweifellos viele Elemente auf, die potentiell hilfreich und konstruktiv, nicht nur für den Westen, gewesen sind und auf die wir einen aktiven Dialog aufbauen sollten.

In Ungarn bestehen Möglichkeiten vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Tschechoslowakei bietet vielleicht zur Zeit weniger Möglichkeiten an. Der politische Dialog ist nicht besonders fruchtbar; ihre Wirtschaft verfährt nach streng zentralistischen Richtlinien und weist deshalb im Ergebnis beträchtliche Schwierigkeiten auf. Aber es gibt Ansätze, insbesondere auf kulturellem Gebiet. In den letzten Monaten wurde britischerseits eine Reihe kultureller Veranstaltungen in der Tschechoslowakei durchgeführt, die eine enorme Resonanz hatten. Ich glaube, viele Menschen wurden sich dabei der gemeinsamen Kultur und des gemeinsamen Erbes unseres Kontinents bewußt. Es gab viele positive Reaktionen.

Wir sollten somit jedes Land daraufhin untersuchen, auf welchen Gebieten wir konstruktive Beziehungen entwickeln können. Möglicherweise läuft es darauf hinaus, in Osteuropa nicht Revolution, sondern Evolution anzustreben. Wir müssen uns damit abfinden, daß es nur langsam vorangeht. Aber wir sollten uns vielleicht gerade jetzt diesen Ländern gegenüber öffnen, um ihnen deutlich zu machen, auf welchen Gebieten wir bereit sind, mit ihnen zu kooperieren, entsprechend den Bedingungen, die sie für angemessen halten. So sollten wir eine Situation ansteuern, in der die formale Teilung des Kontinents zunehmend unwichtig wird, weil inzwischen ein komplexes Spektrum praktischer Beziehungen herangewachsen ist.

Ich möchte behaupten, daß der Entwicklungsprozeß seit dem Tode Stalins, seit 1953 oder vielleicht 1956, in Osteuropa zu größerer Vielfalt und zu einer gewissen Liberalisierung geführt hat. Es gab unbestritten viele Rückschläge, die auch in Zukunft nicht auszuschließen sind. Aber dies ist ein Prozeß, der nicht aufgehalten werden kann; seine Hauptantriebskräfte liegen in diesen Ländern selbst. Wir müssen vorbereitet sein, darauf zu reagieren, ohne zu erwarten, daß sich durch unsere eigenen Initiativen allzuviel erreichen läßt.

Wir sollten uns eine Politik zu eigen machen, die vermeidbare und künstliche Hindernisse gegenüber den osteuropäischen Ländern gar nicht erst aufbaut und auf die natürliche Entwicklung setzen. Diese Länder blicken nach Westen, und wir sollten darauf positiv eingehen. Dies ist kein Plädoyer für eine passive Politik, ganz im Gegenteil. Wir sollten vielmehr dort phantasievoll und aktiv sein, wo es möglich ist. Dabei geht es aber um einen realistischen Ansatz, um eine zu optimistische und utopische Sicht der Dinge zu vermeiden.

Karasek

Die "Spaltung Europas" ist gewiß nicht das letzte Wort, aber sie wird nicht morgen oder übermorgen überwunden werden können - wir werden das zu unseren Lebzeiten kaum erwarten dürfen.

Müssen wir deshalb schon kapitulieren? Sicher nicht. Ich selbst bin Verfechter einer Politik der kleinen Schritte - eine andere Alternative sehe ich nicht. Im übrigen hat uns diese Politik im Grunde auch sehr viel gebracht.

Wenn wir vom "Europa auf dem Wege zu sich selbst" sprechen, dann meine ich damit das Europa der 35. Denn ob das Europa der zehn bereits zu sich gefunden hat, mag umstritten sein, aber es geht immerhin einen Weg, von dem wir hoffen, daß ihm das übrige Europa darauf folgen wird.

Das Europa der 35 kann sich nur durch gegenseitige Annäherung zwischen Ost und West verwirklichen, indem wir das Interesse derjenigen osteuropäischen Länder wahrnehmen, die engere Kontakte zu uns suchen. Herr Weidenfeld hat ein gemeinsames Interessenfeld genannt, nämlich die Modernisierung unserer Gesellschaften. Das könnte ein einheitsförderndes Element sein.

Es gibt aber noch andere, beide Seiten Europas interessierende Probleme, etwa den Umweltschutz. Diese Frage wird jeden Tag aktueller. Das Problem mag in Osteuropa noch nicht so weit oben auf der Tagesordnung stehen, aber in Westeuropa wird es immer brennender. Der Umweltschutz ruft geradezu nach einer gemeinsamen Lösung.

Auch beim Tourismus handelt es sich um einen nicht-ideologischen Bereich, in dem sich in beiden Teilen Europas etwas machen ließe.

Warum ist alles, was mit Ideologie zu tun hat, so schwer anzugehen? Ich denke, weil dort Mauern aufgebaut sind, die man erst durchbrechen muß. So dürfte eine Annäherung auf kulturpolitischem Gebiet nicht einfach sein; denn die osteuropäischen Länder sind zwar Teil unserer Kultur - auch die russische Kultur gehört dazu;- , aber dieser Bereich ist ideologisch sehr vorbelastet.

Dazu nur ein kleines Beispiel. Die Europäische Gemeinschaft und der Europarat veranstalten 1985 das "Europäische Jahr der Musik". Beide Organisationen gingen von Anfang an davon aus, daß auch osteuropäische Staaten einschließlich der Sowjetunion daran mitarbeiten sollten. Trotz mehrfacher Versuche in diese Richtung, sind wir auf eine Mauer des Schweigens gestoßen. Jugoslawien hat

einiges Interesse gezeigt, was auf den größeren Handlungsspielraum hindeutet; Ungarn ließ ein vorsichtiges Interesse auf dem Umweg über Österreich erkennen. Zu einer gemeinsamen Gestaltung des Jahres der Musik ist es indes nicht gekommen.

Wer wie ich vier Jahre in Moskau gelebt hat, findet das gar nicht überraschend. Kultur ist für die Russen eine durch und durch ideologische Angelegenheit. Zwölftonmusik halten sie für dekadent. Es ist somit für sie schwer, unbefangen an einem Kulturprogramm mitzuarbeiten. Gleichwohl sollte man dieses Feld als ein Gebiet möglicher Annäherung nicht ausschließen, wobei man sich der Schwierigkeiten und begrenzten Möglichkeiten stets bewußt sein muß.

Der jetzt wahrscheinlich wieder einsetzende Entspannungsprozeß dürfte eine Reihe von Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen. Die osteuropäischen Bürger sind daran interessiert, was für uns Grund genug sein sollte, diese Zusammenarbeit anzustreben. Dabei wissen wir, daß es für die Bürger Osteuropas Grenzen gibt, die sie nicht überschreiten können. Insofern muß man eine europäische Integration, was Osteuropa angeht, für die überschaubare Gegenwart sicher ausschließen, wenn auch nicht für allezeit.

In den letzten Jahren haben wir im Europarat den Modus der Zusammenarbeit im Sinne der klassischen Kooperation gepflegt. Die Integration bedeutet aber einen Wert an sich. Im Hinblick auf Europa muß man allumfassend denken und sich dabei der Grenzen bewußt sein, die die Probleme in sich bergen.

Europa bewegt sich mit verschiedenen Geschwindigkeiten. Am schnellsten drehen sich die Räder in der Europäischen Gemeinschaft; etwas langsamer im Europa der 21. Wir müssen Geduld aufbringen und auf eine europäische Zusammenarbeit auch dort hoffen, wo sich heute die Räder noch sehr langsam drehen.

Schmidt

Es ist einige Jahre her, daß ein amerikanischer Präsident den damaligen deutschen Regierungschef in vollem Ernst fragte: "Sag" mal, können wir beide nicht gemeinsam die Mauer in Berlin zum Verschwinden bringen?" Der Deutsche, von der Naivität der Frage schockiert, brauchte einige Zeit, sich zu sammeln und fragte zurück: "Wie willst Du das machen?" Darauf antwortete der Amerikaner: "Ich dachte, Du weißt, wie man das macht."

Dieses Erlebnis zeigt, daß man - bei aller Liebe zu Amerika, Herr Altmann - an der Spitze der Weltmacht USA bisweilen Personen antrifft, deren Unkenntnis mangelnde Erfahrung und fehlendes Augenmaß erschreckend sind. Insbesondere fehlt ihnen das gilt vor allem für den damaligen Präsidenten und seine unmittelbaren Berater jedes Einfühlungsvermögen gegenüber Westeuropa, noch geringer ist es gegenüber Osteuropa und am geringsten, was die Sowjetunion angeht. Dabei unterstelle ich durchaus viel guten Willen und viel Energie; insgesamt handelt es sich aber um groteske Ansätze.

Das haben wir bei vielfältigen Gelegenheiten erlebt, etwa bei SALT II oder bei der Einschätzung der SS-20-Raketen. Auch die Politik Reagans, das Getreideembargo aufzuheben und das Röhrenembargo zu erlassen, zeigte, daß er sich überhaupt nicht darüber im klaren war, wie das auf Westeuropa, auf Osteuropa und auf die Sowjetunion wirken würde, nämlich als Zeichen vollständiger Verwirrung. Dazu alle zwei Jahre eine neue Politik. Aus einem Grunde bin ich tatsächlich froh, daß Reagan wiedergewählt wurde: auf diese Weise wird wenigstens etwas Kontinuität gesichert.

Natürlich vergesse ich nicht, daß die Amerikaner auch Führer hervorgebracht haben, die wußten, was für Europa wichtig ist. Truman gehörte dazu, Eisenhower, Kennedy, aber auch Nixon, Kissinger und Ford. Aber diese "ignorance of power", um ein Wort von William Fulbright abzuwandeln, ist für die Beziehungen in Europa zwischen West- und Osteuropäern und zur Sowjetunion nicht ungefährlich.

Deshalb meine ich, daß die Europäer selbst initiativ werden müssen, soweit ihr Spielraum reicht. Sie dürfen diesen Spielraum allerdings auch nicht überschreiten, weil das Gefahren zum Beispiel für das Bündnis mit sich bringen würde. Kennedy mit seiner berühmten Rede 1963 in Philadelphia von den zwei Säulen, auf denen die Atlantische Gemeinschaft ruhen sollte, hatte eigentlich am klarsten erkannt, welche Bedeutung Europa im westlichen Bündnis zukommen müßte.

Die Europäer haben in den vergangenen 30 Jahren bereits eine Reihe eigener Initiativen ins Werk gesetzt - ich denke nur an die Europäische Gemeinschaft. In welcher Richtung können sie heute aktiv werden? Ich will dafür fünf Beispiele nennen.

Erstens: Die Westeuropäer könnten im Interesse Gesamteuropas ihre konventionelle Verteidigungsbereitschaft stärken und damit die nukleare Komponente in ihrer Bedeutung verringern.

Dies würde eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und den Beneluxländern voraussetzen, weil diese Länder über konventionelle Reserven verfügen, die zusammengefaßt voll ausreichen würden, um die Sowjetunion von möglichen Abenteuern abzuhalten. Dann käme es auch nicht mehr so sehr darauf an, wie viele Truppen Mike Mansfield oder Sam Nunn in Europa belassen wollen oder nicht.

Zweitens: Europa zahlt gegenwärtig ungefähr ein Drittel des amerikanischen Staatsdefizits mit europäischen Ersparnissen; die übrigen zwei Drittel kommen aus Japan. Das sind zusammen hundert Milliarden Dollar im Jahr. Diese Tatsache ist verantwortlich für das viel zu hohe Zinsniveau in der ganzen Welt; sie behindert die Investitionstätigkeit in Europa und hat die außenwirtschaftliche Situation der lateinamerikanischen Staaten extrem verschärft. Wenn die Zinsen nur halb so hoch wären, wäre die Schuldenlast für Länder wie Brasilien, Mexiko, Argentinien, Chile oder Peru nicht so schwer zu tragen.

Die Europäer könnten hier durch gemeinschaftliches Handeln etwas tun, indem sie beispielsweise ihr eigenes Währungssystem, das vor sechs Jahren begonnen wurde, vervollkommneten. Sie könnten eine Konstellation anstreben, die auf ein Dreiecks-Währungssystem von Dollar, ECU und Yen hinausläuft. Aber es geschieht bisher überhaupt nichts in dieser Richtung.

Drittens: Technologie. Mitterrand hat im Frühjahr 1984 in Straßburg in einer Rede eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die eine gemeinsame europäische technologische Entwicklung betreffen: Satelliten, Raketen, Raumfahrt, Luftfahrt und andere Objekte der Hochtechnologie. Aber auch in dieser Richtung sind keine neuen Ansätze zu erkennen.

Viertens: Wir haben heute in Westeuropa weniger Gemeinsamen Markt als vor zehn Jahren; er wird auf alle mögliche Weise eingeschränkt. Ich denke nur an die Reinheitsphilosophien bei Bier und Wein, mit denen man sich gegenseitig das Leben schwermacht. Die Europäer sind derzeit dabei, den Gemeinsamen Markt durch derartige Kleinkariertheiten zu zerstören.

Warum ist zum Beispiel die deutsche Postverwaltung gehalten, ihre Beschaffungsvorhaben zu 100 Prozent in Deutschland abzuwickeln? Das steht zwar in keinem Gesetz, aber es wird eben für selbstverständlich gehalten. Und die französische Postverwaltung macht es genauso. Hier plädiere ich für eine Entnationalisierung und für eine Europäisierung aller staatlichen Beschaffungen. Das würde schon eine beträchtliche Summe ausmachen.

Zum anderen müßten ein Vierteljahrhundert nach Abschluß der Römischen Verträge endlich die technischen Standards auf einen Nenner gebracht werden. Gegenwärtig ist man dabei, sie immer noch weiter zu differenzieren. Ich nenne als Beispiele nur Glühlampen oder bestimmte Sicherheitseinrichtungen bei Automobilen. Die nationale Abschottung der Märkte ist munter im Gange. Hier wären die Europäer aufgefordert, wirklich einen einheitlichen inneren Markt herzustellen, wenn sie die Kraft dazu hätten.

Fünftens: Mit Hilfe von Peter Carrington in Brüssel, der ein bewußter Europäer ist und einer der besten strategischen Köpfe, die Europa zur Zeit besitzt, könnten die europäischen Mitglieder der westlichen Allianz für die jetzt anstehenden Verhandlungen Konzepte erarbeiten, in denen ihre Interessen berücksichtigt werden und zu deren Verwirklichung sie beitragen könnten.

Man kann sicher noch eine Reihe weiterer Themen nennen, bei denen Europa aktiv werden müßte, vielleicht nicht von gleichem Gewicht wie die fünf vorgenannten.

Das, was ich vorgetragen habe, sollten Sie mir nicht als Pessimismus abtun, sondern für Realismus bei der Betrachtung Europas halten. Ich habe in den letzten Jahren die europäischen Konferenzen von Regierungschefs, Ministern und ähnlichen Leuten genau verfolgt, zum Teil selbst daran teilgenommen. Ich kann nur wiederholen: Es geschieht nichts, um die Dinge in der von mir vorgetragenen Weise voranzubringen. In vielen Fällen wird nicht einmal mehr darüber geredet oder wenn, dann nur zu dem Zweck, daß man was ins Kommunikative hineinschreiben kann, um vor der Öffentlichkeit gut dazustehen.

Es geschieht nichts, weil Europa der Führungspersönlichkeiten entbehrt, die wissen, was notwendig ist, die das Wichtige vom Unwichtigen unterscheiden können und die bei den wichtigen Dingen ihre Entscheidungskompetenz wirklich erkennen und wahrnehmen. Wir sind weit entfernt von den Zeiten, als durchdachte Entschlüsse von Männern wie Adenauer, de Gaulle, Nixon, Kissinger oder Ford verwirklicht wurden, und zwar ohne Rücksicht auf Tagesopportunität.

Ich möchte eines betonen: Wir sollten die Wirkungsmöglichkeiten von Führungspersönlichkeiten bei der Entwicklung der europäischen Politik nicht unterschätzen. Dieser personelle Faktor spielt nach wie vor eine entscheidende Rolle. Das zeigt sich übrigens auch im Osten. Die Entstalinisierung, die durch

Chruschtschow in Gang gebracht wurde, war ein Unternehmen, das sehr viel Mut verlangte. Ich weiß nicht, ob das ohne ihn zustande gekommen wäre. Breschnew, ein stark emotional bestimmter Mensch, geprägt von den Erfahrungen und Entbehrungen des Krieges und den Leiden seines Volkes, war in der Begegnung von Mensch zu Mensch außerordentlich ansprechbar, und man konnte zu ihm ein persönliches Vertrauensverhältnis herstellen.

Persönliche Vertrauensverhältnisse sind von ungeheurer Bedeutung in der Politik; das gilt insbesondere in den Beziehungen zwischen West- und Osteuropa. Ich habe in dieser Hinsicht selbst wichtige Erfahrungen gemacht und festgestellt, daß man damit etwas bewirken kann. Wichtig ist, man kann sich gegenseitig darauf verlassen, daß das, was man sagt, ehrlich gemeint ist, und dazu muß man sich persönlich kennenlernen. Wenn Russen und Amerikaner nur noch über Herrn Dobrynin miteinander verkehren, bedeutet dies, daß sie sich überhaupt nicht kennen. Auf diese Weise kann kein Vertrauen hergestellt werden und sind auch Vereinbarungen undenkbar.

Gasteyger

Nur ein Wort zu Herrn Schmidt: Das Fehlen von politischer Führung ist letztlich auch auf das Ausbleiben von politischen Ideen zurückzuführen. Wo keine Ideen zu inspirieren, zu begeistern und zu leiten vermögen, läuft jeder Politiker, und sei er noch so begabt, Gefahr, zum bloßen Pragmatiker (vielleicht höchster Ordnung) zu werden.

Hermes

Wir haben festgestellt, daß die Amerikaner nicht nur Vertragspartner beim KSZE-Prozeß sind, sondern aus diesem europäischen Unternehmen überhaupt nicht weggedacht werden können. Wenn wir also von der Überwindung der Spaltung Europas sprechen, gehören die Amerikaner in jeder Phase mit dazu. Ich halte es für eine Illusion anzunehmen, daß die Europäer in dieser Richtung mehr als nur sehr kleine Schritte tun können.

Ich bin auch nicht so skeptisch hinsichtlich der positiven Rolle, die die Vereinigten Staaten hier spielen können. Sicher, es hat in den verschiedenen amerikanischen Präsidentschaften Irritationen und Schwankungen gegeben, aber man muß doch auch sehen, daß die Außenpolitik der USA in der Nachkriegszeit ein hohes Maß an Kontinuität aufweist. Von Anfang an sind wichtige Initiativen auch für das europäische Einigungswerk von den Vereinigten Staaten ausgegangen. Wir haben nicht nur im politischen, sondern auch im militärisch-strategischen Bereich die Allianz mit den Amerikanern im europäischen Sinne fruchtbar machen können.

Ich betone noch einmal: Jede politische Aktivität der Europäer, die auf die Überwindung der Spaltung Europas gerichtet ist, bedarf der Vereinigten Staaten als eines unerläßlichen Partners.

Natürlich müssen wir uns auf europäischer Seite auch die eigene Schwäche eingestehen. Solange Europa schwächer ist - um es vorsichtig auszudrücken;- , als es eigentlich sein müßte, kommen wir gar nicht umhin, uns des Beistandes der Vereinigten Staaten in jedem Bereich zu versichern. Jede Politik in Europa, die darauf gerichtet wäre, diese Einheit mit den Vereinigten Staaten aufzulösen, würde ich auf längere Sicht für verhängnisvoll halten.

Bertram

Zu seinen fünf Punkten möchte ich Herrn Schmidt nur daran erinnern: Als Sie damals Verteidigungsminister wurden, nannte Ihnen jemand fünf gute Gründe für eine bestimmte Politik; da sagten Sie, das seien vier zuviel.

Ich frage mich also, ob wir uns nicht konzentrieren sollten. Auch aus den Gründen, die Herr von Weizsäcker genannt hat, ist für mich die Realisierung des Gemeinsamen Marktes der zentrale Punkt, um Anschluß an die Moderne zu finden; aber auch wegen des außenpolitischen Gewichts, das dieser Gemeinsame Markt nicht nur nach Osten, sondern auch nach Westen haben würde.

Mich hat beeindruckt, wie sehr sich in der amerikanischen Diskussion unter dem Schlagwort "Eurosclerosis" eine Meinung ausbreitet, die besagt: "Ihr Europäer nehmt den Mund politisch viel zu voll, um damit eure technologische Schwäche zu kompensieren. Wir können Euch aus diesem Grunde nicht als gleichberechtigte politische Partner akzeptieren." Das gilt auch für die Rüstungskontrolle, für die Ostpolitik und für andere Fragen des europäisch-amerikanischen Verhältnisses. Deshalb meine Frage an Helmut Schmidt: Wenn Sie Prioritäten zu setzen hätten, wäre der Gemeinsame Markt nicht das Dringendste, was in Angriff genommen werden müßte?

Altmann

Wenn man Herrn Schmidts Perspektive über Europa folgt, dann ist Europa zwar theoretisch durchaus in der Lage, sich zu einigen, aber praktisch ist es dazu nicht fähig. Wenn wir so an die Sache herangehen, operieren wir immer mit einer Politik des Konjunktivs: Wir könnten schon, aber wir schaffen es dann eben doch nicht. Ich bin es eigentlich leid, so zu reden, wie das schon seit Jahren geschieht. Es ist diese ganze Litanei von Fehlern, die immer die anderen gemacht haben. Welche Konsequenzen hat es, daß wir nun seit so vielen Jahren in Europa daran arbeiten, aber immer noch nicht weiterkommen?

Wir Europäer müssen endlich der Wirklichkeit ohne Selbstmitleid ins Auge sehen. Dazu gehört die Erinnerung daran, daß die Vereinigung Europas in den 50er Jahren im Grunde das Werk der Vereinigten Staaten war, nicht der Europäer. Der erste Versuch der Europäer, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, ist ja mißlungen. Der Gemeinsame Markt ist jedenfalls ohne Marshall-Plan und ähnliches nicht zu denken. In diesem Sinne sind die USA der Förderateur Europas gewesen.

Wir sollten uns ferner klarmachen, daß, wenn wir es nicht schaffen, unsere Agrarpolitik oder die Erweiterung der EG nach Süden zu bewältigen, wir nicht mehr ernsthaft von der Vereinigung Gesamteuropas sprechen können. Wenn Westeuropa diese Schritte nicht gelingen, werden wir kaum eine Chance haben, der großen Sowjetunion gegenüber die Einigung Gesamteuropas durchzusetzen, auf welchem Wege auch immer.

Ich möchte ein paar Worte über die Bonner Szene, die ich besser kenne, verlieren. Die deutsche Regierung wußte sehr bald nach dem Abschluß der Römischen Verträge, daß die Agrarfrage zum Schicksal der EWG werden würde. Erhard hat damals im "Handelsblatt" geschrieben, daß die EWG wahrscheinlich an der Agrarfrage scheitern wird. Obwohl ihr dies bewußt war, hat die Bonner Regierung zu keiner Zeit sich ernsthaft Gedanken über eine Lösung gemacht. Die deutsche Bundesregierung wußte seit Anfang der 70er Jahre, daß die EG vor der Südschwenkung stehen würde, nachdem sich das Franco-Regime überlebt hatte. Dennoch hat die Bundesregierung nie ernsthaft ein Konzept für die Südpolitik der EG entwickelt. Im Wirtschaftsministerium zum Beispiel hielt man das lediglich für eine Frage der Regionalpolitik; ein grotesker Irrtum.

Als es jetzt darum ging, die EG-Kommission neu zu besetzen, haben wir erlebt, wie reaktionsfähig die Bonner Politik gewesen ist. Es war blamabel.

Wir dürfen nicht immer so tun, als seien die Amerikaner so schwierig und hätten keine Ahnung. Wir sollten erkennen, welche abgründigen Fehler wir selbst ständig in dieser Frage begehen; wie wir uns selbst alle möglichen Kleinigkeiten in den Weg legen, um dann zu jammern: wie furchtbar, daß wir stolpern. Es hat keinen Sinn, von einer gesamteuropäischen Politik zu reden, wenn wir nicht bereit und in der Lage sind, die Probleme der westeuropäischen Politik, die jetzt anstehen, zu lösen. Hic Rhodus, hic salta!

Wir befinden uns hier in Rom sozusagen mitten im Mittelmeerraum. Rom liegt fast schon im Mezzogiorno. Aber wir sprechen nicht über diese elementare Frage des europäischen Südens. Mein Nachbar, der verehrungswürdige Herr Bettiza, hat mir gestern auf meine Frage nach den Griechen und ihren Querelen geantwortet: "Die Griechen, das sind doch gar keine Europäer." Das ist es doch! Was uns hier bewegt, ist zum großen Teil die Heuchelei der Schwachen; nicht der Zynismus der Starken.

Weil hier manches Irreale gesagt wird, möchte ich mir erlauben, auch etwas Irreales auszusprechen. Was würde eigentlich mit Europa passieren, wenn es den Europäern gelänge, die Südschwenkung zu verarbeiten, vielleicht mit ein bißchen Agrarpolitik? Wie würde Europa aussehen, wenn die Türkei, Griechenland, Spanien und Portugal diese Gemeinschaft wirklich mitbestimmen könnten? Es wäre dann nicht mehr nur eine Gemeinschaft von nordwesteuropäischen Industriestaaten; es wäre auch das alte Europa mit dabei. Europa grenzt dann an die große Spannungszone des Nahen Ostens an. Wie würde die Sowjetunion darauf reagieren? Der Einfluß auf Osteuropa wäre tiefgreifend.

Warum soll es Europa nicht gelingen, diesen großen Zirkel zu schlagen, bei dem man mit einigem Anstand sagen kann: Es ist ein Weltkreis, nicht nur eine Versammlung ehemaliger Großmächte, die zwischen den beiden Supermächten nach dem geträumten "dritten Weg" suchen, der auf keiner Landkarte der Weltgeschichte eingezeichnet ist.

Zurück zur Realität. Reden wir nicht von den Amerikanern, die über unsere Interessen hinweg zur Tagesordnung ihrer Politik übergehen; reden wir zum Beispiel vom Ministerrat der EG, der gern die Kommission auf das Niveau eines Generalsekretariats herabdrücken möchte; ein Rat, der selbst nicht handlungsfähig ist. Reden wir von dem verbrauchten Instrument der Gipfelkonferenzen; reden wir von der kläglichen Wirklichkeit, und verwechseln wir nicht die Abenddämmerung mit dem Morgen.

Graf Ferraris

Ihr Engagement für den Süden höre ich als Italiener natürlich gern, Herr Altmann. Wir in Italien haben auch eine mitteleuropäische Seele; darin sind wir mit der Schweiz und Südtirol verbunden.

Es sind jetzt zwei Themenkreise genannt worden. Einmal geht es um die innerwesteuropäischen Notwendigkeiten, die Herr Schmidt mit seinen fünf Punkten angesprochen hat. Dabei sind auch die politische Führung und die Vitalität, mit der wir die Probleme anpacken, wichtig.

Das andere Thema bezieht sich auf die Hoffnungsproblematik, wie ich es einmal nennen möchte. Was sollen wir tun, um die Spaltung durch kleine Schritte erträglicher zu machen? Oder kommt es darauf an, zunächst den Status der Teilung zu formalisieren, um Handlungsspielräume zu erweitern?

Weidenfeld

Ich will etwas zur Handlungsfähigkeit Europas in einem doppelten Sinn sagen: im Sinne der Problemlösung für die einen und der Hoffnungen für die anderen. Die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang ist doch, wieso die europäische Agenda, die Herr Schmidt hier dargelegt hat, nicht realisiert wird. Bei aller Bedeutung der Persönlichkeiten in der Politik, die niemand von uns übersieht, muß es offenbar auch einige strukturelle Schwierigkeiten geben. Denn ganz offenkundig stoßen auch hochbegabte Staatenlenker immer wieder an Grenzen ihres Handlungsvermögens.

Für mich liegt die Begründung für diese Handlungsunfähigkeiten und Schwierigkeiten der internationalen Politik wesentlich im Anachronismus des internationalen Systems: in der bizarren Paradoxie, daß die Probleme über die Grenzen hinweg auswandern, aber unser Bewußtsein dem nicht folgt. Im Gegenteil, wir stellen fest, daß unser Bewußtsein provinzialisiert, sich in die vertraute Region, auf die heimische Scholle zurückzieht. Wir fliehen aus den Kompliziertheiten der internationalen Politik. Obwohl die Probleme zunehmend internationalisiert werden und unser Bewußtsein provinzialisiert, bleiben dennoch die Staaten anachronistischerweise die entscheidenden Orientierungspunkte unseres Handelns, der Entscheidungsprozeß bleibt weitgehend national fixiert.

Man kann also, auf eine abstrakte Formel gebracht, das Auseinanderklaffen der Problemstruktur und der Entscheidungsstruktur der internationalen Politik als die eigentliche Ursache für die Lähmung unserer politischen Entwicklung ansehen.

In dieser Hinsicht muß man allerdings erkennen, daß die westeuropäische Integration der begrenzte und unzulängliche Versuch ist - immerhin der Versuch;-, ein Stück weit Problemstruktur und Entscheidungsstruktur in Übereinstimmung zu bringen. Insofern ist sie auch der Versuch, internationale Politik zu modernisieren.

Wieso aber funktioniert das nicht so, wie wir es uns eigentlich wünschen? Weil man auf halbem Wege stehengeblieben ist und diesem neuen politischen System, der Europäischen Gemeinschaft, nicht einmal ein Minimum an Instrumenten zugesteht, das man jedem Kleinstaat selbstverständlich überläßt. Dann wundern wir uns und beklagen in frustrierendem Selbstmitleid, daß die Gemeinschaft nicht handlungsfähig ist. Es fehlt ihr zum Beispiel eine politische Führungsinstanz, ohne die kein Kleinstaat auskommt. Es fehlt dieser Gemeinschaft eine Parlamentarisierung ihres politischen Lebens, die in jeder parlamentarischen Demokratie selbstverständlich ist.

Die logische Konsequenz ist, daß die Gemeinschaft sofort in Legitimationszweifel hineingezogen wird, wenn sie wirklich einmal eingreift, wenn sie zum Beispiel über den Erhalt oder den Verlust von Arbeitsplätzen entscheidet; etwa im Stahlbereich oder in der Landwirtschaft. Dann wird sofort angezweifelt, daß dieses abstrakte, ferne System Europäische Gemeinschaft überhaupt zu einer solchen Handlung berechtigt ist.

Es fehlt drittens eine politische Infrastruktur. Es fehlen jene Vermittlungsinstanzen, die Interessen, Anliegen an das System herantragen und umgekehrt Entscheidungen des Systems wiederum plausibel gegenüber dem Bürger interpretieren. Ohne eine solche Infrastruktur kommt kein Industriestaat aus, kann auch kein kompliziertes System funktionieren, das zehn Industriestaaten quasi miteinander verbindet.

Es ist doch eine Idylle anzunehmen, es würde ausreichen, daß sich ein paar Staatsmänner vor dem flackernden Kamin zusammensetzen und dann schwerwiegende Probleme regeln, die sie noch nicht einmal zuvor zu Hause geregelt haben. Wieso sollte denn ein deutscher Staatsmann nach Athen zur Gipfelkonferenz fahren, nachdem er vorher eine zermürbende innenpolitische Spardebatte etwa über die Kürzung im BAföG mitgemacht hat, und diesen vergleichsweise minimalen Betrag dann in Athen auf den Tisch legen und sagen: "So, nun bedient euch!"?

Das paßt doch alles nicht zusammen. Solange es eine solche Handlungsfähigkeit Westeuropas nicht gibt, werden wir wahrscheinlich auch im Blick auf die Osteuropapolitik Westeuropas immer wieder an Frustrationsgrenzen stoßen. Bei näherer Beobachtung, wenn man den Nebel der Floskeln einmal durchdringt, kann man in der Tat feststellen, daß die Europäische Politische Zusammenarbeit kein ostpolitisches Profil hat.

In Sachen KSZE bin ich inzwischen etwas skeptisch. Es ist sicher richtig, wenn die KSZE-Schlußakte immer wieder als Hilfsmittel herangezogen wird, aber die inflatorische Benutzung dieses wichtigen Dokumentes steht in keinem Verhältnis zur ernsthaften Umsetzung seines Inhalts. Dieses Dokument besteht doch nicht nur aus großen deklaratorischen Formulierungen, sondern weist eine Fülle präziser Aufgaben auf. Warum gehen wir nicht daran und erfüllen einfach diese Aufgaben, auf die wir uns schon einmal geeinigt haben?

Das Ganze steht dann in einer sehr schwierigen und oftmals auch nicht so faszinierenden politischen Notwendigkeit der Westeuropäer im Blick auf Osteuropa, nämlich einen schmalen Pfad ausfindig zu machen zwischen der gewünschten Stabilität und der gewünschten Instabilität Osteuropas. Das macht die eigentliche Schwierigkeit und wohl auch die begrenzte Attraktivität westeuropäischer Osteuropapolitik aus.

Dann zur Vitalität Europas: Ich möchte es einmal als Anfrage an das Christentum, was hier in Rom, hier im Vatikan doch ein Stück weit in unserem Kreis thematisiert werden sollte, übersetzen. Wenn man in die Geschichte zurückblickt, dann war das Christentum eine der zentralen Quellen der Vitalität Europas. Ich meine das gar nicht primär im religiösen Sinne, sondern im Hinblick auf die ethischen Konsequenzen. Christ sein heißt, zu einer langfristigen Lebensplanung fähig zu werden, nicht nur eine Augenblickskonsumhaltung zu praktizieren, gewissermaßen Leistungen erbringen und nicht nur Ansprüche formulieren und so weiter. Der Verlust der Vitalität Europas hat wohl auch etwas mit dem Verlust an Bindewirkung des Christentums zu tun. Das ist nicht unter dem Stichwort Säkularisation zu fassen; denn die Säkularisation ist dadurch gekennzeichnet, daß Werte des Christentums quasi in die allgemeine Kultur übergegangen sind. Was an Verlust an Bindewirkung festzustellen ist, ist nicht zuletzt Entchristlichung des säkularisierten Europas.

Welche Gedanken hat sich die Kirche eigentlich zu diesem Thema der Modernisierung Europas gemacht? Bei näherem Hinsehen müßte doch die Modernisierung Europas die Stunde des Christentums sein. In dem Moment, wo sich die Gesellschaften modernisieren, also immer mehr in einzelne Subkulturen zerfallen, wächst doch der Bedarf an Orientierung, wächst der Bedarf an gedanklichen Systemen, die Zuordnungen und Einordnungen möglich machen. Wenn man aber heute Europa daraufhin studiert, fühlt man sich eher an das alte Wort von Karl Jaspers erinnert, der nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Frage, was denn Europa sei, zunächst kurz geantwortet hat: "Europa, das ist die Bibel und die Antike. Aber", hat er dann fortgesetzt, "in dem Augenblick, wo es die ganze Weltzivilisation geprägt hat, bleibt für Europa nur die Pflege der heiligen Stätten der Weltzivilisation übrig." Europa also ein Ausschnitt aus dem Museum, wenn man so will.

Schmidt

Das ist nicht der einzige politische Irrtum dieses Philosophen, der seine Betrachtungen von dem sicheren Post seines Lehrstuhls in Basel aus anstellte.

Weidenfeld

Aber es ist doch interessant, sich die heutige Situation im Blick auf ein solches Wort vor Augen zu führen. Denn es erinnert an die Möglichkeit; daß auch die Kirche ein Opfer der Modernisierung werden kann, wenn sie nämlich durch die Modernisierung zu immer abstrakteren Aussagen gezwungen wird und immer weniger in einzelne Bereiche verschiedener Lebenswelten kompetent eingreifen kann.

Ich stelle also die Frage, welche Antworten die Kirche auf die Modernisierung Europas gibt. Dies geschieht nicht nur im Blick auf die Religion, sondern vor allem auf die politischen Konsequenzen, die daraus resultieren. Wenn die Kirchen diese Nachfragen nicht befriedigen, wendet sich das religiöse Interesse nichtreligiösen Instanzen, sprich: politischen Instanzen, zu mit allen Gefährdungen. Diese Gefährdungen liegen darin, daß politische Instanzen zu quasi-religiösen Antworten herausgefordert werden.

Gasteyger

Modernisierung ist sicher ein faszinierendes Wort, Herr Weidenfeld, man müßte es nur genauer definieren. Denn darunter kann sehr vieles verstanden werden, was keineswegs nur positiv zu

bewerten ist. Wenn Modernisierung mehr sein soll als eine Flucht nach vorn hin zu neuen Technologien, vielleicht auch zu durchaus begrüßenswerten neuen gesellschaftlichen Strukturen, dann kommen wir ohne einen geschichtlichen und kulturellen Hintergrund, der Richtungen, Erfahrungen und Warnungen für diesen Weg in die Zukunft zu geben vermag, nicht aus.

Weidenfeld

Herr Gasteyger, ich verstehe den Modernisierungsbegriff natürlich nicht im Sinne einer platten Hochtechnologie-Euphorie, sondern im klassischen Sinne der Wissenssoziologie. Diese definiert die Moderne mit folgenden Strukturelementen: wachsende Arbeitsteilung in der Gesellschaft, steigende Bedeutung von Information, zunehmende Geschwindigkeit des Informationswandels, Pluralisierung der Lebenswelten, technologische Produktionsbedingungen, wachsende Bürokratie. Nur vor diesem Hintergrund sind durchaus weiterführende Konzepte abzuleiten.

Schmidt

Die Ausführungen von Herrn Weidenfeld klangen, was die gegenwärtige Situation Westeuropas angeht, ja noch pessimistischer als bei mir; so weit würde ich nicht gehen. Vor 10 Jahren, 1975, hat niemand so von Westeuropa oder von Gesamteuropa gesprochen. So schnell können sich die Stimmungen ändern. Es schien damals klar, daß die Weltmächte ihre jeweiligen Grenzen erkennen und sich über manches verständigen. Die Europäer, glaubte man, seien dabei, sich politisch zu entwickeln; ja, es gab sogar Ansätze für Gesamteuropa - siehe Helsinki. In den vergangenen zehn Jahren sind schwere Fehler gemacht worden, sowohl auf sowjetischer als auch auf westlicher Seite. Das hat die Stimmung grundlegend verändert.

Manche Hoffnungen und Zielsetzungen, die hier angeklungen sind, richten sich eher auf das 21. und 22. Jahrhundert als auf die kommenden Jahre. Auf eine bedeutsame Verschiebung im Weltmaßstab, die ich bereits für den Beginn des nächsten Jahrhunderts erwarte, möchte ich aufmerksam machen: China wird mit Sicherheit eine Weltrolle spielen. Bei aller Unsicherheit von Prognosen, eines scheint mir sicher: China wird auf der weltpolitischen Bühne eine Rolle spielen, die das globale Gleichgewicht entscheidend beeinflussen wird - etwa im Sinne des Utrechter Friedens, den Herr Stürmer zitiert hat. Das wird erhebliche Auswirkungen auf die künftige Rolle der beiden jetzigen Supermächte haben.

China wird sich nicht als Supermacht aufführen, denn es kann kein Bündnis gründen, weil es in der ost- und südostasiatischen Region keine potentiellen Verbündeten findet. China hat dort keine Freunde. Aber es könnte durchaus zur geistig-politischen Führungsmacht all jener Völker und Staaten werden, die sich, aus welchen Gründen immer, der Bündnisfreiheit verschrieben haben. China könnte zum Beispiel zum Wortführer von 100 Staaten auf einem Forum wie dem der Vereinten Nationen werden.

Die künftige weltpolitische Rolle Chinas wird die südostasiatische Region oder den nordwestpazifischen Raum - wie immer man das nennen will - zu einem Gravitationszentrum der Weltpolitik machen. Ein anderes Zentrum wird vermutlich Lateinamerika werden. Bislang sind beide Gebiete nicht recht ins Blickfeld gekommen.

Die Amerikaner etwa sind sich über die künftige Rolle Chinas überhaupt nicht im klaren, auch wenn sie jetzt viel von der pazifischen Region reden. Im Augenblick verstehen sie darunter vornehmlich die japanische Konkurrenz. Naiv wie sie sind, haben sie bisher in keiner Weise begriffen, was da in Wirklichkeit vor sich geht. Hinter dieser Naivität steckt aber auf der anderen Seite eine gewaltige Vitalität, die man nicht unterschätzen sollte. Während die Europäer Skeptiker und in ihrer Vitalität gebrochen sind, sind die Amerikaner Optimisten und absolut vital.

Worauf ich hinaus will, ist: Im Schatten dieser neu entstehenden Gravitationszentren ergeben sich Chancen für Europa, sich wieder zu stabilisieren - aber auch Gefahren.

Die deutsche Frage gab es, wie Herr Stürmer zu Recht sagte, schon vor Bismarck und es gibt sie auch nach Hitler. In dem Zusammenhang ein Wort zu Herrn Stehle. Als Sozialdemokrat komme ich wohl kaum in den Verdacht eines Bismarck-Proselyten. Aber die verspätete Gründung des deutschen Nationalstaates durch Bismarck läuft durchaus parallel zu der Italiens durch Garibaldi und Cavour. Die italienischen Teilstaaten waren ebenfalls hervorgegangen aus den Resttrümmern eines vormaligen großen Reiches, das Jahrhunderte überdauert hatte. Zu meinen, die Bildung des deutschen Nationalstaates sei ein Anachronismus, die Gründung des italienischen hingegen nicht, kann ich so nicht akzeptieren.

Die deutsche Frage wird es auch noch im 21. Jahrhundert geben, selbst dann, wenn das Brandenburger Tor durchlässig geworden und die innerdeutsche Grenze nach beiden Seiten hin offen sein sollte, und zwar für jedermann.

Gasteyger

Dann erst recht.

Schmidt

Deshalb sollten sich die Deutschen heute selbst zügeln und solche Fehler vermeiden, wie sie in letzter Zeit in Ost-Berlin und in Bonn begangen wurden. Die Ostdeutschen sind weitgehend an der sowjetischen Kandare; wenn sie sich also nicht selbst zügeln, tun das die Sowjets. Die Westdeutschen haben dagegen viel größere Handlungsspielräume. Dies ist einer der Gründe, warum sie der Einbindung in solche Einrichtungen wie das nordatlantische Bündnis bedürfen, nämlich nicht nur zu ihrem Schutz, sondern auch zu ihrer Zügelung; auch in die Europäische Gemeinschaft müssen sie eingebunden werden.

Vor allem aber brauchen die Deutschen in ihren Bestrebungen die Legitimation durch die Franzosen. Ohne französische Führung kann die deutsche Frage explosiv werden. Wir müssen uns dessen bewußt sein, obschon es nicht gern gehört wird, schon gar nicht von den Deutschen selbst. Aber auch die Franzosen sprechen darüber nur ungern.

Mit anderen Worten: Welche gesamteuropäische oder gesamtdeutsche Initiative Westdeutschland auch immer ergreifen mag, sie bedarf in jedem Fall der französischen Legitimation - was Kontrolle einschließt;- , ohne die solche Initiative lebensgefährlich wäre.

Frankreich ist ein Land mit einer reichen kulturellen Tradition; es ist zugleich eines der klassischen Ursprungsländer der Menschenrechte. Zudem hat es den Ehrgeiz, eine weltpolitische Rolle zu spielen. Eine Weltrolle kann Frankreich aber nur dann wirklich wahrnehmen, wenn die Deutschen bereit sind, dafür einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Frankreich auf sich allein gestellt, nur mit seiner kleinen Force de frappe von demnächst 800 Sprengköpfen ausgestattet, hat keine Chance, diese Rolle allein auszufüllen, selbst wenn es im kommenden Jahrhundert über 3000 Sprengköpfe verfügen sollte. Kluge Köpfe in Frankreich haben das immer schon so gesehen.

Die gegenwärtige französische Führung strebt durchaus mit ehrlichen Absichten und gutem Willen die europäische Integration an, ohne sich jedoch über die Gesamtzusammenhänge im klaren zu sein. Was fehlt, ist ein Konzept. Frankreich will die EG fördern und gleichzeitig auf außenpolitischem und strategischem Gebiet völlig unabhängig bleiben. Beides ist jedoch nicht miteinander zu vereinbaren. Diese Politik ist widersprüchlich, genau wie auf andere Weise auch die politischen Konzepte der Deutschen widersprüchlich sind.

Ich hatte fünf Beispiele genannt, die den Handlungsspielraum Europas erweitern könnten. Was sie voraussetzen, ist in jedem Fall ein gemeinsames Handeln von Frankreich und Deutschland. Es geht darum, die westeuropäische Identität zu stärken und Westeuropa aus seiner Objektstellung herauszuführen. Es muß wieder Subjekt der Entwicklung werden, wie es das bis 1975, in Einschränkungen bis Ende der 70er Jahre, gewesen ist..

Es ist ja keineswegs selbstverständlich gewesen, daß sich ein französischer und ein deutscher Staatschef mit den Russen zusammengesetzt hat - gegen den Widerstand der Amerikaner. Sie haben es immerhin zustande gebracht - der eine in Warschau, der andere in Moskau;- , daß die Supermächte wieder an den Verhandlungstisch gingen, wo sie dann allerdings in den folgenden vier Jahren eine wenig glückliche Figur gemacht haben.

Europa wird allerdings seine eigene Identität und Subjektstellung in gar keiner Weise dadurch erlangen, Herr Weidenfeld, daß es eine supranationale EG anstrebt. Ein Präsident mit 17 Kommissaren wird niemals für Westeuropa als Ganzes handeln; das ist völlig undenkbar. Glauben Sie im Ernst, daß eine supranationale Institution in Brüssel oder sonstwo die Führungskraft über die alten Nationen Europas erreichen kann? Denken Sie an die nationalstaatliche Geschichte Frankreichs, Englands oder Italiens; demnächst kommt das stolze Spanien hinzu - vielleicht würde ein Land wie Holland so etwas theoretisch akzeptieren; wenn es dann aber konkret wird, sicherlich auch nicht mehr.

Damit will ich nicht sagen, daß die EG überflüssig ist, im Gegenteil. Aber man darf ihr nicht mehr als eine hochwichtige technische Rolle zubilligen, etwa bei der Gestaltung des Haushalts oder der Währungspolitik, meinetwegen auch bei der Gestaltung der Agrarpreise, obwohl das, weiß Gott, eine schlimme Entwicklung genommen hat.

Die Führung Europas muß also aus dem Einverständnis zwischen Frankreich und Deutschland erwachsen. Dabei müssen sich sowohl die Deutschen wie die Franzosen zurückhalten, daß sie ihren europäischen Kollegen nichts vorschlagen, was für deren Traditionen und Interessen nicht akzeptabel ist. Wenn es auf diese Weise gelingen sollte, daß Europa seine eigene Identität findet, so ist damit auch ein Wegweiser aufgerichtet und wird Europa attraktiv gemacht für die Länder Osteuropas, die nach Orientierung suchen.

Noch ein Wort zu den abnehmenden Bindewirkungen des Christentums, von denen Herr Weidenfeld gesprochen hat. Dies scheint mir in der Tat ein wesentlicher Faktor für den europäischen Identitätsverlust, möglicherweise auch für den gegenwärtig konstatierten Vitalitätsverlust zu sein. Man muß aber hinzufügen, daß dieser Prozeß schon sehr früh einsetzt, nämlich am Ende des Mittelalters mit den Reformatoren beginnt, also noch vor der Aufklärung.

Herr Weidenfeld hat zu Recht gesagt, daß religiöses Erbe, Religiosität und Kirche eigentlich eine größere Rolle in unserem Bewußtsein spielen sollten. Wenn man jedoch von der Rolle der Kirchen redet, muß man zugleich beachten, daß der Selbstevangalisierung Europas - um eines Ihrer Worte aufzugreifen, Herr Kardinal die andere Erkenntnis nicht nur der römisch-katholischen, sondern auch der evangelischen Kirchen gegenübersteht, daß nämlich die Enteuropäisierung der Kirchen notwendig ist.

So müssen sich die Kirchen heute vor allem um Lateinamerika kümmern. Dabei kann es nicht nur um die Ablehnung der Theologie der Befreiung gehen, sondern vor allem muß sich die Kirche auf die besonderen Verhältnisse Lateinamerikas einlassen. Sie sollte eine Sozialzyklika vorbereiten und erlassen, wie sie das vor 90 Jahren mit der Enzyklika *Rerum Novarum* getan hat. Daraus hat sich eine ganze katholische Soziallehre aufgebaut. Die theologischen Prinzipien und das gesamte Instrumentarium müssen aber auf Lateinamerika zugeschnitten sein, einen Kontinent, der teilweise noch von Latifundienwirtschaft geprägt ist.

Lateinamerika wird am Ende dieses Jahrhunderts 700 Millionen katholische Christen umfassen. Es wird der katholische Kontinent sein, dessen Hauptstadt aber in Europa liegt: Rom. Die Europäer werden dann innerhalb der EG nur 350 Millionen zählen, Spanien und Portugal mit eingeschlossen. Es ist also wichtig, daß die Kirchen, zumal vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, ihre Eurozentrizität überwinden. Die Aufgabe der Selbstevangalisierung Europas müßte zugleich mit der ebenso dringenden und drängenden Aufgabe einer geistigen Hilfeleistung für die Kirchen in der dritten Welt, insbesondere, wie gesagt, in Lateinamerika bewältigt werden.

König

Ich spreche jetzt als Seelsorger und Vertreter der Pastoraltheologie und stelle dabei den Menschen in den Mittelpunkt. Auf meiner ersten Reise in den Osten in den 60er Jahren hatte ich Kardinal Mindszenty in der amerikanischen Botschaft in Budapest zu besuchen. Bei dieser Gelegenheit lernte ich auch einige andere Personen kennen, die mir sofort sagten: "Gott sei Dank, daß Sie aus dem Westen zu uns kommen. Wir hatten schon den Eindruck, abgeschrieben zu sein. Um uns kümmert sich niemand. Daß Sie hier sind, ist schon ein Zeichen, das wir hochschätzen und das uns Vertrauen gibt." Das hatte ich gar nicht erwartet.

In dem Zusammenhang möchte ich die Frage stellen: Ist der Atheismus nur ein religiöses, seelsorgerisches Problem, oder ist er ein politisches Problem? Ich würde antworten: Der Atheismus im allgemeinen ist sicher ein seelsorgerisches Problem, denn es hat ihn immer gegeben und wird ihn immer geben. Der militante Atheismus des Staates jedoch greift in das Gebiet der Menschenrechte ein. Dann entsteht das Gefühl der Verlassenheit und der Unsicherheit bei den einzelnen Menschen. Zugleich wird die Hoffnung geweckt, daß man ihnen aus den anderen Teilen der Welt zu Hilfe kommt, um sie aus ihren menschlichen und religiösen Nöten zu befreien.

Die Zusammenarbeit im europäischen Bereich sollte man in kleinen Schritten zu realisieren suchen. Ich nenne einige Beispiele für solche kleinen Schritte, die nicht unmittelbar im Bereich der großen Politik liegen, die aber trotzdem wichtig sind. Ich denke etwa an den Tourismus. Eine wachsende Zahl von Touristen reist aus dem Westen in den Osten. Auch umgekehrt finden - zwar nur wenige, ausgewählte Besucher aus dem Osten ihren Weg in den Westen. Was ich bedaure, ist die Ignoranz derjenigen Touristen, die in den Osten reisen und von dort berichten, es sei doch alles in Ordnung. "Ich habe keine brennende Kirche gesehen; kein Pfarrer war an einem Baum aufgehängt. Ich habe einem Gottesdienst beigewohnt, bei dem viele Menschen gesungen und gebetet haben." Diesen Eindruck der Ordnung zu erwecken, ist im Osten wirklich gelungen. Dennoch ist der Tourismus wichtig, um sich gegenseitig kennenzulernen und besser zu verstehen.

Ich füge hinzu: Was können die Medien tun, um kleine Brücken zu bauen und den gegenseitigen menschlichen Kontakt zu fördern? Ich erwähne das Keston-College in England, das über einen hervorragenden Apparat verfügt, um die tatsächliche religiöse Situation in den Oststaaten zu registrieren. Was wir auf unserer Seite brauchen, sind zuverlässige Informationen. Wie sieht es wirklich in diesen Ländern aus? Wie lebt der einzelne Mensch? Auch auf diese Weise können weitere Schritte vorbereitet werden.

Ich erwähne drittens - ich weiß, es ist etwas umstritten - Amnesty International. Auch dort ist man bemüht, Kontakte von Mensch zu Mensch herzustellen und bei uns bekanntzumachen, wenn einzelnen Menschen irgendwo Unrecht geschieht. In Wien gibt es seit über 15 Jahren eine Institution "Pro Oriente", die regelmäßig Vertreter der orthodoxen Kirchen aus dem Osten zu Gesprächen und Kontakten einlädt. Es erfolgen auch Gegeneinladungen nach Jugoslawien, Ungarn, der Tschechoslowakei, vor allem aber nach Polen und Rußland. Auf diese Weise entsteht ein gewisses Vertrauensverhältnis von Mensch zu Mensch. Wir sollten uns bewußt bleiben, daß die Religion eine Basis zur persönlichen Verständigung ist. Das ist ein sehr wichtiger Faktor.

Schließlich möchte ich wiederholen: In Europa sollte die Zusammenarbeit, nicht die Einheit oben an stehen. Europa auf dem Wege zu sich selbst heißt für mich auch die Forderung, zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit, vor allem auf menschlicher Ebene, könnte durch ergänzende kleine Schritte geschehen.

Was Helsinki und die KSZE-Schlußakte angeht, scheint mir ein großes Problem darin zu liegen, daß die gleichen Begriffe häufig ganz verschieden gebraucht werden. Der Osten versteht zum Beispiel unter Religionsfreiheit etwas völlig anderes als der Westen. Dieses Problem wird an der Schlußakte von Helsinki sehr deutlich. Trotzdem eröffnet diese unterschiedliche Interpretation von Begriffen auch einen Anhaltspunkt, um miteinander zu sprechen und in der Sache einander näherzukommen. Das Sprachproblem sollte jedenfalls nicht ganz außer acht gelassen werden.

Dann noch eine Bemerkung zu den Kirchen, speziell zur katholischen Kirche. Wo steht die Kirche heute? Was ist überhaupt Kirche? Kirche, das meint doch nicht nur die Institution, die Pfarrer oder die Bauwerke, sondern das ist vor allem die große Gemeinschaft der Gläubigen. Diese Gemeinschaft ist in Westeuropa müde geworden und besitzt nicht mehr die Glaubenskraft vergangener Zeiten. Allerdings erleben wir jetzt eine kirchliche Erneuerungsbewegung in mannigfacher Form im europäischen Raum, von der eine neue Kraft ausgeht und die neue Antworten auf die politischen Fragen unserer Zeit geben könnte.

Zweifellos gibt es bei uns die große Müdigkeit und auch einen Mangel an religiöser Vitalität, aber es ist Verschiedenes im Kommen, das hoffen läßt. Die Erneuerungsbewegung sehe ich eher vom östlichen Christentum ausgehen. Dort hat der militante Atheismus zu einer Läuterung geführt, die die elementare religiöse Kraft wieder freilegt. Es ist meine Überzeugung: Die Christen aus dem Osten werden die christlichen Missionare für den Westen sein.

Altmann

Wenn man Kultur auf die heutige Gesellschaft bezogen charakterisieren will, läßt sich das am treffendsten mit dem Schlagwort des Mediums tun. Wir kennen die elektronischen und die Printmedien. Letztlich gehören alle Informations- und Kommunikationsapparaturen dazu. Die wichtigste "Software", um im Jargon der Fachleute zu sprechen, ist, übrigens schon seit dem vorigen Jahrhundert, die Musik geworden - am deutlichsten wird das in ihrer Verbindung zum Film. Auch die Museen geraten immer mehr in die Rolle von Medien, die sogar imstande sind, unser zerfallendes Geschichtsbewußtsein in gewisser Weise zu aktualisieren. Eine Ausstellung über die Staufferkaiser in Sizilien bringt Hunderttausende von Besuchern nach Stuttgart.

Die Frage ist zu stellen, ob nicht auch die Kirchen allmählich den Charakter von Medien annehmen. Kardinal König hat gesagt, Kirche, das seien nicht nur die Institution, die Bauwerke, die kirchliche Hierarchie. Die Antwort muß jedoch nicht unbedingt lauten, Herr Kardinal, die gläubige Gemeinde sei die Alternative. Die Alternative kann ebensogut das Medium sein. Das erleben wir etwa auf den Kirchentagen, die einen stark medialen Charakter bekommen haben, besonders für die Jugend. Der Glaube und seine Lehren werden kaum noch bemüht. Statt dessen: ein gestaltloses Besinnen unseres Lebensgefühls in der Meditation und dann die kollektive Ekstase der Kommunikation. Die Dogmengebäude der Kirchen gleichen heute alten erhabenen Kapellen mit wunderbaren Ausschmückungen. Man geht hindurch und vorüber. Ich stelle das nicht nur fest; ich kritisiere es auch.

Diese mediale Kultur hat einen großen Bedarf und Verbrauch an Ideen. Sie konsumiert Ideologien. Darin unterscheidet sie sich deutlich von der Kultur der Klassengesellschaft alten Stils. In gewissem

Sinne ist sie unideologisch. Zugleich entfaltet sie in der Massengesellschaft ein Kommunikationsfeld von großer Kraft, dem die osteuropäische Kultur nicht gewachsen sein wird.

Bondy

Das sehe ich anders, Herr Altmann.

Altmann

Wir sollten nicht immer nur von Kultur reden im Sinne der früheren literarisch artikulierten Kultur.

Die moderne mediale Kultur ist weniger kreativ als gesellschaftskritisch. Was sie mit der Gesellschaft so eng verbindet, ist diese Sozial- und Kulturkritik, für die viele Künstler bekanntlich eine funktionale Würde anstreben.

In Osteuropa ist das tendenziell genauso, und gegen diese Tendenz hat der sozialistische Realismus, dem die Sowjets einen repräsentativen Thron einräumen möchten, keine Chance. Die vom Westen ausgehende mediale Kultur ist stärker, stärker im Verfall.

Wenn es so ist, daß dieses moderne Kulturgefälle von Westen nach Osten verläuft, hat der Osten dem wenig entgegenzusetzen, es sei denn, man versucht sich als Sisyphus. Sollten wir das nutzen? In gewisser Hinsicht tun wir das bereits. Wir könnten noch mehr tun. Dabei müssen wir den alten, museal gewordenen Kulturbegriff auf sich beruhen lassen. Kultur, wie ich sie hier verstehe, umgreift auch Wissenschaft und Technik, auch den Konsum, im Grunde das gesamte Netzwerk der modernen Gesellschaft. Diese Entwicklung führt hin zu einer einheitlichen Weltzivilisation. Diesem Prozeß muß der Osten sich anpassen. Das sollten wir nutzen.

Bondy

Das klingt ein wenig apodiktisch. Das Orwell-Jahr 1984 neigt sich seinem Ende zu. Orwell hat einen großen Einfluß vor allem in Osteuropa bis nach Rußland hinein gehabt. Czeslaw Milosz hat berichtet, die Funktionäre hätten sich gewundert, daß Orwell ihr Leben so geschildert hat, wie es ist, obwohl er die Verhältnisse dort nie kennengelernt hat. Orwell wiederum hätte gesagt, Ansätze zum Totalitären gebe es überall, auch in England. Kultur ist ein alle nationalen Grenzen übergreifendes Phänomen, also zumindest gesamteuropäisch, wenn nicht noch darüber hinausgehend.

Das Problem europäischer Identität und Kultur ist zu komplex, als daß man es in den Gegensatz von Ost und West zwingen kann. Wenn Kardinal König sagte, Begriffe wie Recht und Freiheit würden im Osten und Westen verschieden verstanden, dann kann er mit Osten nur östlich von Polen gemeint haben. Denn Polen und die Tschechoslowakei sind damit nicht angesprochen.

Wir haben eine gemeinsame europäische Kultur, die nicht nur eine Summe nationaler Kulturen ist: Fuge, Sonate, Tafelbild bis hin zur Rezeption des Jazz - überall gibt es diese gemeinsamen Quellen und Wurzeln. Die moderne Kultur war nie rein national begrenzt, nicht einmal in der Lyrik. Die Kultur ermöglicht uns einen unmittelbaren Zugang und einen direkten Dialog zu jenen Völkern, die wir aus ideologischen Gründen Osteuropa nennen, obwohl es sich eher um Mitteleuropa handelt. Das bringt uns oft in scharfen Gegensatz zu den Regierungen.

Der Dialog, der in Büchern, Zeitschriften und Kolloquien stattfindet, wird übrigens im kulturellen Bereich von einigen dieser Länder wie Polen und Ungarn in hohem Maße toleriert. Haraszti und Konrád in Ungarn können zwar daheim nicht publizieren, aber sie leben dort und veröffentlichen hier. Polnische Schriftsteller, die gegen die Regierung sind, können in Polen publizieren. Ich denke an Zbigniew Herbert, Slavomir Mrozek, Stefan Kisielewski, Kazimierz Brandys und an die Präsenz von Werken von Polen, die im Ausland leben, wie Czeslaw Milosz. Anders verhält es sich in der Tschechoslowakei, wo alle bisherigen Literaturzeitschriften verboten wurden.

So können wir "Osteuropa" nicht auf einen Nenner bringen. Doch zugrunde liegt eine gemeinsame Kultur. Ob die im Osten oder im Westen heute produktiver ist, läßt sich schwer nachweisen. Der grenzüberschreitende Dialog zählt mehr als solches Messen.

Ein anderer Aspekt: Unsere Kultur mag noch so unideologisch sein, sie hat eine Wirkung besonderer Art auf ideologische Regime. Angesichts der starken Reideologisierung, die von Moskau ausgeht und jetzt auch in der DDR spürbar ist, wirkt unsere noch so "harmlos" gemeinte Kultur dort oft als Aggression, als Waffe, was sie meist gar nicht sein will. Denn ein Dichter schmiedet keine Waffen, wenn er Verse schmiedet. Auch wenn wir versuchen, zwischen Regierungen in Ost und West Gemeinsamkeiten zu schaffen - Kultur ist einesteils unter den Völkern unser gemeinsamer Nenner, aber zwischen den Regimen ist es unser Streitobjekt, unser Gegensatz.

Schotte

Sowohl im Westen wie im Osten wird die heutige Jugend in 10, 15 und 20 Jahren politische Verantwortung tragen. Wie werden diese jungen Menschen sich verhalten? Welche Werte werden sie in ihrem zukünftigen Verantwortungsbereich zu verwirklichen suchen? Wie werden sie gegenwärtig beeinflusst? Was werden sie von ihrem eigenen System verlangen, wenn sie einmal die Möglichkeit haben, mehr zu fordern?

Man muß berücksichtigen, daß die Jugend in Osteuropa ohne Krieg aufgewachsen ist und nicht weiß, was ein demokratisches System wie im Westen bedeutet. Außer dem unmittelbaren Wunsch nach Freiheit können sie alles, was sie über Demokratie, Menschenrechte, Respektierung der menschlichen Person erfahren wollen, nur aus einer negativen Erfahrung lernen oder aus Büchern, die vom Westen kommen oder aus den Medien, beziehungsweise durch persönliche Kontakte und so weiter. In dieser Hinsicht werden wir in den nächsten Jahren einige der kleinen Schritte tun können, an die wir alle glauben.

Das nächste Jahr ist das internationale Jahr der Jugend. Die osteuropäischen Regierungen entwickeln bereits eine Reihe von Initiativen. Wie üblich werden viele Gruppen junger Leute aus dem Westen an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Werden sie daraufhinreichend vorbereitet, so daß die Kontakte, die sie dort knüpfen, fruchtbar werden können, und sie nicht Gefahr laufen, manipuliert zu werden? Stellen auch wir im Westen solche Initiativen auf die Beine, um junge Menschen aus osteuropäischen Ländern einzuladen und zur Teilnahme zu bewegen, so daß sie auch bei uns etwas lernen können?

Die Jugend in Osteuropa hat, wie uns gesagt wird, bestimmte Elemente der westlichen Jugendkultur übernommen: Rock, Punk-Musik, Jeans - es ist nicht immer das Beste, was unsere Jugendkultur anbietet. In dieser Hinsicht sollten wir den verschiedenen Kanälen, durch die wir unsere Kultur dem Osten vermitteln, mehr Beachtung schenken. Es ist wichtig, daß wir uns darum kümmern, was dorthin übertragen wird, der Inhalt der Botschaft, den wir bewußt oder unbewußt weiterreichen. Es geht doch darum, daß wir dem Osten jene Dinge unserer westlichen Kultur übermitteln, die wirklich wertvoll sind und an denen sich der Osten orientieren kann.

Dann zu der Äußerung von Herrn Schmidt, daß die Kirche in Lateinamerika einer bedeutenden Zukunft entgegengeht. Er sagte, die soziale Botschaft der Kirche habe dort nicht genügend Einfluß gehabt. Gleiches gilt auch für Afrika. Nach 20 Jahren der Unabhängigkeit sehen die Bischöfe und die katholischen Gemeinden in den meisten afrikanischen Ländern die Möglichkeit, eine Rolle auf sozialem und politischem Gebiet zu spielen. Deshalb brauchen sie unsere Hilfe, um nicht die gleichen Fehler zu begehen, welche in Lateinamerika gemacht worden sind.

In diesem Zusammenhang finde ich den Modernisierungsgedanken von Herrn Weidenfeld sehr anregend. Auch die Kirche muß sich modernisieren und ihre Möglichkeit wiederentdecken, wie sie auf die Gesellschaft einwirken kann. Das betrifft die soziale Tätigkeit und die Soziallehre der Kirche. In den letzten 20 Jahren hat die Kirche eine; Krise durchgemacht, selbst die Soziallehre wurde angezweifelt.

Die ganze Stellung der Kirche in der Gesellschaft wurde in Frage gestellt; es hieß, die Kirche könne kein Modell für die Gesellschaft anbieten; selbst ihr Anspruch, etwas über ethische Werte und Prinzipien auszusagen, wurde verworfen.

Glücklicherweise erleben wir seit Anfang der 80er Jahre erneut ein stark ausgeprägtes Interesse an der sozialen Botschaft der Kirche. Die kühne Art, in der der Papst die kirchliche Botschaft wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat, hat den Menschen geholfen, in Johannes Paul II. jemanden zu sehen, der glaubwürdig über das soziale Engagement der Kirche in der Welt spricht.

Ich komme gerade von einer Reise durch mehrere lateinamerikanische Länder zurück. Es besteht dort ein außerordentliches Interesse an der kirchlichen Soziallehre, die mit der Enzyklika des Papstes über die menschliche Arbeit begann. Es ist wirklich unglaublich, wie stark in der katholischen Kirche in den einzelnen Zirkeln und auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft dieses Interesse zunimmt.

Wo immer ich in Südamerika hinkam, habe ich Leute in Führungspositionen gefragt, wie sie die Tatsache erklärten, daß in all diesen Ländern, in denen die politische Führung ausnahmslos eine katholische Erziehung genossen hat, es nicht gelungen sei, eine demokratische Gesellschaft mit mehr sozialer Gerechtigkeit zu schaffen. Überall erhielt ich die Antwort, daß sie nicht im Geiste der kirchlichen Soziallehre und zur sozialen Verantwortung erzogen worden seien.

Das ist ein schwerer Vorwurf gegen die Kirche, da sie über die Mittel wie Schulen und Universitäten verfügt, um Menschen das Bewußtsein für soziale Gerechtigkeit nahezubringen. An den meisten

katholischen Universitäten gibt es kein integrales Lehrprogramm für die kirchliche Soziallehre. In vielen Priesterseminaren wird sie nicht mehr gelehrt. Dadurch ist in dem Denken der katholischen Bevölkerung ein Vakuum entstanden, das dann vom Marxismus und von der Friedmanschen Chicago School of Economics ausgefüllt wurde, die aber letztlich keine Antworten auf die Probleme Lateinamerikas zu geben wissen.

Hier sehe ich für den Westen eine doppelte Gefahr, die auch unsere Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Kirchen negativ beeinflussen kann, nämlich die Gefahr einer Klerikalisierung des sozialen Handelns. Es ist richtig, daß Bischöfe bei der Verbreitung ethischer Prinzipien eine Rolle spielen müssen. Sie müssen auch dazu beitragen, daß die allgemeinen Prinzipien in konkrete Handlungsanweisungen umgesetzt werden, die für jede Gesellschaft von Bedeutung sind. Das hat aber auch zur Folge, daß sie vielfach die einzigen Sprecher der Kirche werden und die Menschen von ihnen entweder alles erwarten oder alles ablehnen, was sie sagen.

In diesem Zusammenhang besteht die Gefahr einer weiteren Klerikalisierung, nämlich die des Laienstandes. Kardinal König hat von einer Erneuerung unserer Kirchen durch die jungen Leute gesprochen. Eine solche Bewegung gibt es in der Tat, aber sie birgt auch das Risiko in sich, zu spirituell zu werden. Die jungen Leute ziehen sich aus dem politischen Leben zurück und lassen in ihrem sozialen Engagement nach. Wir müssen uns dessen bewußt sein, weil die Gefahr besteht, daß die jungen Menschen in ihrer Aufrichtigkeit und Offenheit manipuliert werden.

Zum Beispiel haben wir in den letzten Jahren gesehen, daß die Friedensbewegungen in der Lage waren, viele junge Leute für die Friedensarbeit zu mobilisieren; wobei Einsichten und Motivationen in bezug auf das Friedensproblem häufig sehr oberflächlich waren.

Die Kirchen können hier zwei Dinge tun: Die westlichen Kirchen müssen ernsthaft ihre Sozialprogramme und ihre sozialen Tätigkeitsfelder überdenken und erneuern. Die Art, in der sie das tun, die Grundlage dafür, was sie der Gesellschaft vorschlagen: Dies alles muß überdacht werden. Auch die östlichen Kirchen sollten in gleicher Weise wirksam werden, obwohl das für sie sehr viel schwieriger ist. Was immer die Kirche im Osten zu sozialen Fragen sagt, es wird sofort als politische Einmischung verstanden. Auch verfügen sie dafür nicht über die geeigneten Mittel; es fehlt an Büchern, an Studienzentren, an Möglichkeiten, um Tagungen zu veranstalten und so weiter. Wenn wir hier über kleine Schritte sprechen, ist dies ein Weg, indem wir unsere Hilfe anbieten und Initiative anregen können.

Gasteyger

Ich möchte auf ein Problem hinweisen, das vielen Europäern Sorgen bereitet: Die Sprachkenntnisse in Europa nehmen nicht, wie wir erwartet hatten, zu, sondern ab. Mit anderen Worten, die Verständigungsschwierigkeiten nehmen erheblich zu, auch innerhalb der Europäischen Kommission. Selbst in einem Lande wie der Schweiz, das immerhin dreisprachig ist, verständigen sich heute Deutschschweizer mit französisch sprechenden Schweizern bereits auf englisch.

Ein weiterer Punkt. Bischof Schotte hat zu Recht gefragt, was die osteuropäische Jugend gegenüber dem Westen empfindet. Für mich ist aber ebenso wichtig zu wissen, was eigentlich unsere eigene Jugend jenseits von Tourismus und Friedensbewegung gegenüber Osteuropa empfindet. Was weiß sie vom kulturellen und politischen Erbe Osteuropas?

Schotte

Wahrscheinlich so gut wie gar nichts.

Gasteyger

Genau das macht mich besorgt.

Die KSZE vollendet 1985 ihr erstes Jahrzehnt. Wir haben in unserer schnellebigen Zeit gesehen, daß dieser lohnenswerte Ansatz eines Ost-West-Dialogs, an dem auch die kleinen und die neutralen Staaten beteiligt sind, eine Tendenz zu Institutionalisierung bei gleichzeitigem Substanzverlust aufweist. Herr Weidenfeld hat uns daran erinnert, daß in der Schlußakte ein ganzer Katalog nicht nur von Prinzipien, sondern auch von praktischen Aufgaben enthalten ist. Ich frage mich, ob die KSZE mit ihren Nachfolgekongressen und Verästelungen in andere Bereiche das letzte Wort sein soll und kann angesichts der vielen ungelösten Aufgaben und der vielen brachliegenden Felder, auf denen - wie bescheiden auch immer - unsere Beziehungen zum anderen Teil Europas angereichert werden können.

Stürmer

In den Ost-West-Beziehungen ist das Verhältnis von Prinzip und Pragmatismus sehr dynamisch. Das ist ein Vorteil, birgt aber auch Gefahren. Man kann dies am Beispiel der Deutschlandpolitik zeigen, die sehr prinzipiell begann und dann den prinzipiellen Rahmen mit immer mehr Pragmatismus ausfüllte. Heute provoziert sie geradezu das Verlangen nach neuen Prinzipien - vielleicht weniger bei den Deutschen als in den benachbarten Ländern. Man glaubt uns nicht, wenn wir sagen, daß wir bei dem Zustand, den wir heute haben, stehenbleiben wollen. Natürlich kann es auch nicht dabei bleiben, sondern hier muß man weiterdenken.

Ich komme auf mein Plädoyer zurück, daß die Deutschlandpolitik um eine westeuropäische Osteuropapolitik ergänzt werden muß, nicht nur um der Deutschen, sondern auch um der Europäer willen. Die Prinzipien sind wichtig für die eigene Position, die nach Osteuropa hineinwirkt. Nicht nur seine Prosperität, sondern die Freiheit des Westens in einem sehr elementaren Sinne ist für den Osten attraktiv. Das erfahren wir jeden Tag im Gespräch mit DDR-Bürgern. Damit ist auch eine politische Vision verbunden. Wir müssen klarmachen, was wir eigentlich wollen. Denn sonst wird man uns etwas unterstellen, was sehr gefährlich sein kann. Je stärker die Deutschlandpolitik in den westeuropäischen Rahmen eingebunden ist, desto mehr wird sie ihre Sprengkräfte verlieren, die ihr zugeschriebenen wie auch die wirklichen.

Graf Ferraris

Die westliche Jugend zeigt kein besonderes Interesse für den Osten im allgemeinen, weil er kein Modell mehr darstellt. Sogar unter den jungen italienischen Kommunisten spielt Osteuropa als Modell keine große Rolle mehr.

Stürmer

In der Bundesrepublik dagegen gibt es ein wachsendes Interesse an dem, was die ostdeutsche Jugend denkt, will und wie sie lebt.

Mertes

Jeder ist ja durch seine persönliche Lebenserfahrung geprägt. Ich erinnere mich, daß während meiner Kindheit nach 1933 in meinem Elternhaus sehr viel über Realismus und Anpassung, wie man damals sagte, diskutiert wurde. Rückblickend muß man sagen, daß die ältere Generation in Deutschland damals zu realistisch und pragmatisch und vielleicht zu wenig prinzipientreu war. Ich bin sehr skeptisch gegenüber jedem Pragmatismus, der prinzipielle Gesichtspunkte außer acht läßt - zumal unser weltpolitischer Gegenpartner sehr prinzipiell denkt und auch stolz darauf ist.

Was die junge deutsche Generation angeht, so berichtete mir der Vorsitzende der Jungen Union kürzlich, daß die Jugendlichen zwischen dem 16. und 22. Lebensjahr ein ausgesprochen starkes Interesse für die deutsche Identität entwickeln, und zwar im Sinne einer engen Kooperation mit der DDR. Das resultiert auch aus einer wachsenden Abneigung gegenüber sicherheitspolitischen Fragen, etwa der Atombewaffnung, und einem Unverständnis für Souveränitätseinschränkungen der Bundesrepublik Deutschland in Berlin. Für die junge deutsche Generation trifft es jedenfalls nicht zu, Herr Ferraris, daß sie sich nicht für den Osten interessiert.

Ich stimme Herrn Schmidt zu, daß der sowjetische Expansionismus vital und ungebrochen ist. Damit behält die Sicherheitsfrage letzten Endes doch Priorität für unsere praktische Politik. Daran hat sich in den letzten 40 Jahren nicht viel geändert. Gegenüber dem sowjetischen Expansionismus bleibt das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika nach wie vor für uns lebenswichtig.

Die Sowjetunion will offenkundig keinen Krieg und auch keine Aggression, aber die deutsche Frage ist ein Instrument ihrer Politik. Auch in der Sowjetunion wird ja die These vertreten, daß die deutsche Frage offen ist. Die Sowjetunion hält an der eigenen Interpretation ihrer Rechte für ganz Deutschland sehr genau fest. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß sie mit der deutschen Frage in Zukunft argumentieren und auch außenpolitisch hantieren wird. Deshalb sollten wir sehr genau wissen, was wir mit der deutschen Frage wollen.

Als ich 1976 mit einer Gruppe deutscher Parlamentarier in Moskau war, hat man uns erklärt: Wir erwarten nicht, daß die Bundesrepublik Deutschland ihr Bündnis verläßt. Aber sie sollte im Atlantischen Bündnis eine Art Advokat für die guten Absichten der Sowjetunion gegenüber dem Westen und für die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion werden.

Die Sicherheitsfrage stellt sich deshalb heute nicht nur militärisch, sondern auch politisch. Ich unterstreiche jedes Wort, was Herr Stürmer und Herr Froment-Meurice über die Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses gesagt haben. Mit allem Respekt für die übrigen Partner in der EG: dem deutsch-französischen Verhältnis kommt aus einer Reihe von Gründen eine herausragende Bedeutung zu.

Deshalb würde ich es begrüßen, wenn über die deutsche Frage auch in der EPZ unter europäischen Gesichtspunkten und weiterhin im Atlantischen Bündnis diskutiert wird. Die Bonner Erklärung von Juni 1982 und das Washingtoner Kommuniqué von 1984 weisen dazu sehr gute Ansätze auf. Ich halte es für bemerkenswert, daß Herr Gromyko unserem Botschafter in Moskau gegenüber den Vorwurf des Revisionismus damit begründet hat, das Atlantische Bündnis habe sich die Formel des Briefes zur deutschen Einheit zu eigen gemacht. Die Sowjetunion richtet sich nach der Erkenntnis von Samuel Johnson: Nothing clears the mind like the prospect of hanging tomorrow. Sie ist sich ihrer Schwierigkeiten bewußt. Wenn es im Atlantischen Bündnis eine - auch nur prinzipielle - Solidarisierung mit den Deutschen in ihrer nationalen Frage gibt, dann empfindet schon dies die Sowjetunion als gefährlich.

Ich ziehe daraus folgende Konsequenzen: Erstens, die deutsche Frage muß in der EPZ stärker als europäisches Thema behandelt werden. Zweitens, die westeuropäische Einigung ist lebensnotwendig, um die Sprengkraft der deutschen Frage aufzufangen - das war schon Adenauers Wille. Wenn es nicht zu dieser europäischen Integration kommt, wird die Sowjetunion die deutsche Frage für ihre Zwecke nutzen. Die Deutschen wären jedenfalls gut beraten, wenn sie die deutsche Frage als Gesamtposition des Westens darstellen würden.

Henry Kissinger hat vor kurzem kritisiert, daß es im Atlantischen Bündnis ein Ungleichgewicht der Macht gäbe. Dieser Vorwurf richtet sich nicht in erster Linie an die Amerikaner, sondern an die Europäer, die sich stärker zusammenschließen müssen.

Ob wir das wollen oder nicht, die deutsche Frage ist vorhanden. Es liegt an uns, sie richtig zu nutzen. Wenn der Westen die deutsche Frage nicht behandelt, wird sie nicht verstauben, sondern von anderen aufgegriffen werden, und zwar gegen uns und gegen die westliche Gemeinschaft.

Lahn

Es gibt sicher kein Patentrezept, um die Spaltung in Europa zu beseitigen oder auch nur zu mildern. Aber es kommt darauf an, erste Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Ich hielte für außerordentlich wichtig, den Versuch zu machen, eine europäische Ostpolitik zu konzipieren und zu vertreten.

Die EPZ wäre dafür, wie Herr Mertes sagte, sicher ein geeignetes Instrument. Die EPZ tritt monatlich auf der Ebene der politischen Direktoren, halbjährlich auf der Ebene der Außenminister zusammen. Sie beschäftigt sich mit den wichtigsten außenpolitischen Themen. Warum sollte man nicht die Frage der Spaltung Europas in den Katalog der offenen und kontroversen Fragen mit aufnehmen? Vielleicht sollte man auf diese Problematik zunächst eine kleine Arbeitsgruppe ansetzen, um einen praktischen politischen Weg zur Lösung aufzuzeigen.

Ein neuer Impuls kann jedenfalls nicht, das ist hier deutlich geworden, von einer neuen deutschen Ostpolitik mit weiteren Vertragsangeboten oder ähnlichem ausgehen. Damit würden wir uns vermutlich höchst suspekt machen. Wenn indes die Europäische Gemeinschaft nicht in der Lage ist, sich solche Überlegungen zu eigen zu machen - eine europäische politische Union gibt es ja bisher nicht; -, wäre zu untersuchen, ob nicht die drei Westmächte, die für Deutschland als Ganzes und für Berlin Verantwortung tragen, aufgrund ihrer Verträge ein Recht und auch die Pflicht haben, mit der Sowjetunion in solche Gespräche einzutreten. Es mag schwierig sein, Großbritannien und die Vereinigten Staaten zu einem solchen Schritt zu bewegen, dennoch sollte die Bundesregierung einmal einen Ansatz in dieser Richtung unternehmen.

Auch eine deutsch-französische Verständigung in dieser Richtung, die Herr Froment-Meurice vorgezeichnet hat, sollte man nicht ausschließen. Wir sollten uns bewußt sein, daß die osteuropäischen Länder zur Zeit eine Westpolitik betreiben, die darauf abzielt, die Bundesrepublik Deutschland zu isolieren. Das müssen wir in jedem Fall verhindern.

Stehle

Sie sprechen die Westpolitik des Ostens an, Herr Lahn. Da möchte ich doch sagen: Wenn wir hier von Expansionismus gesprochen haben, dann sollten wir nicht verkennen, daß ein solcher Verdacht auf beiden Seiten besteht. Der Expansionismusverdacht braucht ja nicht nur militärisch begründet zu sein.

Herr Mertes sagte zu Recht, die Sowjetunion wolle keinen Krieg. Nun, auch wir wollen keinen Krieg. Nicht mit Divisionen will man expandieren, sondern sozusagen mit "Visionen", das heißt: mit Prinzipien und Wertvorstellungen.

In dieser Hinsicht gibt es in der Tat auf beiden Seiten einen ideellen oder ideologischen Expansionismus, der in praktische Politik umgesetzt wird. Dadurch verstärkt sich das gegenseitige Mißtrauen. Hier dürfte auch eine der Grundursachen für den Ost-West-Konflikt liegen, die sich bis hinein in die Abrüstungspolitik auswirkt.

Von daher halte ich es für ein ganz aussichtsloses Unterfangen, dieses Europa - wie es im Titel unserer Diskussion heißt - "zu sich selbst" kommen zu lassen. Dieses "selbst" ist zumindest so lange nicht definierbar, als sich auf beiden Seiten solche expansionistischen Visionen gegenüberstehen.

Ich unterhielt mich vor kurzem mit einem sowjetischen Diplomaten über die Frage der Freiheit in unseren Systemen. "Wissen Sie", sagte der Russe, "die Freiheit ist in der Tat eine wichtige philosophische Frage, über die vor allem deutsche Philosophen viel nachgedacht haben. Ich denke nicht nur an Marx, sondern auch an Hegel. Aber sehen Sie, wir sind mehr und mehr zu der Überzeugung gekommen, daß Freiheit letzten Endes Einsicht in die Notwendigkeit bedeutet." Als er mein etwas spöttisches Lächeln bemerkte, fuhr er fort: "Meinen Sie, das ist bei Ihnen anders? Sie stehen doch auch vor Notwendigkeiten. Vielleicht ist das unsere letzte Gemeinsamkeit in diesem Europa. Die große geistesgeschichtliche Grundlage Europas - das sage ich Ihnen als Marxist - ist das Christentum. Im Christentum, ohne das ja auch Hegel und Marx nicht denkbar wären, wurde die Freiheit von Anfang an immer als dialektisch verstandene Notwendigkeit begriffen."

Wenn sich aber europäische Gemeinsamkeit nur auf diesen bescheidenen Nenner reduziert - und damit komme ich auf die entgegengesetzten expansionistischen "Visionen" zurück;- , kann man vor der Aufgabe nur resignieren, dieses Europa zu sich selbst kommen zu lassen.

Bondy

Widerspruch, Herr Stehle! Meine Generation hat noch erlebt, daß die Vision des Ostens stark nach Westen gewirkt hat, daß Menschen im Westen für Stalin und sein Regime zu leben, zu kämpfen, zu töten und zu sterben bereit waren. Diese Vision gibt es nicht mehr. Nirgends erreicht uns ein Licht aus dem Osten. Die einzige starke kommunistische Partei im Westen ist die italienische, und die hat sich davon distanziert.

Dagegen ist unsere Form des Lebens und der Freiheit eine Attraktion für die östlichen Völker, ob wir das nun wollen oder nicht. Sie wird von den dortigen Machthabern als Bedrohung empfunden. Das hat nichts mit Imperialismus zu tun. Es gibt keine Vision aus dem Osten mehr, die uns verführt, aber es gibt eine Vision des Westens, die dort verführt.

Hassner

Die Russen haben recht, von friedlicher Koexistenz, einer Fortsetzung des ideologischen Kampfes zu sprechen. Als Giscard d'Estaing 1975 nach Moskau reiste und ihnen eine ideologische Entspannung vorschlug, lachten sie ihm ins Gesicht. Ich glaube, sie hatten recht. Die Frage ist letztlich, mit wem will man eine europäische Identität wiederbegründen, mit dem Diplomaten oder mit der Bevölkerung? Ich denke, es muß mit beiden sein.

Über Rüstungskontrollverhandlungen und Wirtschaftsfragen muß man mit den Diplomaten verhandeln, aber die Bevölkerung setzt ihre Hoffnung darauf, daß sie ihr totalitäres Regime loswird. Die Menschen sind realistisch genug, um zu wissen, daß sie es nicht loswerden können, aber die wesentliche Aufgabe Europas besteht darin, daß wir für sie sprechen, solange sie nicht selbst sprechen können. Und falls wir, insbesondere wir als Intellektuelle, um der Entspannung, des Gleichgewichts oder um des Gesprächs mit Diplomaten willen den wesentlichen Unterschied zwischen unserem Begriff von Freiheit und ihrem verwischen, bedeutet dies, daß wir gerade das verwerfen, was die Völker Osteuropas als den entscheidenden Punkt der europäischen Identität verstehen. Deshalb ist das unser Problem.

Vorhin wollte ich mich nicht so grundsätzlich gegen den Pragmatismus äußern. Pragmatiker sollte jeder sein. Es war eher das Problem, gegen eine schweigende Wand zu reden. Ich bin wirklich nicht der Auffassung, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von einem "Reich des Bösen" reden darf; und ich halte auch nicht für richtig, daß Vizepräsident Bush in seiner Rede in Wien gesagt hat, Rußland sei ein barbarisches, nicht-europäisches Land. Aber wir müssen in der Lage sein, wie die Sowjets es ja tun, diplomatische Sprache und Unnachgiebigkeit in bezug auf unsere grundlegenden Prinzipien und Ansichten zu verbinden. Unseren Regierungen kann vieles verziehen werden. Sie

dürfen zwar die Grundwerte nicht verleugnen, können aber doch Stillschweigen darüber üben. Es gibt jedoch keine Entschuldigung für uns, für die Deutschen, für die Mitglieder der politischen Parteien und die Intellektuellen, wenn wir in Dingen der Wahrheit Kompromisse eingehen. Das war der große Wert der Reise des Papstes nach Polen.

Osteuropa erwartet von uns letztlich, daß wir ein Wort der Wahrheit sagen. Wenn wir statt dessen schweigen oder uns einer Sprache bedienen, die wir im Französischen "la langue de bois" nennen, in der Hoffnung, ihnen damit helfen zu können, treiben wir sie nur zur Verzweiflung.

Stehle

Ich wollte keineswegs die westliche und die östliche "Vision" auf dieselbe Ebene stellen. Ich weiß natürlich, daß sich die marxistisch-leninistische Ideologie nicht nur in einer Krise befindet, sondern weitgehend bankrott gemacht hat. Diese Ideologie ist einem Säkularisierungsprozeß bis zur totalen Aushöhlung unterworfen.

Diesem Prozeß sind aber auch westliche Wertvorstellungen ausgesetzt, nicht zuletzt die der christlichen Kirchen. Wir machen uns das selbst vielleicht zu wenig bewußt. Viele Begriffe, die wir an diesem Tisch guten Glaubens und guten Willens benutzen, sind, wenn wir sie auf ihre reale Bedeutung abklopfen, die sie für uns selbst, sei es in unserem privaten, sei es im öffentlichen Leben, haben, sehr stark durch die Säkularisierungsprozesse in Frage gestellt, und das haben nicht nur Theologen erkannt. So selbstverständlich, wie wir hier unsere "Vision" in die Welt stellen, ist sie in Wirklichkeit leider auch für uns nicht mehr.

Hermes

Ein fundierter Pragmatismus beruht entweder auf einer geläuterten Lebenserfahrung oder aber auf einem sittlichen Erbe. In dem Sinne ist er im Grunde die sachgerechte Verfolgung von Prinzipien. Wenn hier jedoch Pragmatismus und Prinzipien als Gegenpositionen hingestellt werden, dann versteht man unter Pragmatismus eben ein wenig Gefälligkeitspolitik, das Überspielen von Problemen, ein wenig "muddling through". Das wird dann den Prinzipien entgegengesetzt.

Das Problem der säkularisierten Welt, das sowohl für den Westen wie auch für den Osten Bedeutung hat, leistet aber noch einer anderen Art von Pragmatismus Vorschub. Wenn man nämlich die langfristige Orientierung durch Prinzipien und Grundwerte verliert - und das ist ja wohl eine Erscheinung der modernen Welt;-, ist man leicht bereit, einen sehr banalen pragmatischen Weg zu gehen. Da hat man dann weniger grundlegende Ziele als vielmehr nur Zwecke vor Augen, die man unmittelbar erreichen möchte. Wenn es heißt, es komme nur darauf an, einen vernünftigen Weg bis zu dem nächsten Ziel zu finden, ohne daß Prinzipien dabei eine Rolle spielen, verliert man die langfristige Orientierung. Die große Gefahr, die die fortschreitende Säkularisierung mit sich bringt, ist, daß man die langfristigen Ziele vernachlässigt. Man einigt sich über die nächsten Schritte; das entspricht eher der vorherrschenden Stimmungslage.

Wenn ich heute beispielsweise das Phänomen der Grünen in Deutschland betrachte, so erkenne ich bei ihnen im wesentlichen eine Mischung aus Illusionen und idealistischen Stimmungen, die nicht durch langfristige Zielvorstellungen, sondern meist nur durch konfuse Ideale gebildet werden. Diese irrationale Lebensauffassung treffen wir in Europa und besonders in Deutschland bei der Jugend in einem erschreckenden Ausmaß an. Das sollte uns zu denken geben, wenn wir diese junge Generation ansprechen, die in Europa und für Europa in der nächsten Zukunft die Politik gestalten muß. Ich frage mich, wie diese Generation die Einheit des westlichen Europas und die Überwindung der Spaltung Gesamteuropas schaffen soll - sofern sie es überhaupt will.

Schmidt

Da sollten Sie sich nicht zu viele Sorgen machen, Herr Hermes. Spätestens mit 40 Jahren haben diese jungen Leute ihre Pubertät beendet.

Hermes

Mir ist aber die Vorstellung gar nicht angenehm, daß es noch 20 Jahre dauern kann, bis sie so weit sind. Denn bis dahin kann allerhand geschehen.

Altmann

Man sollte aber hinzufügen, Herr Hermes, daß die Affekte der jungen Generation gegen unsere Gesellschaft zum Teil berechtigt sind. Die Lage der jungen Leute ist, bei allem Komfort, den viele von

ihnen genießen, durchaus unerfreulich. Man kann nicht von der Jugend erwarten, daß sie alles so hinnimmt. Sie sollte es auch nicht hinnehmen.

Stehle

Ich stimme Ihnen zu, Herr Altmann. Bei aller Konfusion steckt in dieser Generation auch ein großer ideeller Impetus, der oft unterschätzt wird. Aber was ist eigentlich der Grund für dieses konfuse Verhalten junger Leute? An welchen Vorbildern können sie sich denn orientieren? Welche Werte leben ihnen unsere Politiker und unsere Parteien vor? Wie sind ihnen denn die hehren Werte, die wir hier dauernd im Munde führen, vermittelt worden? Die Konfusion kommt doch nicht von ungefähr. Ich meine, sie steckt weniger in dieser Jugend als vielmehr in unserer älteren Generation, die alles andere, nur keine Orientierung geboten hat. Man sollte das Verlangen nach Authentizität, das hinter der Konfusion dieser Jugend steht, nicht unterschätzen.

Auch Mental-Reservationen, wie sie hier immer wieder anklagen, zum Beispiel in der deutschen Frage, sind nicht unschuldig an solchem geistigen Zustand: Auf der einen Seite predigt man hehre nationale und übernationale Prinzipien, auf der anderen Seite verständigt man sich augenzwinkernd pragmatisch, opportunistisch oder auch nur ganz vernünftig darüber, daß gewisse Dinge nicht zu verwirklichen sind und daß man dies natürlich öffentlich nicht so deutlich sagen kann. Diese Art von Politisieren, auch bei den Berufspolitikern, führt dazu, daß die junge Generation politisch orientierungslos wird. Auch wir Intellektuellen, nicht zuletzt wir Journalisten, sind mit daran schuld.

Graf Ferraris

Ich stimme mit Ihnen nicht ganz überein, Herr Stehle. Zu allen Zeiten gab es Probleme mit dem Nachwuchs. Deswegen tragen auch alle Verantwortung. Die Jugend kann auch anderer Meinung sein.

König

Lassen Sie mich auf zwei Dinge hinweisen, die den Zusammenhang von Pragmatismus und Prinzipien betreffen.

Ich habe bei meinem letzten Rußlandbesuch Vertreter der orthodoxen Kirche gefragt, ob ihnen der Atheismus zu schaffen macht. Daraufhin wurde mir geantwortet, das sei kein Problem; denn der militante Atheismus in ihrem Lande sei kontraproduktiv. Viele junge Menschen würden sich heute die Frage stellen: Was ist das, die Religion? Warum verbietet man sie? Man beginnt, in der eigenen Literatur nachzuforschen und stößt auf interessante philosophische und religiöse Behandlungen dieses Themas, beispielsweise bei den großen russischen Schriftstellern.

Die Menschen fangen an, weil sie durch den militanten Atheismus provoziert wurden, sich intensiv mit der religiösen Frage zu beschäftigen. Das heißt nicht, daß sie unmittelbar in die orthodoxe Kirche zurückkehren. Aber sie fragen sich, was es denn bedeutet, Christentum praktisch zu leben. Dafür sind mir viele interessante Beispiele genannt worden.

Ein zweites Beispiel. Ich besuche gern die höheren Schulen, insbesondere die Abschlußklassen, und unterhalte mich mit den jungen Leuten. So habe ich sie gefragt: "Seid Ihr Euch bewußt, daß es vor allem Eure Generation ist, die Verantwortung für die Zukunft trägt? Diese Verantwortung besteht also in einem doppelten Sinne. Zum einen müßt Ihr Euch provozieren lassen durch die Botschaft Christi, zum anderen aber durch die Verantwortung für die Zukunft, nicht nur für die Gegenwart." Ich hatte erwartet, darauf eher skeptische Antworten zu bekommen, und war persönlich überrascht, daß die jungen Leute dies positiv aufnahmen. Ich habe dann hinzugefügt: "Ihr müßt Euch dessen nicht nur bewußt sein, sondern es auch weitersagen, daß Ihr als Generation verantwortlich seid."

Dieser Punkt scheint mir auch für unser Thema wichtig zu sein, nämlich deutlich zu machen, daß die Verantwortung nicht nur für die Zukunft unserer näheren Umgebung, unseres Landes gilt, sondern wir müssen auch an die europäischen Zusammenhänge denken. Unser Kontinent rückt durch Wissenschaft und durch die Medien immer enger zusammen. Deshalb sollten unsere jungen Leute auch an die junge Generation denken, die in anderen Ländern die Verantwortung für die Zukunft Europas tragen wird.

Ich halte es für wichtig, daß wir unseren jungen Leuten dies immer wieder sagen. Denn das, was hier im westlichen Europa in den jungen Menschen vorgeht, dringt, wie Herr Mertes gesagt hat, auch nach dem Osten vor. Auch die junge Generation im Osten ist sich dieser Verantwortung bewußt.

Schmidt

Ich stimme mit Kardinal König ausdrücklich überein. Man könnte sagen, das war eine geistliche Antwort auf die Herausforderung unseres Themas.

Ich will versuchen, eine machtpolitische Antwort hinzuzufügen. Dazu zitiere ich einen Satz aus der Rede, die Harold Macmillan, seit kurzem Lord Stockton, vor einigen Wochen im englischen Oberhaus gehalten hat: "Once you have got an ideology, you are lost, only pragmatic policies are good policies."

Natürlich gilt dieser Satz nur dann, wenn man sich seiner eigenen Grundwerte sicher ist und diese nicht von Skepsis oder Zweifeln angegriffen sind. Alle die Europäer, die von Zweifeln an ihren Grundwerten geplagt sind, werden einer pragmatischen Politik nicht fähig sein. Deshalb sind sie gefährlich, weil sie Katastrophen auslösen können.

Graf Ferraris

Wir sind am Ende unserer Diskussion angelangt. Wir alle haben etwas gelernt über die Möglichkeiten, die Spaltung Europas zu überwinden. Die Mittel sind sehr unterschiedlich. Es sind sowohl die kleinen praktischen Schritte notwendig als auch die großen Entwürfe und Konzepte.

Zunächst haben wir festgestellt, daß eine theoretische Definition von Europa schwierig ist. Was ist Europa, und wo liegen seine Grenzen? Welches soll der Handlungsrahmen für Europa sein? Es gibt gewisse Gemeinsamkeiten und Werte, die im wesentlichen auf den Traditionen des heutigen Westeuropas beruhen. Gewiß, auch Osteuropa gehört dazu, weil es ein Teil des Ganzen ist. Aber mit der Sowjetunion haben wir bereits unsere Schwierigkeiten, sie in dieses Bild von Europa einzufügen. Gehört Rußland zu Europa? Kulturell schon, aber politisch sicher nicht in gleicher Weise.

Die Schwierigkeiten bei der Definition von Europa haben deutlich gemacht, daß es eine Spaltung in Europa gibt, kulturell und politisch. Der Zusammenhang zwischen Kultur und Politik ist zweifellos nicht nur eine theoretische Frage, sondern hat auch mit der politischen Zielsetzung etwas zu tun. Das zeigt sich beispielsweise, wenn wir über den Sicherheitskomplex der Sowjetunion und die Schwierigkeiten, ihn zu befriedigen, nachdenken.

Wie kann die Spaltung überwunden werden? In welcher Richtung soll eine Einheit aller in Europa lebenden Völker hergestellt werden? Wir dürfen ja nicht vergessen, daß die Geschichte Europas immer eine Geschichte von Konflikten gewesen ist. Insofern hat es in den letzten, sagen wir, zweitausend Jahren nie eine wirkliche Einheit Europas gegeben. Europa war stets differenziert und mannigfaltig in seiner Kultur und in seinem Handeln. Wir haben festgestellt, daß sich die Westeuropäer heute auch nur unzureichend über das auskennen, was in ihren Nachbarländern kulturell vor sich geht.

Es gibt natürlich Faktoren der Gemeinsamkeit; die Religion zum Beispiel. Das Christentum begründet in gewisser Hinsicht eine europäische Einheit, trotz aller Verschiedenheit. Wobei Kardinal König die interessante Frage stellte, ob eine christliche Erneuerungsbewegung nicht eher vom östlichen Christentum als aus dem Westen zu erwarten sei. Unsere kulturellen Werte haben wir nicht nur den Völkern Westeuropas, sondern auch Osteuropas zu verdanken. Ost und West arbeiten auch in vielfältiger Weise zusammen. Dafür ist etwa die KSZE ein gutes Beispiel; das ist sicher nicht europäische Zusammenarbeit, sondern Zusammenarbeit in Europa. Dieser Prozeß wird hier allgemein positiv beurteilt. In diesem Zusammenhang müssen wir auch die Modernisierungsproblematik sehen, die für Ost und West gleichermaßen bedeutsam ist.

Auf der anderen Seite gibt es Faktoren der Trennung. Die Sowjetunion vertritt eine Politik, die keineswegs in die Richtung einer europäischen Einigung weist, im Gegenteil. Hinzu kommt, daß die Sowjetunion, wie hier gesagt wurde, nicht den Eindruck macht, daß sie machtpolitisch saturiert ist und in dieser Hinsicht ihre Grenzen sieht.

Unsicher ist, wie sich die Lage der Osteuropäer in den nächsten Jahren entwickeln wird. Nicht zuletzt ist die Lage in Mitteleuropa, insbesondere was die deutsche Frage angeht, ungeklärt.

Wie können die Spannungen besser als bisher überwunden werden? Man hat lange Zeit darüber geredet, daß man die Blöcke auflösen und eine neue Einheit schaffen sollte. Das ist offensichtlich nicht mehr aktuell. Es wurde hier vor Utopien gewarnt. Aber wir brauchen auch Vorschläge dafür, was wir tun sollen, um die Teilung Deutschlands und Europas zu überwinden - was nicht automatisch zur Wiedervereinigung Deutschlands oder Europas im ganzen führt. Ich halte als ein Ergebnis unseres Gesprächs fest, daß die Deutschlandpolitik in eine westeuropäische Osteuropapolitik eingebettet sein muß. Ist eine weitere Formalisierung, wie es hier hieß, gegenüber dem Osten Voraussetzung, um die Spaltung zu mildern und die Zusammenarbeit zu forcieren? Es wurde davor gewarnt, eine solche Formalisierung könnte Anerkennung oder Ermächtigung bedeuten.

Eine weitere Frage betrifft die Handlungsfähigkeit Europas. Kann Europa in bestimmtem Maße handlungsfähig werden, oder sind wir nur die Bauern auf dem Schachbrett der Supermächte? Welche Möglichkeit haben wir, uns von den Weltmächten ein wenig zu distanzieren? Ist die Teilung endgültig, und kann es nur darum gehen, sie erträglicher zu machen? Könnte die Überwindung der Spaltung möglicherweise eine Destabilisierung zur Folge haben? Dürfen wir dies in Kauf nehmen? Wie muß also die Ostpolitik der westlichen Länder beziehungsweise Westeuropas gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa aussehen?

In dem Zusammenhang haben wir auch über Fragen der Sicherheit und Abrüstung gesprochen, Themen, die ebenfalls die Handlungsfähigkeit Europas betreffen. Wie steht es um eine mögliche Friedensordnung? Wie können die Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion befriedigt werden, und ist dies ein Weg, um die Spaltung zu überwinden? In welcher Weise können die Europäer darauf hinwirken, das Hin- und Herpendeln in Amerika zwischen Banalisierung und Dämonisierung der Sowjetunion auszugleichen?

Wie steht es um die westeuropäische Einigung, um den Gemeinsamen Markt, die Europäische Gemeinschaft? Helmut Schmidt hat eine Reihe wichtiger Bereiche genannt, in denen die EG neue Akzente für eine verstärkte Zusammenarbeit setzen müßte. Dazu gehören die Stärkung der konventionellen Verteidigungsbereitschaft, der Ausbau des Europäischen Währungssystems und gemeinsame Entwicklungen in der Hochtechnologie. Die Chancen, auf diesen und anderen Gebieten in Europa voranzukommen, wurden hier eher skeptisch beurteilt. Von Bedeutung für die Zukunft Europas ist sicher auch, ob es gelingt, die Süderweiterung der Gemeinschaft durchzuführen.

Schließlich sollten wir nicht das Defizit vergessen, das das Bild Europas aus der Sicht anderer Völker aufweist. Wir haben viel darüber gesprochen, wie wir uns selbst sehen. Wir sollten auch daran denken, wie die anderen uns sehen, weil es für uns wichtig ist zu wissen, in welcher Richtung wir künftig handeln sollten.

Körper

Unser Gesprächskreis hat sein Ende erreicht, und meine Schlußworte sollen zunächst die des Dankes sein. Sie gelten zuallererst Papst Johannes Paul II., der uns mit der Einladung in dieses traditionsreiche Haus und durch die Audienz, mit der er dieses Gespräch über Europa eröffnet hat, auf die geschichtliche Würde und die Kultur Europas in einer Weise verpflichtet hat, die sonst wohl nicht möglich gewesen wäre.

Wir wissen, welchen Anteil am Zustandekommen dieser Konferenz Ihnen, verehrter Kardinal König, zukommt. Ich möchte Sie auch bitten, Seiner Eminenz, dem Herrn Kardinalstaatssekretär Casaroli, unseren Dank für seine Protektion und seine interessierte Anwesenheit zu übermitteln.

Lassen Sie mich aber vor allem den beiden Referenten sagen, wie sehr das Temperament und die Richtung unseres Gespräches von ihren Beiträgen inspiriert worden sind. Kardinal König und Bundeskanzler a. D. Schmidt waren von einer streitigen Auseinandersetzung weit entfernt. Eher konnte man den Eindruck gewinnen, dies sei einer der so seltenen Dialoge gewesen, in dem jeder den anderen vornehmlich bereichern will. Ich denke, zu einer solchen Komposition können wir beiden Herren und zugleich unserem Gesprächskreis nur gratulieren.

Der höchst gewandten Unauffälligkeit, mit der unser Moderator, Botschafter Graf Ferraris, sich zum Geschäftsträger jedes einzelnen Gesprächsteilnehmers gemacht und mit der er jede Intervention an ihren richtigen Platz gebracht hat, kann ich nur meine Bewunderung aussprechen. Sie haben, Herr Botschafter, ganz wesentlich dazu beigetragen, daß dies angesichts so vieler Teilnehmer von Rang und Verantwortung ein außerordentlich offenes und freimütiges Gespräch geworden ist. Es gehört freilich zur Offenheit unserer Gespräche, daß auch ihr Ende offenbleibt. Niemand hat eine Mehrheitschance, niemand wird in eine Minderheitsrolle gedrängt.

Viele Grundfragen Europas sind in diesen beiden Tagen qualifiziert, wiederholt oder mit neuen Akzenten versehen worden: unser Kontinent, eingeeengt zwischen den beiden Weltmächten und trotzdem unsere Verantwortung gegenüber einer neuen Welt. Aber etwas anderes kam diesmal hinzu. Ich möchte es die geistige Verpflichtung der Westeuropäer für die Nationen nennen, die oft und fälschlich ungenau unter dem Begriff "Osteuropa" zusammengefaßt werden. Sowenig wir in der für uns einseharen Zukunft eine politische Chance für eine gesamteuropäische Vereinigung sehen, so wichtig ist gerade deshalb die Aufgabe der Gemeinsamkeit, unsere Kultur zu festigen und weiterzuentwickeln.

Das formuliert zu haben, war die Leistung dieses römischen Gesprächskreises, für die ich mich auch namens der vielen, deren Sache wir hier zu der unseren gemacht haben, herzlich bedanke.

Wir scheiden mit den freundschaftlichsten Empfindungen für unsere Gastgeber, nicht zuletzt denen der Republik Italien, und in Bewunderung für die geschichtliche Würde dieser Stadt.